

Kleine
Und
Mittlere Städte



**Kleine und mittlere
Städte -** Blaupausen
der Großstadt?

Dokumentation des
Expertenkolloquiums
am 29. April 2004
in Dortmund

 **papers Nr. 1**

Fachgebiet
Stadt- und Regionalplanung

Fakultät Raumplanung
Universität Dortmund

Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung
Fakultät Raumplanung ▪ Universität Dortmund

S. Baumgart, J. Flacke, C. Grüger, P. Lütke und A. Rüdiger (Hrsg.)

Klein- und Mittelstädte – Verkleinerte Blaupausen der Großstadt?

Dokumentation des Expertenkolloquiums am 29. April 2004
an der Universität Dortmund



Dortmund, November 2004

In der Schriftenreihe SRPapers veröffentlicht das Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung der Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund ausgewählte Ergebnisse aus Forschung und Lehre.

Zitierweise

Baumgart, S., Flacke, J., Grüger, C., Lütke, P. und Rüdiger, A. (Hrsg.) (2004): Klein- und Mittelstädte – Verkleinerte Blaupausen der Großstadt? Dokumentation des Expertenkolloquiums am 29. April 2004 an der Universität Dortmund (SRPapers, Nr. 1). Dortmund.

Impressum

Herausgeber der Schriftenreihe

Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung
Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund
August-Schmidt-Straße 10, 44227 Dortmund

Vertrieb

Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung
Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund
August-Schmidt-Straße 10, 44227 Dortmund
Fon: +49 (0) 231/7 55-22 58
Fax: +49 (0) 231/7 55-25 39
srp.rp@uni-dortmund.de
www.raumplanung.uni-dortmund.de/srp

Inhalt

Einleitung	5
Einführung in das Forschungsthema „Klein- und Mittelstädte“ (Sabine Baumgart)	7
Kleinstädte im Umland von Agglomerationen (Johann Jessen)	13
Der Typ macht Eindruck! Anmerkungen zur Typisierung von Klein- und Mittelstädten (Klaus R. Kunzmann)	19
Themenkomplex I	
Definitionen und Abgrenzungen von Klein- und Mittelstädten	25
Definitionen, Merkmale und Typologien von Klein- und Mittelstädten (Johannes Flacke)	27
Mittelstädte in stadtreionalen Zusammenhängen (Brigitte Adam)	35
Themenkomplex II	
Klein- und Mittelstädte als politisch-administratives System	39
Die Aufgabe der Selbstverwaltung in Klein- und Mittelstädten (Andrea Rüdiger)	41
Potenziale in der Verwaltungsorganisation kleiner und mittlerer Kommunen – am Beispiel Geodatenmanagement (Marion Steinert)	47
Themenkomplex III	
Kooperative Klein- und Mittelstadtentwicklung – Lokale Akteure	51
Sozialräume in Kleinstädten (Christine Hannemann)	53
Partizipationspotenziale in Klein- und Mittelstädten (Christine Gröger)	63
Themenkomplex IV	
Lokale und globale Ökonomien in Klein- und Mittelstädten	71
Lokale Ökonomien in Klein- und Mittelstädten (Petra Lütke)	73
Klein- und Mittelstädte in Europa – Nischenökonomien in einem globalen System? (Peter Ache)	79
Zusammenfassung der Diskussionen und Ausblick	87
Literatur zu Klein- und Mittelstädten	95
AutorenInnen	101
Veranstaltungsprogramm	103
Teilnehmende	105

Einleitung

Sabine Baumgart

Einführung in das Forschungsthema „Klein- und Mittelstädte“

Neuere wissenschaftliche Untersuchungen und die eigene Planungspraxis führten zur Reflexion über Kommunen mit einer Einwohnerzahl zwischen 10.000 und 100.000 in der Stadtregion. Einige Schlaglichter auf aktuelle Erkenntnisse und Fragestellungen mit Fokus auf die Situation von Klein- und Mittelstädten reißen ein Spektrum von Problem- und Fragestellungen an.

In der Stadtforschung wurden Klein- und Mittelstädte bislang nur wenig beachtet. Das primäre Interesse galt immer mehr den Großstädten und Metropolen als den Klein- und Mittelstädten, die eher am Rande des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interesses standen. Der Schwerpunkt der Großstadtforschung kann auf die stadtsoziologische Grundannahme des „Mikrokosmos“ zurückzuführen sein, die davon ausgeht, dass die (kleinen) Gemeinden die Strukturen und Prozesse von großen Gemeinden, also der Großstädte, wenn nicht gar der Gesellschaft insgesamt abbilden (Friedrichs et al. 2002, S. 14)¹. Fraglich ist jedoch, ob tatsächlich alle Städte gleichermaßen von den Entwicklungen erfasst werden und ob nicht eher nach Stadtgröße z. B. unterschiedliche soziale, demografische und ökonomische Wirklichkeiten anzutreffen sind.

Wer planerisch in Klein- und Mittelstädten tätig ist, wird vielleicht die folgenden Erfahrungen teilen:

- Die Entwicklung von mittel- und langfristigen Leitlinien für die kommunale Entwicklung steht vielfach hinter tagesaktuellen Aufgaben zurück.
- Die Behandlung fachpolitisch aktueller Fragen, wie z. B. der Baukultur, des Stadtmarketings oder der Agenda 21, sind vom

¹ Bereits in den 1970er-Jahren gab es die Gemeindeforschung (Hamm 1982), die seitdem nicht mehr verfolgt wird. Es stellt sich die Frage, ob diese wieder belebt werden soll.

Verständnis und der Ausgestaltung des (Verwaltungs-)Fachpersonals abhängig.

- Planverfahren werden entweder höchst informell oder routiniert formal behandelt.
- Städtebauliche Planungen und bauordnungsrechtliche Entscheidungen sind auf wenige, manchmal nur einzelne Schultern gelegt, ebenso das Management unterschiedlicher Planverfahren.
- Kommunalpolitische Entscheidungsmotive orientieren sich nur begrenzt an neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Vor diesem Hintergrund ist die vorliegende Dokumentation des wissenschaftlichen Kolloquiums über Klein- und Mittelstädte am 29. April 2004 an der Universität Dortmund zu verstehen. Sind Klein- und Mittelstädte nur verkleinerte Blaupausen der Großstadt, die auf die gleichen Probleme und Aufgaben mit einem verringerten Ressourceneinsatz reagieren müssen, oder handelt es sich hierbei um einen gänzlich anderen und eigenen Stadttyp, für den eigene Rahmenbedingungen, Regeln, Strategien und Gesetzmäßigkeiten gelten?

1. Neuere Untersuchungen zu Klein- und Mittelstädten

Im Mai 2003 führten die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL), das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) sowie die Akademie für Raumordnung und Landesplanung (ARL) in Eisenach ein Expertenkolloquium mit dem Thema „Mittelstädte im Anpassungsprozess“ durch. Im Mittelpunkt stand die weitaus stärkere Betroffenheit der Mittelstädte – vor allem im Osten Deutschlands – von der Problematik der Schrumpfung und des Strukturwandels im Vergleich zu Großstädten und dies nicht nur in einzelnen Segmenten. Die Auswirkungen von sozioökonomischen Transformationsprozessen und ihrem räumlichen Niederschlag erscheinen fundamental und betreffen ihre gesamte Funktionalität. Mittelstädte sind also härter und umfassender vom Strukturwandel getroffen als Großstädte?

Die Auswirkungen der Schrumpfungsprozesse bilden sich nicht nur in den Klein- und Mittelstädten im Osten auf dem Grundstücks- und Wohnungsmarkt sowie der Infrastruktur ab („Städte ohne Arbeit“, vor allem im ländlichen Raum), sondern zeigen sich ebenso in Westdeutschland.

Deutlich werden aber gleichzeitig Potenziale von Mittelstädten wie Buxtehude und Buchholz, beide im Norden von Niedersachsen gelegen. Hier werden von der Stadtverwaltung Qualitätsziele entwickelt, und sie begeben sich auf den Weg der produktorientierten Organisation und zunehmenden Serviceorientierung (Herzinger 2004).

Das Deutsche Institut für Urbanistik, Berlin (DIfU) führte im April 2002 eine Umfrage in nordrhein-westfälischen Gemeindeverwaltungen zu kommunalen Aktivitäten durch. Dabei stellte es fest, dass beispielsweise Monitoring in der Stadtentwicklung als Frühwarnsystem insbesondere der sozialräumlichen Entwicklung signifikant häufiger in größeren Städten (> 100.000 Einwohner) vorgenommen wird. Gleiches gilt für Maßnahmen der Wirtschaftsförderung als lokale Arbeitsmarkt- und Mittelstandsförderung in der Umsetzung in Großstädten ebenso wie für Aktivitäten im Rahmen lokaler Agenda-Prozesse.

Das Institut für Landesentwicklung und Stadtforschung (ILS) hat in seiner Studie (Holtel und Wuschansky 2002) über den aktuellen Stand der Entwicklung interkommunaler Gewerbegebiete herausgefunden, dass in Nordrhein-Westfalen es gerade die Klein- und Mittelstädte (zwei Drittel der beteiligten Kommunen < 50.000 Einwohner) sind, die in der gemeinsamen Entwicklung von Gewerbeflächen positive Chancen für Arbeitsmarkt und Flächenbereitstellung sehen.

2. Bisherige Studien zu Klein- und Mittelstädten

Die bisher vorliegenden Materialien zum aktuellen Stand der Stadtforschung über Klein- und Mittelstädte lassen sich, basierend auf einer von uns durchgeführten grobmaschigen Literaturrecherche, wie folgt kategorisieren:

- Fallstudien (z. B. Euskirchen als Langzeitstudie, Friedrichs et al. 2002)
- Stadtstrukturelle Differenzierungen nach Stadtgrößen im Rahmen sektoraler oder integrierter Fragestellungen (z. B. Frehn 2004)
- Auseinandersetzung mit den Funktionszuweisungen im Rahmen des Städtensystems:
 - zum einen als Top-down-Betrachtungen aus Sicht der von Abwanderung betroffenen Kernstädte (Oberzentren in Bal-

lungsräumen) mit Blick auf ihr Umland (Blotevogel und Jeschke 2004) und

- zum anderen als stadtreionale Untersuchungen der suburbanen Räume mit thematischem Fokus auf qualitative Merkmalsausprägungen auf der Suche nach Ansatzpunkten für eigenständige Qualitäten der „Zwischenstadt“ (Sieverts 1998; Brombach und Jessen 2003).

- Richtungweisend sind die Studien zur Entwicklung von Kleinstädten in Ostdeutschland, wie von Hannemann seit Ende der 1990er-Jahre aus stadtsoziologischer Sicht betrieben.

Was in der Stadtforschung zu Klein- und Mittelstädten fehlt, ist „systematisches Strukturwissen“: „Der Mangel an systematischen, auf strukturelle Klärung gerichteten Studien über die kleine Stadt auf dem Weg in die Moderne des 19. und 20. Jahrhunderts ist evident.“ (Zimmermann 1999, S. 5). Dies gilt auf dem Weg ins 21. Jahrhundert nach wie vor.

3. Unterschiedliche Strukturen – Diversifizierte Strategien

Ziel unserer Forschung am Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung ist der Perspektivenwechsel bei der Betrachtung von Klein- und Mittelstädten. Wir wollen eine andere Brille aufsetzen. Als Analogie eignen sich Forschungen zu kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ebenso wie zu Gendersensibilität.

In der der Stadtforschung zu Klein- und Mittelunternehmen wurde in den 1980er-Jahren ein Perspektivenwechsel in der Wirtschafts- und Gewerbeforschung eingeleitet, davon ausgehend, dass die Ausgangslage und Rahmenbedingungen von Klein- und Mittelunternehmen nicht mit den Strukturen, wie sie aus Großunternehmen bekannt waren, übereinstimmten. Dazu gehörten Erkenntnisse, dass es sich bei den KMU um vergleichsweise organisationsferne Betriebsstrukturen handelte, deren Zugang zu den institutionellen Angeboten von Wirtschaftsförderung und Stadtplanung einen spezifischen Beratungs- und Betreuungsaufwand erforderte. Dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass es sich hier häufig um vom Inhaber geführte Unternehmen handelt, deren Entscheidungskontext von unmittelbarer eigener ökonomischer Verantwortung (versus Funktionsträgerschaft in Großunternehmen) geprägt ist. Dies geht auch einher mit einer Personifizierung

und Überlagerung von Aufgabenbereichen mit weniger strengen Ressortzuordnungen im Rahmen „familiärer“ Strukturen. Als Folge dieser Erkenntnis über grundlegende strukturelle Unterschiede der KMU setzten dann in den 1990er-Jahren auch diversifizierte strukturpolitische Programme ein.

Mit den Forschungen zu frauenbezogenen Aspekten der räumlichen Planung wird seit ca. 30 Jahren die Maßstabs- und Normbildung in Städtebau und Raumplanung als Ausdruck gesellschaftlicher Machtstrukturen differenziert. Inzwischen ist – zumindest normativ – die Geschlechterdifferenzierung als Strukturkategorie anerkannt.

Beide genannten Beispiele verweisen auf grundlegende Fragestellungen:

- Handelt es sich um Defizite gegenüber normbildenden Zielsetzungen, aus denen ein Nachholbedarf zu formulieren ist? Geht es damit um die Übertragbarkeit von Strategien planerischen Handelns aus den Großstädten auf Klein- und Mittelstädte mit der Folge einer Anpassung bei Know-how, personellen Ressourcen und Verwaltungsmanagement?
- Oder handelt es sich um eigenständige Strukturen (Zimmermann 2003), deren Qualitäten und Restriktionen noch zu erkennen und heraus zu arbeiten sind? Könnten sich daraus Anforderungen ableiten lassen, die Auswirkungen auf die Verteilung von Ressourcen, z. B. auf die Gestaltung von Förderprogrammen nach sich ziehen?

Zur Diskussion steht somit zum einen die Erarbeitung strategischen Wissens um die Herausforderungen und die Erstellung neuer Konzepte, welche bereits zu Megastädten, Metropolregionen oder zum ländlichen Raum bestehen. Das bezieht sich auf Planungskonzepte und formelle / informelle Instrumente mit der Zielsetzung der Steuerung räumlicher Entwicklungen und Funktionszuweisungen. Damit verbunden sind Fragen des Verfahrensmanagements von Planverfahren, Qualifikationen und Qualitäten in Verbindung mit der Verfügbarkeit von technischen und personellen Ressourcen.

Zum anderen zeichnen sich Erkenntnisdefizite hinsichtlich „lebensweltlicher“ Zusammenhänge ab, die Fragen nach eigenständigen Qualitäten von Klein- und Mittelstädten als stadtregiomalem Typus systematisch behandeln. Sie legen Forschungszugänge auf sektoraler Ebene nahe, die sich mit funktionalen Verflechtungen in Klein- und Mittelstädten unter Einbeziehung aktueller Erkenntnisse der Arbeits- und Lebensstilfor-

schung befassen. Und schließlich gilt es, die Wechselwirkungen zwischen beiden Komplexen heraus zu arbeiten.

4. Ziel des Kolloquiums

Ziel des Kolloquiums ist der Austausch mit Experten und Expertinnen, die in diesen Themenfeldern forschen und praktisch arbeiten. Gleichzeitig soll unser vorläufiger Erkenntnisstand rückgekoppelt und vor allem eine Diskussion über methodische Zugänge geführt werden. Und nicht zuletzt wollen wir eine Plattform zur Netzwerkbildung im Forschungsfeld bieten und Akteure mit interdisziplinären Zugängen und übergreifenden Tätigkeitsfeldern zusammenführen.

Der räumliche Fokus der Forschung soll zunächst auf Nordrhein-Westfalen gelegt werden und hier besonders die vier Ballungsrandkreise des Ruhrgebiets umfassen. Von den rd. 5 Mio. Einwohnern des Ruhrgebiets leben hier ca. 40 %. Nachdem sich 2003 die acht Großstädte des Ruhrgebiets im Rahmen der „Stadtregion 2030“ zu einer Kooperation zusammen gefunden haben, ist auch der Blick „von außen“ auf die Kernregion gefragt.

Die inzwischen mit der Einrichtung des Regionalverbandes Ruhr (RVR) erfolgte Restrukturierung der regionalen Verwaltungsebene stellt sowohl für die kommunale als auch für die regionale Handlungsebene eine institutionelle Herausforderung in Bezug auf Aufgabenverteilung, Ressourcenorganisation und Kompetenzausübung sowie Integrationsfunktionen dar.

Die vorliegende Dokumentation umfasst neben dem einleitenden Teil vier Themenkomplexe. Zunächst geht es um Definitionen und Abgrenzungen von Klein- und Mittelstädten. Im ersten Themenkomplex stehen ihre typologischen Merkmale und Eingrenzungen sowie stadtreionale Zuordnungsmöglichkeiten im Mittelpunkt. Im zweiten Abschnitt werden Klein- und Mittelstädte als politisch administratives System sowohl im Spiegel ihrer Selbstverwaltungsaufgaben als auch im Kontext ihrer verwaltungsorganisatorischen Merkmale betrachtet. Der dritte Themenkomplex widmet sich lokalen Akteurskonstellationen und damit den Sozialräumen der Stadtgesellschaft. Abschließend wird der Blick zum einen sektoral auf die sozioökonomischen Rahmenbedingungen fokussiert, zum anderen auf die europäische Ebene geweitet. Die während des Kolloquiums gesammelten und kurz zusammengefassten Diskussionsbeiträge sowie ein Ausblick runden die Dokumentation ab.

Johann Jessen

Kleinstädte im Umland von Agglomerationen²

In der Stadtforschung gibt es überraschenderweise wenige Untersuchungen, die sich der Binnendifferenzierung des Umlandes von Agglomerationen widmen. Vielmehr bleibt der Blick auf das durch Suburbanisierungsprozesse der letzten Jahre überformte Umland der Ballungsräume gesichtslos. Durch Eingemeindungen von Dörfern und Kleinstädten in vielen Großstadtregionen hat der Verstädterungsprozess schon im 19. Jahrhundert begonnen.

Der Beitrag geht den Binnendifferenzierungen des Umlands von Großstadtregionen am Beispiel von Kleinstädten nach. Zugrunde gelegt ist die statistische Definition von Kleinstädten als Gemeinden mit 5.000–20.000 Einwohnern. Als Beispielregion wurde die Region Stuttgart ausgewählt, die sich wegen ihrer polyzentralen Struktur für diesen Fokus besonders eignet. Im Mittelpunkt steht die Frage: Wie hat sich die Position der Kleinstädte im Zuge der Agglomerationsentwicklung der letzten 50 Jahre verändert: als Wohnstandort, als Versorgungszentrum, in der funktionalräumlichen Arbeitsteilung?

1. Regionale Entwicklungsdynamik und wachsende Kleinstädte

Die Entwicklungsdynamik in der Region Stuttgart zeigte im Zuge des Wachstumsprozesses seit den 1950er-Jahren keine grundlegenden Veränderungen der Städtelandschaft auf, jedoch ist eine deutliche Verschiebung der funktionalen Positionierung einzelner Kleinstädte im Gesamtgefüge zu beobachten. Neben der in den 1970er-Jahren stattge-

² Der Vortrag gibt im Wesentlichen folgenden Artikel wieder: Brombach, K. und Jessen, J. (2003): Die Kleinstadt im Suburbanisierungsprozess. Nivellierung oder Selbstbehauptung? Beispiel Region Stuttgart. In: Zimmermann, C. (Hrsg.): Kleinstadt in der Moderne (Stadt in der Geschichte, Bd. 31), S. 183–196.

fundenen Kommunalreform waren die entscheidenden Faktoren vor 1955 der Bahn- und nach 1955 der Autobahnanschluss, die die Kleinstädte ins Kraftfeld der Agglomerationsentwicklung zogen.

Seit den 1960er-Jahren, aber insbesondere in den 1970er- und 1980er-Jahren, gewann in der Region Stuttgart der Suburbanisierungsprozess rasch an Dynamik. Während in den 1950er-Jahren die Kernstadt schneller wuchs als das Umland, wies die Landeshauptstadt ein Saldo von rd. 50.000 Einwohnern auf. Von den Bevölkerungsverlusten waren jedoch nicht nur Stuttgart, sondern auch Mittelstädte betroffen. Das Wachstum nach Art einer „Wanderdüne“ schob sich zunehmend weiter ins Umland, so dass die entfernteren Städte und Gemeinden einen deutlichen Einwohnerzuwachs verzeichnen konnten. In den Jahren 1989 und 1992 stieg die Bevölkerung in der Region Stuttgart völlig unerwartet um 200.000 Einwohner an, was ebenfalls nach Jahrzehnten erstmalig Zuwächse für die Stadt Stuttgart bedeutete. Ursache hierfür waren die die ganze Bundesrepublik erfassende Zuwanderungswelle aus der ehemaligen DDR, von (Spät-)Aussiedlern aus osteuropäischen Ländern, Flüchtlingen und Asylbewerbern. Dieses Entwicklungs- und Verteilungsmuster kehrte sich von 1993 bis 1998 wieder um, so dass die Kernstadt durchgängig negative und die übrige Region positive Wachstumssalden verzeichnete. Seit 1999 ist das Wanderungssaldo der Stadt Stuttgart – ebenso wie in den übrigen Großstädten Baden-Württembergs – wieder positiv. Die Ursache wird in einer weiteren Zuwanderungswelle junger Arbeitnehmer aus den ostdeutschen Bundesländern in den attraktiven und immer noch aufnahmefähigen Arbeitsmarkt vermutet.

Insgesamt kann von einer „Kaskadenwanderung“ (Aring 1999, S. 72) gesprochen werden, deren Grundmuster vereinfacht eine sukzessive Großstadt-Mittelstadt-Kleinstadt-Wanderung umschreibt. Auch lassen sich gemäß einer Analyse der Pendlerstatistiken der Bundesanstalt für Arbeit eine geringere Verflechtungsintensität Stuttgarts mit den Gemeinden der Arbeitsmarktregion beobachten. Ursache ist die wachsende Verflechtung der Umlandgemeinden untereinander und das wachsende Angebot an Arbeitsplätzen im Umland selbst. Die Entwicklung der Region Stuttgart war in den letzten zehn Jahren insgesamt durch ein kontinuierliches Wachstum an Wohnbevölkerung und Arbeitsplätzen bestimmt. Der Typus „schrumpfende Stadt“, wie er in vielen Städten Ostdeutschlands der Regelfall ist (vgl. Beitrag von C. Hannemann in diesem Heft), kam und kommt in der Region Stuttgart nicht vor. Die Kleinstädte waren letztendlich die Gewinner der oben beschriebenen Entwicklung.

2. Typenbildung von Kleinstädten

Im Jahre 2000 lebten 32 % der Einwohner der Region Stuttgart in Kleinstädten gegenüber nur 17 % im Jahre 1950 (vgl. Tab. 1).

Jahr	Anzahl Kleinstädte	Einwohnerzahl gesamt	Anteil Kleinstadtbe- wohner in der Region in %
1950	27	254.140	17
1961	41	335.154	17
1970	73	636.128	28
1980	74	672.632	28
1990	81	759.452	31
2000	89	843.573	32

Tab. 1: Zahl der Kleinstädte und der Wohnbevölkerung in der Region Stuttgart
(Quelle: Brombach und Jessen 2003, S. 6)

In der Untersuchung wurden 124 Gemeinden der Region Stuttgart erfasst, die im Zeitraum 1950 und 2000 zwischen 5.000 und 20.000 Einwohner aufwiesen (vgl. Abb. 1). Auf der Grundlage der sich abzeichnenden Wachstumsmuster wurden prägnante Typen von Kleinstädten unterschieden, wobei die Abgrenzung nicht trennscharf ist, sondern Grundtendenzen des Kleinstadtwachstums aufgezeigt werden sollen.

Konsolidierte Kleinstadt: 10 % (= 12 Gemeinden)

moderater und kontinuierlicher Einwohnerzuwachs zwischen 1950 und 2000, keine oder geringe Grenzveränderungen z. Zt. der Kommunalreform, vertreten in unterschiedlichen Landkreisen

Neue Kleinstädte: 33 % (= 41 Gemeinden)

erst in den 1970er- und 1980er-Jahren in die Kategorie Kleinstadt hineingewachsen, zuvor Dörfer, die zu Wohngemeinden transformierten

Aufsteigende Kleinstädte – Kommunalreformgewinner:

4 % (= 6 Gemeinden)

kleine Kleinstädte, die 1950 max. rd. 5.000 Einwohner aufwiesen, entwickelten sich als Resultat der Kommunalreform in den 1970er-Jahren zur Mittelstadt

Verschwundene Kleinstädte – Kommunalreformopfer:

12 % (= 15 Gemeinden)

ehemalige kleinstädtische Gemeinden, die im Zuge der Kommunalreform in einem neuen Gemeindeverbund aufgegangen sind, häufig Rückstufungen zu einem Ortsteil

Neu entstandene Kleinstädte – Kommunalreformprodukte:

8 % (= 10 Gemeinden)

Kleinstädte, die im Zuge der Kommunalreform durch einen Gemeindeverbund entstanden sind, bestehen überwiegend aus Dörfern, zuvor fielen sie nicht oder nur in Teilen unter die Kategorie Kleinstadt

Weiterhin lassen sich durch eine funktionale Ausdifferenzierung und jenseits einer statistischen und regionalplanerischen Zuschreibung drei Kleinstadttypen in der Region Stuttgart beschreiben, die jedoch keinen Anspruch auf Repräsentativität haben:

Kleinstädte als Zentren: Kernstadtferne Kleinstädte bzw. kleine Mittelstädte, positive Bevölkerungsentwicklung aufgrund der Kommunalreform, Lage auf den Entwicklungsachsen, Aufwertung in ihrer Funktion als zentraler Ort (z. B. Herrenberg, Vaihingen an der Enz, Bietigheim/Bissingen)

Kleinstädte als gewerbliche Standorte: Entwicklung im Zuge der Randwanderung der Arbeitsplätze, Lage im ersten Suburbanisierungsring um die Kernstadt, geprägt durch Dienstleistung und produzierendes Gewerbe, relativ hoher Anteil an Beschäftigten im Vergleich zur Wohnbevölkerung (z. B. Schwieberdingen)

Kleinstädte als Wohngemeinden: Geprägt durch Zuwanderung von Wohnbevölkerung, jedoch ohne Randwanderung weiterer Nutzungen, kommen in allen Suburbanisierungsringen vor, hoher Anteil an Eigentumswohnungen im Mehrfamilienhausbau (z. B. Aidlingen)

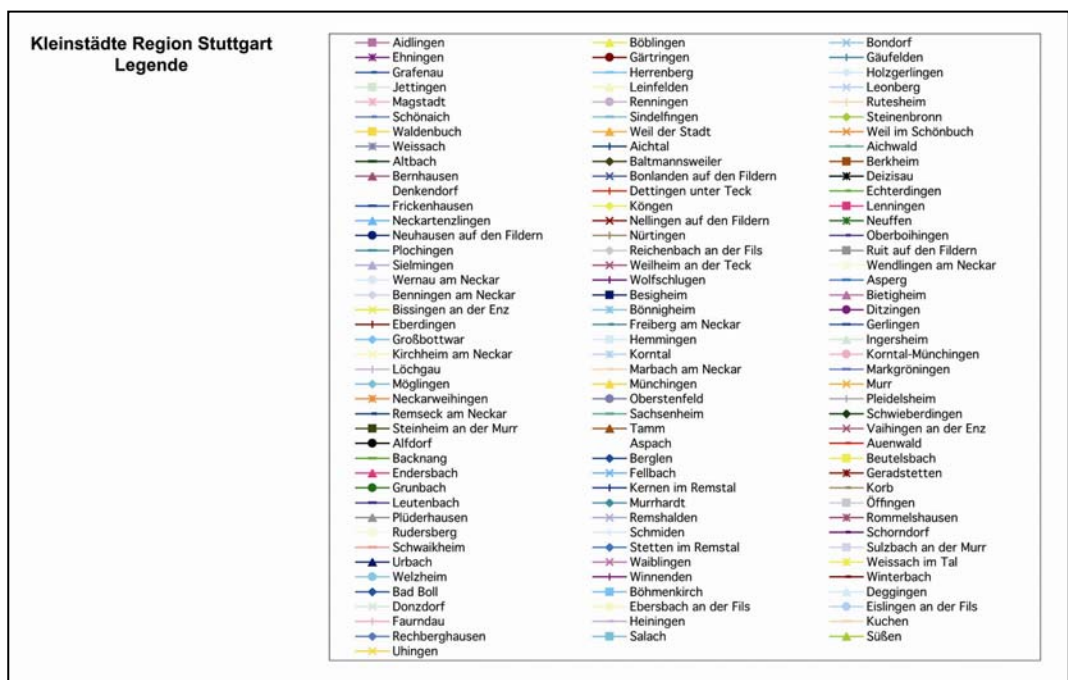
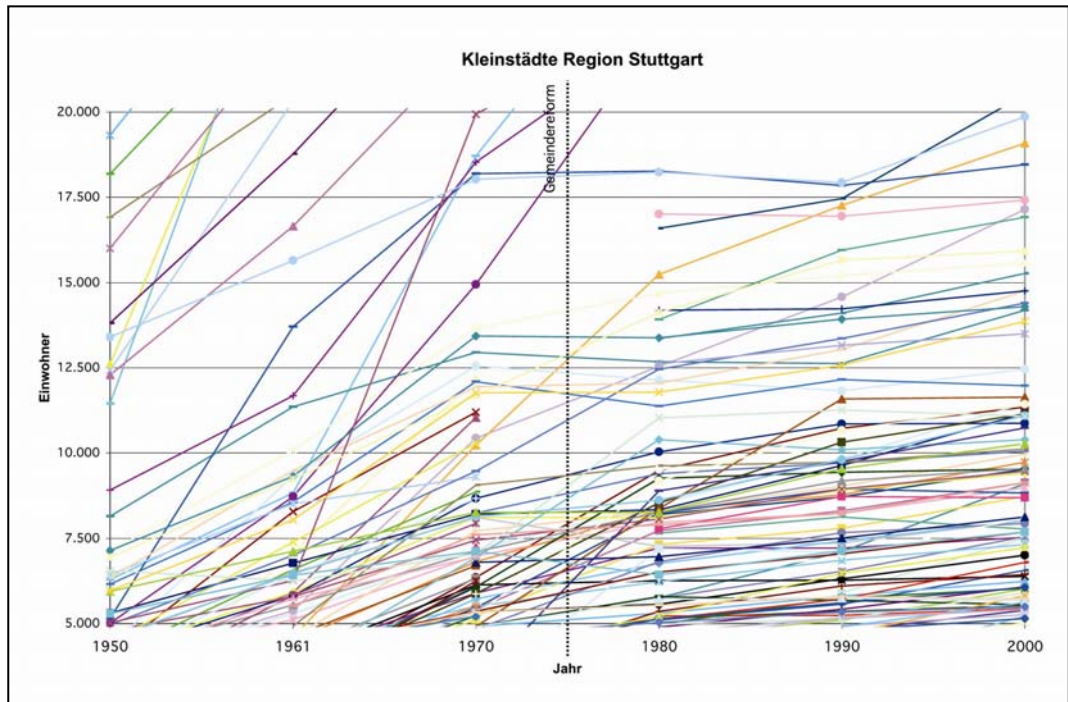


Abb. 1: Kleinstädte in der Region Stuttgart

3. Entwicklungsperspektiven

Es gibt nicht die typische Kleinstadt am Stadtrand, sondern eine große Vielfalt, die durch regionsspezifische Prägungen gekennzeichnet ist. Regelfall sind die Kommunen, die durch die jeweiligen Suburbanisierungswellen mehrfach überformt wurden und dementsprechend breit gefächerte Problemlagen aufweisen. Dies lässt jedoch nicht den Schluss zu, dass die Suburbanisierungsprozesse die Kleinstädte uniformiert haben, vielmehr wurden sie kontinuierlich verändert. Der höchste Veränderungsdruck liegt auf den Randzonen der Ballungsräume. Das Umland ergänzt nicht mehr nur den Kern. Seine eigenständige Entwicklungsdynamik wurzelt zunächst in der besonderen polyzentrischen Ausprägung der Region Stuttgart. Auch gibt es zahlreiche Hinweise, dass junge Unternehmen der „New Economy“ sich nicht auf den Standort Kernstadt, sondern eben auch in der Region, also auch in Kleinstädten ansiedeln möchten (vgl. Beitrag von P. Lütke in diesem Heft). Es entsteht so ein sich stetig reproduzierendes Netzwerk einander sich ergänzender Funktionsstandorte. Innerhalb dieses augenscheinlichen Gleichgewichts zwischen Kleinstädten im Ballungsraum sind diese jedoch weiterhin mit konkurrierenden regionalen Nutzungs- und Flächenansprüchen konfrontiert (Flughafen, Messe etc.).

Ein weiteres Problem ist die Ausdünnung der Nahversorgung, die zunächst in kleinen Gemeinden des ländlichen Raums und mittlerweile auch die Klein- und Mittelstädte erfasst hat. Die Einzelhandelsentwicklung stagniert bzw. ist bereits rückläufig. Die Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsbetriebe in peripherer Lage scheint den in den 1980er- und 1990er-Jahren umfassenden Investitionen in die Stärkung der Zentrumsfunktionen wettzumachen. Viele Klein- und Mittelstädte scheinen diese Gefahr aufgrund derzeitig stabiler bzw. stagnierender Lage noch nicht erkannt zu haben.

Klaus R. Kunzmann

Der Typ macht Eindruck! Anmerkungen zur Typisierung von Klein- und Mittelstädten in Deutschland

1. Was ist eine Kleinstadt, was eine Mittelstadt?

Kleinstädte sind nach meiner, nicht von der UN abgesicherten Definition, Städte mit 5.000–25.000 Einwohnern, Mittelstädte, Städte mit 25.000–100.000 Einwohnern. Dies mag für die deutsche Perspektive eine angemessene Definition sein. Aus europäischer Perspektive müsste die Dimension vermutlich vergrößert werden. Eine europäische Mittelstadt ist demnach vielleicht eine Stadt, die bis zu 250.000 Einwohner hat. Dies wiederum würde im China des 21. Jahrhunderts wohl auch nur eine Kleinstadt sein. Das zeigt, dass Definitionen von Städten eine sehr regionale Dimension haben. Aber vielleicht ist es auch gar nicht so wichtig, weil es letztlich um Städte geht, die weder Metropolen noch Großstädte sind (... auch deren Definitionen sind nicht klar!). Noch eins ist wichtig: Da sich administrative Grenzen in Zeiten kommunaler Selbstbehauptung kaum mehr verändern lassen, sagt die Zahl der Einwohner nichts über die funktionale Bedeutung einer Stadt aus.

2. Klein- und Mittelstädte: zentrale Orte im ländlichen Raum?

Klein- und Mittelstädte als zentrale Orte im ländlichen Raum sagen uns heute nicht mehr sehr viel, zum einen weil die Unterschiede zwischen Stadt und Land immer mehr verschwinden, aber auch weil es doch sehr davon abhängt, wo eine kleine oder mittlere Stadt in Deutschland liegt. Liegt sie im Einzugsbereich oder Hinterland einer Metropole (also in einer Entfernung von etwa 50 bis 100 km), hat sie eine andere Funktion als eine Stadt, die fernab der Metropole tatsächlich zentralörtliche Funktionen ausübt. Die Karte der MRKO-„anerkannten“ und

nachgeordneten Metropolregionen (vgl. Abb. 1) zeigt, dass es nur wenige Klein- und Mittelstädte gibt, die außerhalb der dort dargestellten Einflussbereiche liegen. Und dann macht es noch einen erheblichen Unterschied, ob diese Metropolregionen im Westen oder im Osten Deutschlands liegen. Aber selbst die außerhalb der Einflussbereiche der Metropolen liegenden Städte haben sehr unterschiedliche Funktionen, ob sie denn am Bodensee liegen und dort Touristikfunktionen haben, oder von der lokalen Rüstungsindustrie dominiert sind, oder im bayerischen Wald, wo sie die ständig sinkende Zahl von Einwohnern der Peripherie mit den nötigsten öffentlichen Dienstleistungen versorgen müssen.

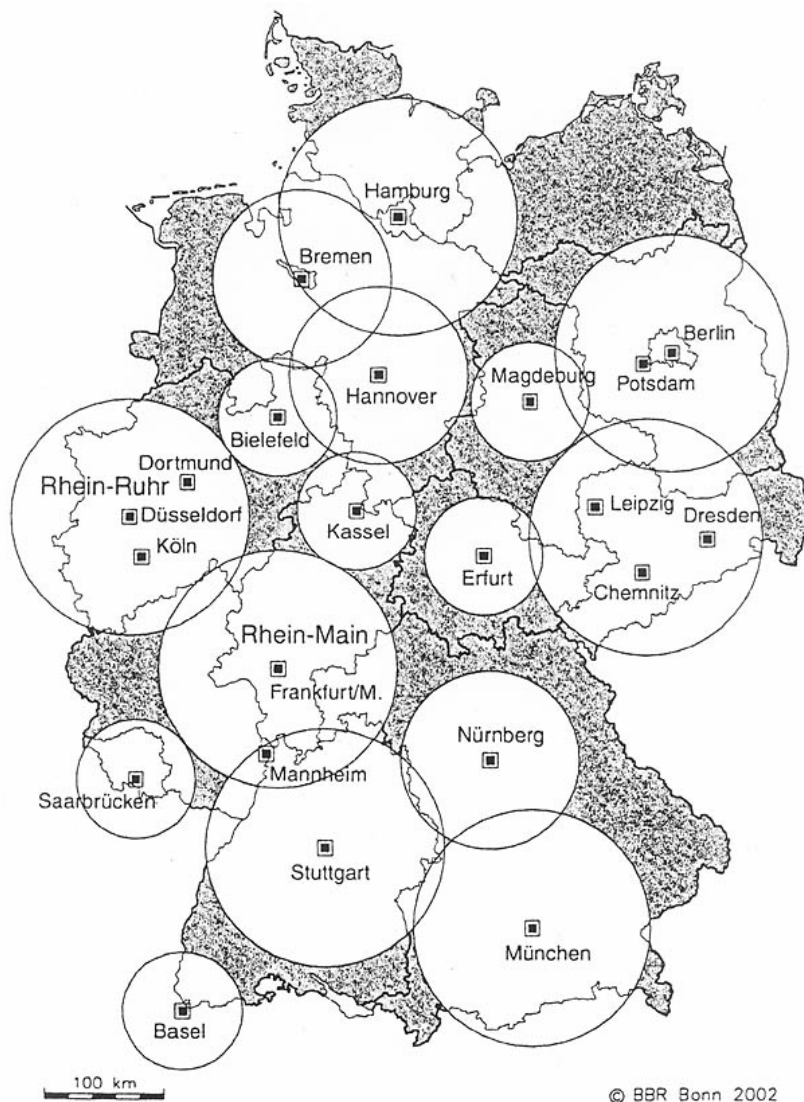


Abb. 1: Europäische Metropolregionen in Deutschland
(Quelle: Kunzmann 2002a)

Während die Klein- und Mittelstädte innerhalb der metropolitanen Einzugsbereiche in der Regel dann prosperieren, wenn die Metropole dies tut, sind die Städte außerhalb dieser Einzugsbereiche, wenn sie nicht besondere Profile haben, potenziell in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung sehr gefährdet. Faktisch sind sie auf immerwährende Alimentation des Staates angewiesen, jedenfalls in sehr viel größerem Umfang als andere Städte.

3. Klein- und Mittelstädte und raumfunktionale Arbeitsteilung in großen Stadtregionen

Zusätzlich zu den Aufgaben der Grundversorgung der Bürger mit öffentlichen und privaten Gütern übernehmen kleine und mittlere Städte in großen Stadtregionen heute sehr unterschiedliche funktionale Aufgaben. Diese Aufgaben ergeben sich aus historischen Potenzialen, aus den Profilen, die sie im Verlauf von Jahrhunderten entwickelt und geschärft haben, aus Funktionen, die ihnen von mehr oder weniger aufgeklärten Potentaten zugedacht waren, aus der Lagegunst in Infrastrukturnetzen oder aus ihrer Lage in landschaftlich besonders begünstigten Räumen (vgl. Abb. 2). Dies bestimmt ihre Identität, die für die alteingesessenen Bewohner so wichtig ist, und ihr Außenimage, das Zuwanderer in die Stadtregion dazu veranlasst, sich dort niederzulassen, wenn sie aus welchen Gründen auch immer, nicht in der Kernstadt wohnen wollen oder können.

4. Macht es Sinn, Klein- und Mittelstädte zu typisieren?

Macht es wirklich Sinn, Klein- und Mittelstädte zu typisieren? Wem soll es nützen? Welche Politik soll sich auf eine solche Typisierung abstützen (Kunzmann 2002)?

Natürlich macht es aus wissenschaftlichem Erkenntnisinteresse Sinn zu untersuchen, ob Städte Gemeinsamkeiten haben und welche sie haben, ob sie durch gleiche Entwicklungswege gekennzeichnet sind, ob ihre Lage etwas über ihre Funktion aussagt und vieles mehr. Nicht immer lassen sich daraus auch Hinweise für die Raumentwicklung ableiten. Aber nicht jeder wissenschaftliche Befund muss gleich eine Handlungsmaxime zur Folge haben.

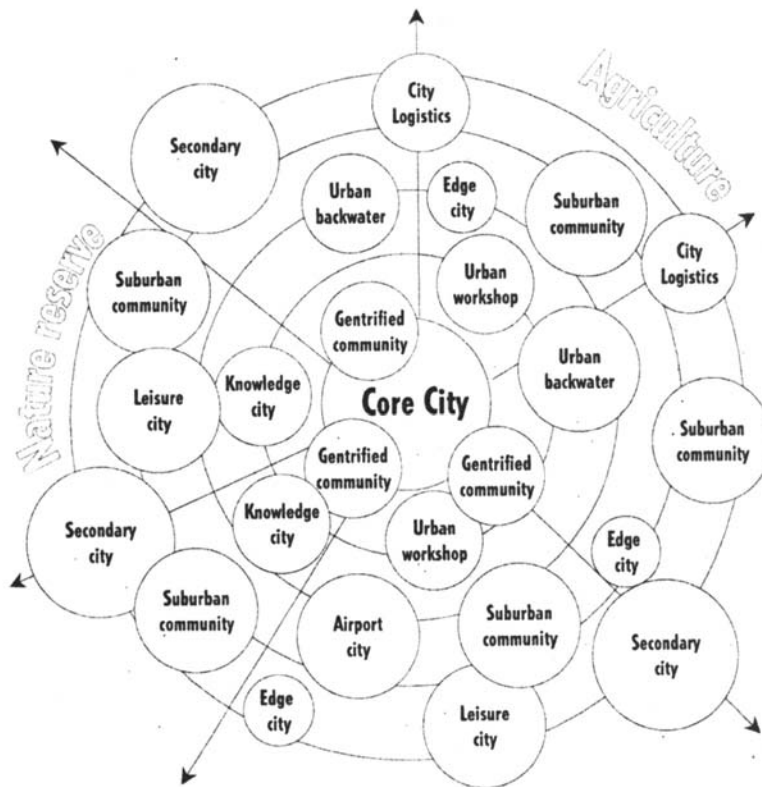


Abb. 2: Die raumfunktionale Arbeitsteilung in der Stadtregion des 21. Jahrhunderts (Schema) (Quelle: Kunzmann 2002b)

Zur Erinnerung: In den Landesentwicklungsplänen der 1960er- und 1970er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts machte die Einordnung von Städten in ein hierarchisches System Sinn, weil es von dieser Zuordnung abhing, welche öffentlichen Einrichtungen in einer Stadt von der jeweiligen Landesregierung gefördert wurden, ob nur eine Hauptschule genehmigt und finanziert wurde, oder ein Gymnasium, ein kleines Krankenhaus oder eine Spezialklinik, ein kleines Postamt oder eine Hauptpost. Die Einordnung hatte dann auch noch Einfluss auf regionale Infrastrukturnetze. Die politisch irgendwann einmal beschlossene Karte der zentralen Orte diente jedenfalls der Aushandlung, um finanzielle Zuschüsse zwischen Stadt und Landesregierung. Dies ist heute noch nicht ganz vergessen, aber die Aushandlungsprozesse sind heute eher projekt- und nicht mehr programmbezogen, d. h. die Einstufung der Stadt in ein hierarchisches System ist nur noch ein eher vernachlässigter Gesichtspunkt bei politischen Verhandlungen um staatliche Unterstützung.

Typisierungen, auf welcher Grundlage sie auch immer erfolgen, auf der Grundlage empirischer Clusteranalysen oder anhand subjektiver oder

normativer Profilkategorien, kennzeichnen grundsätzlich nur zusätzliche Potenziale und Chancen. Die traditionelle infrastrukturelle Grundversorgung wird davon nicht berührt. Jedenfalls kann eine allgemeine Typisierung weder die gründliche SWOT-Analyse einer Stadt ersetzen, noch Grundlage für eine sinnvolle und erfolgreiche Marketingstrategie sein. Eine problemorientierte Typisierung von Klein- und Mittelstädten kann allerdings helfen, die zukünftigen Schwerpunkte der Städtebaupolitik eines Landes zu definieren und politische und sachliche Prioritäten zu setzen.

5. Anregungen zur Typisierung von Klein- und Mittelstädten

In einem Beitrag zur Zukunft der Vorstädte habe ich versucht, acht Inseln im Archipel der Stadtregion zu beschreiben (Kunzmann 2001). Die überpointierte Beschreibung von unterschiedlichen Typen von Vororten sollte deutlich machen, dass die herkömmlichen Kriterien zur Charakterisierung von Siedlungen heute nicht mehr ausreichen (vgl. Abb. 3).

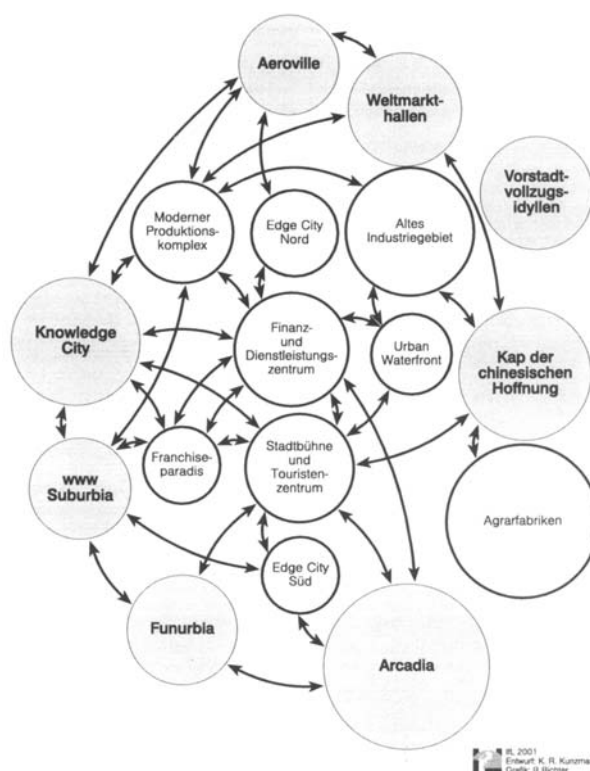


Abb. 3: Der funktionale Archipel der Stadtregion (Quelle: Kunzmann 2001)

Jedenfalls muss Stadtentwicklungspolitik für eine kleine oder mittlere Stadt jeweils anders aussehen, ob es sich um eine selbstbewusste gentrifizierte Stadtrandgemeinde handelt, oder um einen spezialisierten Gewerbe-Cluster, einen Logistiknoten oder um eine dynamisch wachsende Wohngemeinde an einem S-Bahn-Knoten. Ein zentraler Ort im peripheren ländlichen Raum braucht einen anderen Ansatz, als eine historische Residenzstadt oder eine Garnisonsstadt, die letztlich vom Verteidigungsministerium alimentiert wird und von ihm und dem Frieden in der Welt abhängig ist. Eine Grenzstadt hat besondere Funktionen und Probleme, wie auch traditionelle Universitätsstädte, die in post-industriellen Zeiten durch die wieder entdeckte Bedeutung von Wissensindustrien in den Mittelpunkt politischen Interesses gerückt sind (Kunzmann 2004). Sie werden heute ebenso gehätschelt wie die gut erreichbaren Kurorte und Wellnessparadiese in mehr oder weniger landschaftlich bevorzugten Räumen. Doch dies ist für Planer nun wirklich nicht neu.

6. Klein- und Mittelstädte: Hoffnungsträger der Raumentwicklung?

Klein- und Mittelstädte haben jedenfalls eine sehr wichtige Funktion in der Raumentwicklung. In Metropolräumen sorgen sie für die nötige Ausdifferenzierung, die es ihnen erst möglich macht, ihre internationale Funktion auch auszuüben und im immer schärfer werdenden Wettbewerb um Investitionen, Institutionen, Events und natürlich Menschen, seien sie Bewohner oder Arbeitnehmer, Kongressbesucher oder Wochenendtouristen, zu bestehen. Und wenn, aus unterschiedlichen Gründen, die ausufernde Mobilität von Kapital und Menschen vielleicht in Zukunft doch wieder zurückgeht, werden die Klein- und Mittelstädte einer Stadtregion, als kleinere und größere „urban villages“ der vorwiegende Lebensraum für die Mehrheit der Bevölkerung sein. Im Gegensatz dazu werden Klein- und Mittelstädte außerhalb dieser Stadtregionen vorwiegend die Funktionen erfüllen, die sie seit Jahrhunderten erfüllt haben. Sie garantieren die in der Verfassung verbürgte Befriedigung der Grundbedürfnisse der in diesen Regionen noch verbliebenen Bevölkerung. Dazu müssen sie allerdings in großem Umfang vom Staat subventioniert werden.

Themenkomplex I
Definitionen und Abgrenzungen
von Klein- und Mittelstädten

Johannes Flacke

Definitionen, Merkmale und Typologien von Klein- und Mittelstädten

Ziel des Beitrags ist es, einen Überblick über Definitionen und Merkmale von Klein- und Mittelstädten zu geben und mögliche Forschungsfragen bezüglich raumstruktureller Klassifizierungen und Typisierungen von Klein- und Mittelstädten aufzuzeigen.

1. Was sind Klein- und Mittelstädte?

„Paradoxerweise ist gerade ihre Vielfalt typisch für die deutsche Klein- und Mittelstadt“ (Meyer-Kriesten 2002, S. 58). Dies drückt sich bereits in den vielfältigen Definitionen von Klein- und Mittelstädten aus. Noch heute offiziell gültig ist die Definition des Statistiker-Kongresses von 1887, nach der Kleinstädte eine Größe von 5.000–20.000 Einwohnern und Mittelstädte von 20.000–100.000 Einwohnern aufweisen. Klöpper (1995) weist darauf hin, dass diese Werte heute zwar immer noch im Bewusstsein verankert sind, aber aufgrund der allgemeinen Urbanisierung der ländlichen Gebiete und der gestiegenen Vorstellungen bezüglich der Ausstattung – und damit auch der Bedarfsträger – von Klein- und Mittelstädten, nicht mehr gelten können. „In Deutschland wird neuerdings von Kleinstädten als Gebilden von 20.000 bis 50.000 Einwohnern und von Mittelstädten als solchen bis 250.000 Einwohnern gesprochen“ (ebd., S. 914).

Bundesweit existieren jedoch zum Teil gravierende Unterschiede. Nach Schäfer et al. (1992) werden „in den westlichen Bundesländern [...] Gemeinden zwischen 10.000–25.000 Einwohnern zu den Kleinstädten [gezählt], wobei die Grenze nach unten fließend ist. Für ostdeutsche Bundesländer kann diese quantitative Klassifizierung nicht übernommen werden, weil hier zahlreiche Kleinstädte weniger als 10.000 Einwohner haben.“ (ebd., S. 13). Auch im Vergleich der einzelnen Bundesländer in Westdeutschland ergeben sich erhebliche Differenzen. So

sind unter Annahme des nach Größenklassen definierten Stadtbegriffs (s. o.) in Bayern fast 75 % der Gemeinden und in Baden-Württemberg immerhin gut 50 % in die Kategorie der Landgemeinden zu fassen, d. h. sie weisen weniger als 5.000 Einwohner auf (vgl. Tab. 1). In NRW hingegen liegt dieser Typ fast gar nicht und in Hessen lediglich mit 25 % vor. In letzterem sind ca. 74 % und in NRW sogar mehr als 90 % der Gemeinden Klein- und Mittelstädte.

Eine einheitliche Definition von Städtetypen nach statistischen Größenklassen ist demnach nicht zweckdienlich. „Die klare Abgegrenztheit auf ein einziges, präzise gefasstes Phänomen bildete zwar einen Vorzug, zeigt aber zunehmend auch Probleme wie etwa die unzureichende Berücksichtigung qualitativer Phänomene des Städtischen“ (Hannemann 2001, S. 3). Andere Definitionen versuchen daher weitere Merkmale zur Definition von Klein- und Mittelstädten, wie etwa Zentralität und Stadtrecht, einzubeziehen.

	Land- gemeinden < 5.000 EW		Kleinstädte 5.000– 20.000 EW		Mittelstädte 20.000– 100.000 EW		Großstädte > 100.000 EW	
Baden- Württemberg	592	53,3	421	37,9	89	8,0	9	0,8
Bayern	1512	73,5	479	23,3	57	2,8	8	0,4
Brandenburg	769	86,8	93	10,5	22	2,5	2	0,2
Hessen	164	24,4	263	61,7	54	12,7	5	1,2
Mecklenburg- Vorpommern	931	95,2	38	3,9	8	0,8	1	0,1
Niedersachsen	697	67,9	237	23,1	84	8,2	8	0,8
Nordrhein- Westfalen	3	0,8	178	45,0	185	46,7	30	7,6
Rheinland- Pfalz	2178	94,5	107	4,6	17	0,7	4	0,2
Saarland	0	0	39	75,0	12	23,1	1	1,9
Sachsen	372	69,5	137	25,6	22	4,1	4	0,8
Sachsen- Anhalt	1171	94,8	43	3,5	19	1,5	2	0,2
Schleswig- Holstein	1029	91,0	81	7,2	19	1,7	2	0,2
Thüringen	942	93,6	45	4,5	17	1,7	3	0,3

Tab. 1: Städte und Gemeinden nach Stadttypen und Bundesländern
(Quelle: Statistisches Bundesamt, Gemeindeverzeichnis GV 2000,
Stand 31.12.2002)

So definiert das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) Kleinstädte als Städte, die i. d. R. weniger als 20.000 Einwohner aufweisen, einen zentralen Ort unter Stufe darstellen und Stadtrecht besitzen, und Mittelstädte als Städte bis zu 100.000 Einwohner, die ein Oberzentrum oder Mittelzentrum sind und Stadtrecht besitzen (Gatzweiler et al. 2003).

Aber auch eine solche Definition ergibt – bundesweit angewendet – ganz unterschiedliche Verteilungsmuster. Dies verdeutlicht, dass die Rolle und Funktion von Klein- und Mittelstädten in einzelnen Bundesländern und Regionen zum Teil erheblich differiert. Für eine forschungspraktische Beschäftigung mit Problemen und Potenzialen von Klein- und Mittelstädten, wie sie mit diesem Expertenkolloquium initiiert werden soll, erscheint daher eine regional abgegrenzte Definition des Untersuchungsgegenstandes sinnvoll. Diese beschränkt den Fokus der nachfolgenden Betrachtungen zunächst einmal auf Nordrhein-Westfalen und definiert Klein- und Mittelstädte als Gemeinden, die 10.000–100.000 Einwohner aufweisen. So bewegt sich die Betrachtung des Untersuchungsgegenstandes Klein- und Mittelstädte auf der Schnittstelle zwischen ländlichem Raum mit dörflichen Gemeindestrukturen und großstädtischen Strukturen. In NRW zählen insgesamt 313 Städte und Gemeinden (= 79 %) zu der Gruppe der Klein- und Mittelstädte, die damit zahlenmäßig den größten Anteil am nordrhein-westfälischen Städtensystem ausmacht.

2. Wie unterscheiden sich Klein- und Mittelstädte?

Klein- und Mittelstädte sind in besonderer Weise von den derzeit aktuellen Stadtentwicklungstendenzen betroffen. Sie weisen in großem Maße Schrumpfungstendenzen auf (Häußermann und Hannemann 2002) und ihre „wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit wird nur noch von den Landgemeinden unterboten“ (Gatzweiler et al. 2003, S. 560). Zugleich sind sie der einzige Stadttyp mit Arbeitsplatzabnahme und liegen bei der Beschäftigtenentwicklung sowohl in West- als auch in Ostdeutschland an letzter Stelle im Vergleich zu anderen Stadttypen (ebd., S. 559 f.). Auch bezüglich der verfügbaren Ressourcen, beispielsweise für Planungs- und Verwaltungsaufgaben, stehen sie schlechter dar als Großstädte (vgl. Beitrag von A. Rüdiger in diesem Heft). Eine aktuelle Befragung der Städte in NRW durch das Deutsche Institut für Urbanistik (DIfU) zu Schwerpunkten kommunaler Politik und Planungspraxis verdeutlicht, dass Großstädte in vielen Bereichen

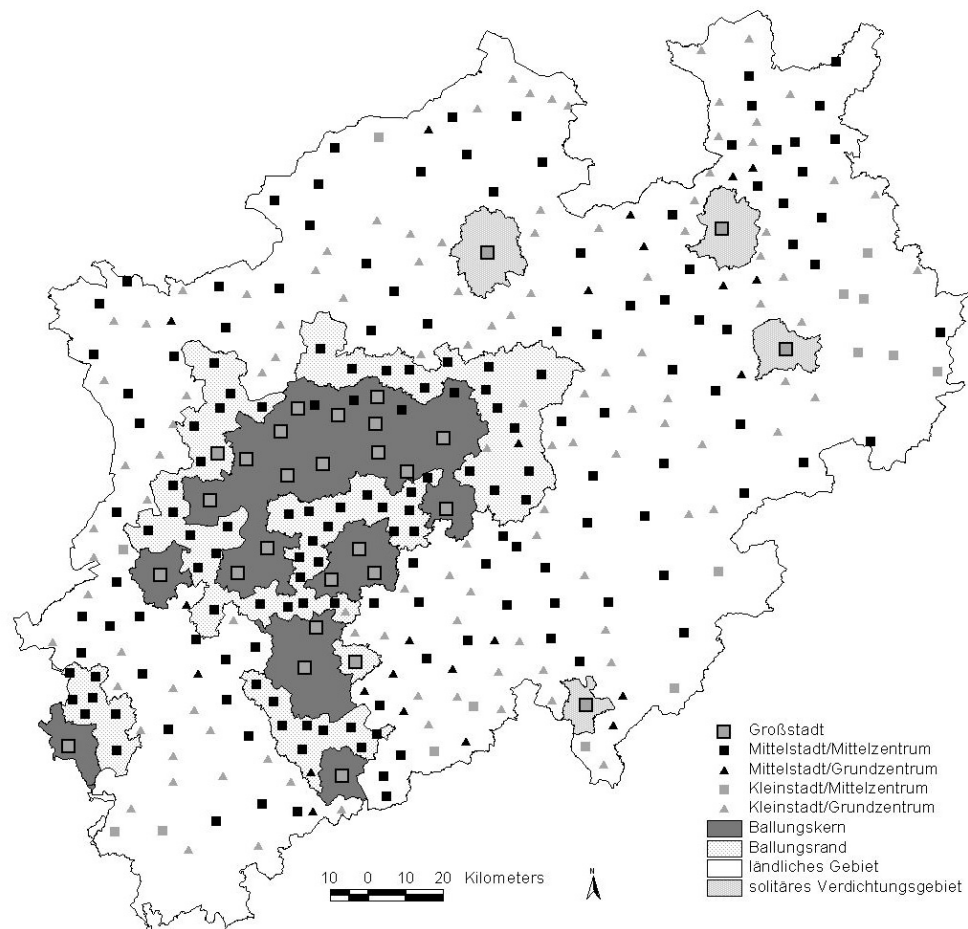
nicht nur größere Umsetzungsaktivitäten als mittlere und kleine Städte aufweisen, sondern auch häufiger Adressat bestimmter (Förder-)Programme sind (Seidel-Schulze 2003, S. 11).

Auf der anderen Seite werden Klein- und Mittelstädten aber auch zahlreiche positive Merkmale und endogene Entwicklungspotenziale nachgesagt. So wird von vielen die Lebensqualität in Klein- und Mittelstädten als besser im Vergleich zu Großstädten beurteilt. Eine aktuelle Befragung des BBR ergibt, dass beispielsweise die Wohnzufriedenheit (Zufriedenheit mit dem Wohnort und mit der Wohnumgebung) und die Zufriedenheit mit der Umwelt in Klein- und Mittelstädten oftmals größer als in Großstädten ist (BBR (Hrsg.) 2003). Ferner wird ihnen eine besondere Rolle bei der Umsetzung einer nachhaltigen Stadtentwicklung zugeschrieben, da die dort vorhandenen gemischt genutzten Strukturen eher dem Ziel einer flächensparenden Siedlungsentwicklung entsprechen, und das bürgerschaftliche Engagement und Identifikationspotenzial in der Regel höher einzuschätzen ist.

Gatzweiler et al. (2003) weisen darauf hin, dass es sich bei der Gruppe der Klein- und Mittelstädte um eine sehr heterogene Gruppe handelt. Klein- und Mittelstädte weisen eine Vielfalt an Funktionen, räumlichen Merkmalen (im weitesten Sinne) und Organisationsmerkmalen auf. Mögliche Klassifikations- und Typisierungsmerkmale können

- die Lage in unterschiedlichen siedlungsstrukturellen Raumtypen,
- die regionalplanerische Funktionszuweisung,
- die Art der Verwaltungsorganisation,
- das vorhandene Arbeitsplatz- und Ausbildungsangebot,
- kulturelle Gewohnheiten, Sitten und Gebräuche

sein. Dabei erscheinen in erster Linie Lagemerkmale (sowohl Raumtypen wie auch regionalplanerische Funktionszuweisung) als Erklärungsmuster für unterschiedliche Ausprägungen und Erscheinungsformen geeignet (vgl. Karte 1). Hierbei ist auch die Lage der Städte im jeweiligen räumlichen Kontext von entscheidender Bedeutung (vgl. Beitrag von B. Adam in diesem Heft). Nur so ist beispielsweise zu erklären, warum eine Stadt wie Gelsenkirchen im Herzen des Ruhrgebiets mit nahezu 275.000 Einwohnern lediglich Mittelzentrum ist, genauso wie die Stadt Büren in Westfalen, die gerade mal 22.000 Einwohner aufweist.



Karte 1: Klein- und Mittelstädte in NRW nach siedlungsstrukturellen Raumkategorien und regionalplanerischer Funktionszuweisung
 (Quelle: ATKIS® VG 250, © Bundesamt für Kartographie und Geodäsie 2003; Statistisches Bundesamt, Gemeindeverzeichnis GV 2000, Stand 31.12.2002)

Andere Merkmalsausprägungen von Klein- und Mittelstädten, z. B. ausgewählte Erfolgsindikatoren, können nicht allein über Lagefaktoren erklärt werden. So bedarf beispielsweise die unterschiedliche Innenstadt- und Einzelhandelsqualität der beiden Mittelstädte Werl und Soest in Westfalen³, beides Mittelstädte und Mittelzentren mit einer Einwohnerzahl zwischen 30.000 und 50.000 Einwohnern, ebenso einer dezidierten Untersuchung wie der mehr als dreimal so hohe kommunale Schuldenstand pro Kopf⁴ der Mittelstadt Bornheim im Vergleich zur Mittelstadt Wesseling, beides Mittelzentren mit ca. 45.000 Einwohnern

³ Freundlicher Hinweis von Herrn Junker.

⁴ Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände pro Einwohner im Jahr 2002, Berechnungsgrundlage Landesdatenbank Nordrhein-Westfalen (LDB NRW), (<http://www.lxi1h.lids.nrw.de/D2300.WWW/inhalt.HTML>).

und südlich der Stadt Köln gelegen. Es zeigt sich, dass Klein- und Mittelstädte sich auch innerhalb eines abgegrenzten Untersuchungsraumes in vielfacher Hinsicht unterscheiden. Dies trifft insbesondere für die durch das Ruhrgebiet in ganz besonderer Weise geprägte polyzentrische Siedlungsstruktur in NRW zu. Von daher besitzt eine Typisierung von Klein- und Mittelstädten eine begrenzte Aussagekraft und kann nur als Basis für eine einzelfallbezogene detaillierte Analyse der Potenziale und Schwächen von Klein- und Mittelstädten darstellen (vgl. Beitrag von K. R. Kunzmann in diesem Heft).

Deutlich wird, dass Mittelstädte/Mittelzentren, die im oder am Rande des Ballungsraums Ruhrgebiet liegen, in einem anderen stadtreptionalen Kontext eingebunden sind und andere Funktionen und Aufgaben wahrnehmen, als in gleicher Weise kategorisierte Städte/Zentren im ländlichen Raum.

3. Wie können Klein- und Mittelstädte typisiert werden?

Die Typisierung von Städten hat eine lange Tradition in der BRD. Aus dem Jahr 1972 liegt eine Typisierung vor, die Städte und Gemeinden hinsichtlich ihrer Wachstumskräfte und ihrer Attraktivität klassifiziert (Boustedt und Dheus 1972). Das BBR hat zuletzt 1997 seine siedlungsstrukturelle Gemeindetypisierung zu Zwecken der Raumbesichtigung überarbeitet. Dabei werden die Gemeinden nach ihrer Lage im groß- und kleinräumigen Kontext klassifiziert und insgesamt 17 verschiedene Gemeindetypen unterschieden (Boltken 1997). Aktuell haben Gatzweiler et al. (2003) Stadttypen in Deutschland hinsichtlich Schrumpfungstendenzen anhand von sechs ausgewählten Strukturindikatoren klassifiziert. Das Deutsche Institut für Urbanistik (DIfU) hat 2002 eine Typisierung der Städte in NRW im Auftrag der Enquete-Kommission „Zukunft der Städte in Nordrhein-Westfalen“ erarbeitet (Henckel et al. 2002).

Andere aktuelle Ansätze zur Typisierung von Klein- und/oder Mittelstädten basieren auf einer geringen empirischen Basis, beziehen sich nur auf einen kleinen räumlichen Ausschnitt und besitzen eher exploratorischen Charakter. Für den Großraum Stuttgart entwickelten Brombach und Jessen (2003) eine Typisierung der umgebenden Kleinstädte auf Grundlage der Bevölkerungsentwicklung von 1950 bis 2000 (vgl. Beitrag von J. Jessen in diesem Heft). Einen ähnlichen an Funktionen orientierten Klassifizierungsansatz entwickelt Kunzmann (2002) für die

Städte in Nordrhein-Westfalen. Unter den Klein- und Mittelstädten in NRW unterscheidet er:

- traditionell industriell orientierte Klein- und Mittelstädte (Typ Remscheid),
- zunehmend von Logistikaktivitäten dominierte Städte am Rande der Metropolregion RheinRuhr (Typ Unna),
- rasch wachsende, aber wenig profilierte Kleinstädte am Rand der Verdichtungsregionen (Typ Haltern),
- wohlhabende kleine Städte am Rand der großen Städte (Typ Meerbusch),
- von Kultur- und Freizeitaktivitäten geprägte Städte im ländlichen Raum (Typ Bad Driburg) sowie
- Klein- und Mittelstädte in ländlich geprägten Räumen (Typ Soest).

Um auf die oben angesprochenen Probleme in Klein- und Mittelstädten angemessen reagieren und gleichzeitig deren Potenziale umfassend berücksichtigen zu können, erscheinen neue Ansätze einer handlungsorientierten Klassifikation und Typologisierung von Klein- und Mittelstädten hilfreich. So lässt sich notwendiges Grundlagenwissen erlangen, das dienlich sein kann, um diesen Stadttypus dauerhaft zu fördern und zu entwickeln. Hierbei sind Klassifikationen zu entwickeln, die zielgerichtet auf bestimmte Fragestellungen ausgerichtet sind. Diese können als Ausgangspunkt für detailliertere und einzelfallbezogene Analysen von Klein- und Mittelstädten genutzt werden.



Brigitte Adam

Mittelstädte in stadtreionalen Zusammenhängen

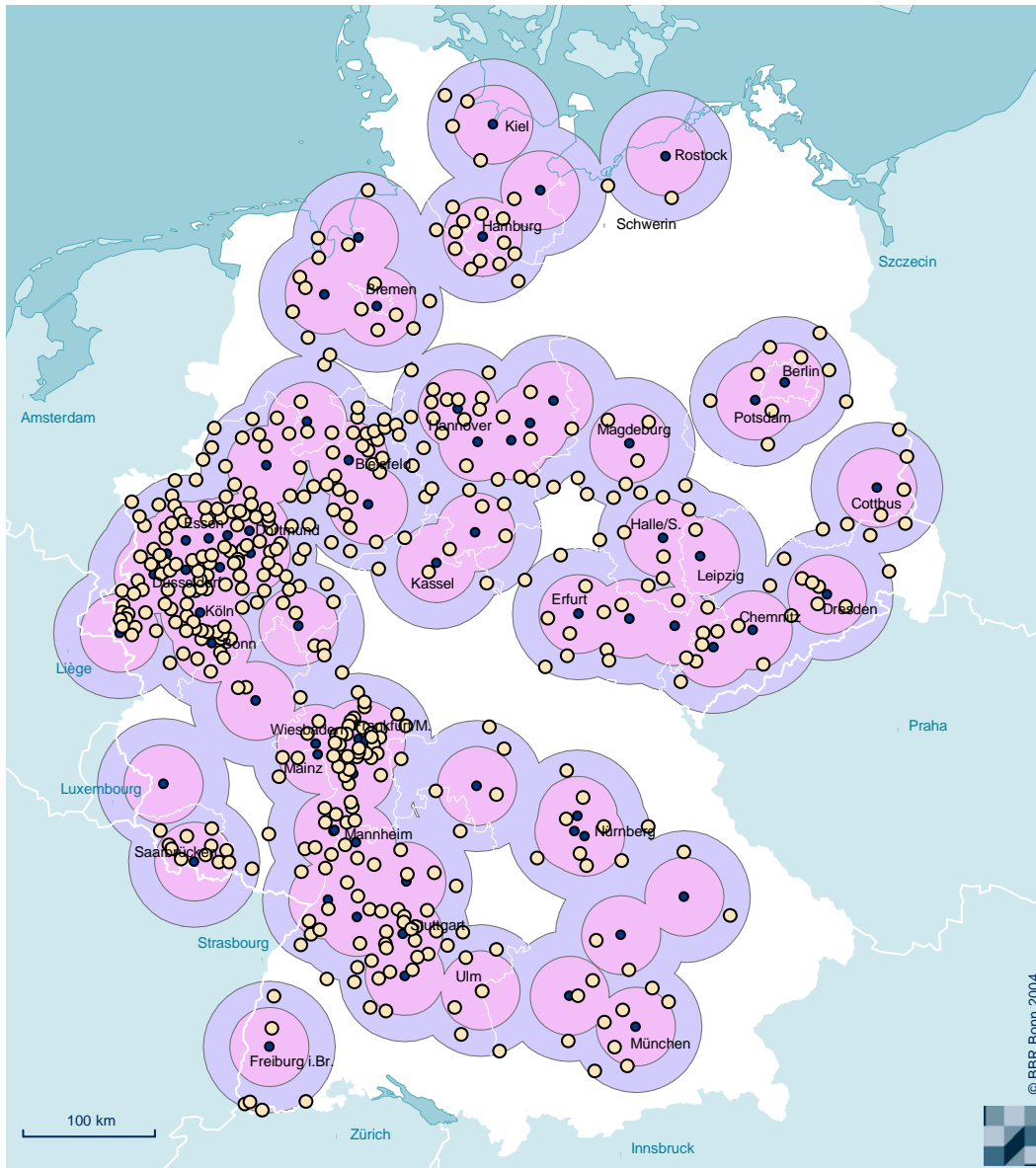
In einem aktuellen Forschungsprojekt des BBR geht es um die Position, die Mittelstädte im Umland größerer Städte einnehmen (vgl. Abb. 1). Von der Herangehensweise her lässt sich dieses Projekt in zwei Untersuchungsbereiche gliedern: in einen quantitativen Ansatz, der auf aggregatstatistischen Auswertungen beruht und einen qualitativen, in dem für ausgewählte Mittelstädte (Fallbeispiele) die Ausgangsbedingungen und Strategien näher beleuchtet werden.

Das Untersuchungsziel besteht darin, Perspektiven für die Mittelstädte im Betrachtungsraum abzuleiten. Gleichzeitig wird das Bild einer polyzentrischen stadtreionalen Siedlungsstruktur konkretisiert und dadurch die Überprüfung gängiger Forschungs- und Politikansätze ermöglicht⁵.

Der Untersuchung liegt eine pragmatische Definition von Groß- und Mittelstädten zugrunde. Danach sind Großstädte (die Kernstädte der jeweiligen stadtreionalen Zusammenhänge) definiert als Städte mit oberzentraler Bedeutung und mindestens 100.000 Einwohnern. Als Mittelstädte werden alle Städte mit mindestens 20.000 und weniger als 100.000 Einwohnern bezeichnet, die zudem als Mittel- oder Oberzentrum ausgewiesen oder vorgesehen sind.

Genauso wenig wie Groß- oder Mittelstädte sind stadtreionale Zusammenhänge eindeutig definiert. Deswegen wird hier wiederum ein pragmatischer Ansatz gewählt. Stadtreionale Zusammenhänge werden bestimmt als 50 km-Luftlinienradius um die identifizierten Großstädte. Alle Mittelstädte innerhalb dieses Radius werden in die Untersuchung einbezogen.

⁵ Beispiele für gängige Forschungs- und Politikansätze, die sich dem stadtreionalen Raum widmen, liefern das Stadtreionen-Modell von Boustedt, die maßgeblich von Sieverts eingeleitete Diskussion um die „Zwischenstadt“, das immer noch geltende Leitbild der Dezentralen Konzentration und die aktuelle, europaweit geführte Polyzentrismusdebatte.



Legende

- Mittelstadt (im Umland)
- Großstadt (Kernstadt)
- 50km-Radius
- 30km-Radius

Quelle: Laufende Raumbewertung des BBR
Eigene Berechnungen, Dr. Brigitte Adam, März 2004

Abb. 1: Mittelstädte in stadregionalen Zusammenhängen
(Quelle: BBR)

Das Forschungsprojekt wird Ende 2004 abgeschlossen. Der derzeitige Untersuchungsstand erlaubt ein Zwischenfazit, dem bislang ausschließlich aggregatstatistische Auswertungen zugrunde liegen:

Dynamik und Stabilität der Mittelstädte im stadtreionalen Kontext variieren und zeigen große Ost-West-Unterschiede. In den alten Ländern zeigen sich die Mittelstädte vergleichsweise stabil, auch wenn sie das Bevölkerungswachstum der 1990er-Jahre nicht auf sich lenken konnten. Mittelstädte in den neuen Ländern hatten dagegen teilweise drastische Bevölkerungsrückgänge, die noch über denen der Großstädte lagen. Dennoch kann bundesweit gesehen im stadtreionalen Raum keine Rede von einem Verschwinden der Kategorie „Mittelstadt“ sein. Dafür spricht auch, dass Mittelstädte im Durchschnitt in Ost- wie in Westdeutschland einen Zentralitätsvorsprung (Arbeitsmarktzentralität) gegenüber kleineren Städten und Gemeinden haben.

In den einzelnen stadtreionalen Zusammenhängen wird allerdings die im Schnitt höhere Einpendlerquote (als Indikator für die Arbeitsmarktzentralität) überlagert durch die Herausbildung neuer Zentralitäten kleinerer Städte oder Gemeinden. Hier liegt es auf der Hand, dass Mittelstädte mit in eine umfassende kommunale Konkurrenz eingebunden sind und Strategien entwickeln müssen, in dieser Konkurrenz zu bestehen.

Aus der Menge aller untersuchten Mittelstädte tritt ein gutes Drittel hervor, das sich durch Arbeitsplatzzentralität und stabile Bevölkerungsentwicklung, oder auch durch – in Einzelfällen – politische oder ökonomische Entscheidungsfunktionen von anderen Städten und Gemeinden abhebt. Diese Städte bilden offensichtlich auch heute noch eine sichtbare „zweite Ebene“ polyzentraler stadtreionaler Zusammenhänge. Nicht jede Großstadt besitzt solche deutlichen mittelstädtischen Potenziale in ihrem Umland. Es gibt allerdings umgekehrt nur wenige Mittelstädte, die weder Arbeitsmarktzentralitäten noch eine stabile Bevölkerungsentwicklung aufweisen können. Diese Fälle konzentrieren sich in den neuen Ländern.

Zukunftskonzepte mit Aussagen dazu, wo sich Mittelstädte zwischen hierarchischen oder netzförmigen Stadt- und Zentrenstrukturen positionieren, müssen deswegen von Fall zu Fall neu justiert werden. Sie hängen ab von den lokalen Ausgangsbedingungen ebenso wie von der stadtreionalen Konkurrenzfähigkeit.



Themenkomplex II
**Klein- und Mittelstädte als politisch-
administratives System**

Andrea Rüdiger

Die Aufgabe der Selbstverwaltung in Klein- und Mittelstädten

Vor dem Hintergrund von Veränderungsprozessen der kommunalen und damit auch der mikropolitischen Ebene und der Debatte um neue Steuerungsmodelle und -instrumente sowie kommunalpolitische Entscheidungsmodi richtet sich das Forschungsinteresse an Klein- und Mittelstädten auch auf Fragen zu Anforderungen, Mechanismen und Wirkungszusammenhängen von Planungs- und Entscheidungsstrukturen kleinerer und mittlerer Städte.

1. Aufgabenbewältigung in Klein- und Mittelstädten

Klein- und Mittelstädte werden im Fokus von kommunalen Verwaltungsstrukturen und Aufgabenbewältigung als eine eigenständige, aber auch als eine das deutsche Städtesystem bestimmende Gruppe von Gebietskörperschaften verstanden. Sie sind Planungs-, Steuerungs- und Politikeinheit des öffentlichen Sektors. Der folgende Beitrag kann mangels empirischer Erkenntnisse zunächst nur als eine Bündelung von Fragen und Thesen verstanden werden. Dennoch können diese punktuell durch eigene berufliche Erfahrungen formuliert bzw. bestätigt werden.

Insbesondere in Zeiten zunehmender Komplexität von Planungsaufgaben bei geringerem Mitteleinsatz ist räumliche Planung auf Ebene von Klein- und Mittelstädten mehr denn je darauf angewiesen, die Nutzung vorhandener Ressourcen (insbesondere auch die Fähigkeiten und Mittel aller Akteure) als auch vertikale und horizontale Kooperationsstrukturen zu optimieren. In Abhängigkeit von der Stadtgröße gilt es, einerseits Fragen sowohl der zentralörtlichen Funktionsübernahme zu erörtern, welches hier als ihre konstante, veränderte oder neue funktionale und/oder strukturelle Rolle im Städtesystem zu verstehen ist. Andererseits gilt es, den Aufgabenbestand dieses Stadttypus, die vor-

herrschenden politischen Strukturen und Handlungslogiken, das administrative Verwaltungsmodell sowie seine Eingebundenheit in das föderale Planungs- und Verwaltungssystem zu durchleuchten. Die Städte befinden sich derzeit nicht nur finanziell in einer kritischen Situation, die auch ihren Handlungsrahmen selbst zunehmend einengt. Eine Neupositionierung der kommunalen Selbstverwaltung und ihrer Aufgabenbewältigung aufgrund immer knapper werdender Ressourcen, insbesondere auch in Klein- und Mittelstädten ist notwendig. Es wird über Aufgabenkritiken von Klein- und Mittelstädten im Fokus der stadtplanerischen Entscheidungsspielräume in mehrfacher Hinsicht zu diskutieren sein. Dies kann sowohl in Form der Zweckkritik, d. h. welche Aufgaben auch künftig von der administrativen Ebene zu übernehmen sein wird, aber auch im Rahmen einer Vollzugskritik, d. h. in welcher Art und Weise diese Aufgaben zu bewältigen sind, erfolgen.

2. Externe Förderstrategien

Das Themenfeld der externen Zuweisungen ist eines, welches die kommunale Ebene nicht nur aufgrund der beengten finanziellen Mittel kontinuierlich bewegt. Förderprogramme und -strategien regionaler, nationaler und internationaler Projektträger sind äußerst komplex, vielschichtig und beinhalten verschiedenste Förderungsschwerpunkte und -zugänge. Ihre Ziele sind mehrdimensional, ihre Zeitpunkte und Zeiträume unterschiedlich.

Kommunalpraktiker beklagen insbesondere die Förderungsstrategien der EU, bei denen kleine und mittelgroße Kommunen de facto kaum die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen. Obwohl sie häufig zum Adressatenkreis der Programme gehören, können sie den Ansprüchen aufgrund der Komplexität der geforderten Abläufe, der erforderlichen bürokratischen Schritte in Bezug auf notwendige Prozesse bzw. Verfahrensabläufe, der personellen Ressourcen, der finanziellen Spielräume, der technischen Ausstattung und auch des fachlichen Know-hows nur bedingt genügen. Die vielfältigen Erfahrungen aus der Praxis unterstreichen die Notwendigkeit einer Überprüfung der Anwendbarkeit der Förderprogramme zugunsten der Optimierung des Einsatzes öffentlicher Mittel. Es ist unerlässlich, neue bzw. geänderte Strategien und auch die Evaluierung potenzieller Synergieeffekte zwischen verschiedenen Fördermaßnahmen auf lokaler Ebene sowie die Betrachtung erfolgshemmender Faktoren anzugehen.

3. Verwaltungs- und Personalstrukturen in Klein- und Mittelstädten

Darüber hinaus erscheint das Grundlagenwissen über Klein- und Mittelstädte, insbesondere hinsichtlich ihrer räumlichen Entwicklungsperspektiven und -dynamiken sowie auch oder gerade unter der Betrachtung der internen personellen Verwaltungsstrukturen, defizitär. „Die durch Fachlichkeit und Ressortegoismen geprägte Administrationsstruktur erschwert die Integration verschiedener Aspekte der gesellschaftlichen Entwicklung.“ (Kopatz 2002, S. 4). Andererseits stellt sich die Frage, ob gerade in kleineren Verwaltungen Strukturen vertikaler und horizontaler Art in Ansätzen vorhanden sind, die hierarchische und organisatorische Hürden überwinden können. Auch die geringen Personalressourcen in Klein- und Mittelstädten müssen sich den steigenden materiellen Anforderungen anpassen. Dieses seit Jahren stetig zunehmende Erfordernis der Aneignung von Wissen und Fähigkeiten klassifiziert den Planer in Klein- und Mittelstädten zu einem „Allrounder“, der neben einer interdisziplinären Arbeitsweise, intradisziplinären Qualitäten in sich vereinen muss („Der Planer als Ökologe, Jurist, Geoinformatiker, Zeichner, Moderator, Öffentlichkeitsmanager etc.“).

4. Städtebauliche Instrumente

Auf der instrumentellen Ebene dominieren städtebauliche Instrumente und Investorenplanungen⁶. Resultierende Veränderungen in räumlichen Strukturen und Prozessen durch investive Instrumente in Klein- und Mittelstädten sind noch nicht evaluiert worden.

Als Folge geringer Personalressourcen und möglicherweise auch zur Legitimation von Planungen scheint parallel in den verbleibenden hoheitlichen Verfahren die Einschaltung externer Planer oder Gutachter an Bedeutung gewonnen zu haben. „Insbesondere die Vergabe notwendiger Gutachten und die Ausschreibung städtebaulicher Wettbewerbe [...] dokumentieren die Bedeutung der Einschaltung externer Planer und Gutachter, die deshalb hinzugezogen wurden, weil derartig groß dimensionierte Aufgaben wie eine Sanierung, die betroffenen Ämter in den Städten überforderten und sich darüber hinaus die Stadtparlamente und -verwaltungen gerne durch die Hinzuziehung auswärtiger Experten und prominenter Architekten-Planer absicherten. Deren Urteil

⁶ So auch DIFU-Umfrage zu den Schwerpunkten kommunaler Politik und Planungspraxis, April 2003.

hat schließlich Gewicht!“ (Leimbrock und Roloff 1987, S. 375). Die Dualität und Widersprüchlichkeit dieses Vorgehens zeigt sich darin, dass ihnen sowohl die Politik als auch die Bürgerschaft eine gewisse Neutralität zuschreiben. Gleichzeitig besteht aber auch die Gefahr, dass Pläne und Programme entstehen, die aufgrund mangelnder Akzeptanz und fehlender Integration des verwaltungsinternen Vor- und Anwendungswissens keine Beachtung in den entsprechenden Fachressorts finden.

5. Handlungsfelder – und Handlungslogik städtischer Kommunalpolitik

Sozioökonomische und demografische Rahmenbedingungen (weitreichende und kontinuierliche Veränderung im Altersaufbau der Bevölkerung und in den demografischen Perspektiven) haben und werden die Planungsvoraussetzungen in Klein- und Mittelstädten grundlegend verändert. In nahezu allen Handlungsfeldern städtischer Politik ist eine Neuausrichtung kommunaler Strategien erforderlich und damit auch ein Umdenken der Entscheider in Klein- und Mittelstädten. Dieser Einsicht steht aus traditioneller Perspektive die „Gewohnheit vieler Jahrzehnte“ entgegen, in der das Streben nach Wachstum Priorität hatte.

Laut einer DIfU-Umfrage⁷ zu den Schwerpunkten kommunaler Politik und Planungspraxis – in 147 (von 206 angeschriebenen) nordrhein-westfälischen Städten – sieht jede fünfte Stadt die Ausweisung von Wohnbauflächen als eines der wichtigsten Projekte der letzten Jahre an. Je höher der Bevölkerungszuwachs war – dies traf signifikant häufiger auf Klein- und Mittelstädte zu – desto öfter wurden neue Wohngebiete ausgewiesen. In der Selbsteinschätzung der wichtigsten Herausforderungen und Problemfelder der Kommunalpolitik in den nächsten 5–10 Jahren hatten laut DIfU-Umfrage die Handlungsfelder demografischer Entwicklung und sozial integrativer Maßnahmen wenig Relevanz.

Im Bereich der demografischen Entwicklung überraschen die Angaben zunächst, ist doch die fachpolitische Auseinandersetzung der verschiedensten Handlungsfelder über und zum Thema „Demografischer Wandel und Schrumpfung“ eines der aktuellsten dieser Zeit. Ein Grund hierfür könnte die für einige Regionen NRWs im Vergleich zum Bundesdurchschnitt relativ günstige Bevölkerungsprognose sein (Seidel-Schulze 2003).

⁷ Erstellt vom DIfU im Rahmen des Gutachtens „Städtetypen in Nordrhein-Westfalen“ für die Enquetekommission des Landtages „Zukunft der Städte in NRW“, April 2002.

Die genannten und prognostizierten Veränderungen müssen Folgen haben für die Flächenhaushaltspolitik der Gemeinden sowie für die Vorhaltung, Inanspruchnahme und Modifizierung innerstädtischer Infrastruktur. Dies bedeutet ebenfalls einen veränderten Umgang mit den damit verbundenen Leistungen für die Städter und Umlandbewohner sowie der Nutzungen der Gebäude und Freiräume.

Kommunale Planungs- und Gestaltungsvorhaben, Fragen der kommunalen Lebensqualität, der Interessensabwägung und nicht zuletzt der Eingriff in privates Eigentum und deren Umsetzungsmaßnahmen sind politisch dominante Bereiche kommunaler Verwaltung im Gegensatz zu Bereichen, die wenig politischer Steuerung bedürfen (Ordnungsverwaltung, kommunale Dienstleistungen etc.). „In kleineren Gemeinden arbeiten Rat und Verwaltung in einem überschaubaren Rahmen zusammen. Die Qualität der Zusammenarbeit wird hier besonders stark durch die Art der persönlichen Kontakte bestimmt. Die so genannte Vetternwirtschaft kann dabei zu tief greifenden Problemen führen.“ (Walcha und Hermanns 1994, S. 1). Gerade in kontinuierlichen politischen Strukturen in Klein- und Mittelstädten sind langjährige verfestigte Beziehungen zwischen den Akteuren der politisch-administrativen Sphäre vorhanden, die sowohl die Planungs- und Entwicklungsprozesse dominieren als auch über ein kostbares Know-how historischer und lokaler Besonderheiten verfügen.

Die Vorstellungen der Kommunalpolitiker über die Steuerung räumlicher Prozesse in Klein- und Mittelstädten sind häufig durch ein technokratisches Planungsverständnis geprägt. Hierzu trägt wohl bei, dass die Planung mit konkreten Aufträgen verbunden ist und eher technisch abgearbeitet wird. Dabei geht die Bedeutung der Planung oder von Planungsprojekten oft auch mit dem Einwerben von Fördermitteln einher. „Wichtige Planungs- und Entwicklungsfragen werden vom Gemeinderat als technische Sonderprobleme an die Verwaltung verwiesen. Diese kann dann im Rahmen der Problemlösung isoliert und nach außen hin abkapselnd reagieren und „undurchschaubar“ wirken. Der anschließende Entscheidungsprozeß des Gemeinderates kann in solchen Fällen aufgrund von Informationsmangel beträchtlich erschwert werden“ (ebd., S. 2). Das Verhältnis zwischen Verwaltung und Kommunalpolitik variiert je nach politischer Landschaft, persönlichen Verhältnissen und nach gewachsener Tradition in den Klein- und Mittelstädten.

Bei den Entscheidungsträgern in Klein- und Mittelstädten handelt es sich um politische Gremien, die ehrenamtliche Arbeit leisten, die durch das demokratische Wahlsystem einem periodischen Erfolgszwang unterworfen sind und damit ihr Handeln und ihre Entscheidungen darauf

ausrichten. Insbesondere in Klein- und Mittelstädten sind politische Entscheidungen für Wähler transparenter und spürbarer als in Großstädten. Die Spielräume und Grenzen der Kommunalpolitik in Klein- und Mittelstädten bewegen sich im Spannungsfeld von überörtlichen und örtlichen Staatsorganen, ansässiger Industrie und Bevölkerung. Um städtische Veränderungs- und Umstrukturierungsprozesse in Klein- und Mittelstädten zu initiieren, gilt es insbesondere die lokalen Akteure und ihr Selbstverständnis zu beleuchten.

In diesem Kontext ist zu beachten, dass sich die Rahmenbedingungen der Kommunalpolitik und -verwaltung seit Anfang der 1990er-Jahre so grundlegend geändert haben wie nie zuvor. Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben ein völlig anderes kommunales Verfassungssystem eingeführt. Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland haben ihr kommunales Verfassungssystem durch die Einführung der Direktwahl des Bürgermeisters in wesentlicher Hinsicht verändert. Die Zusammenführung der zweigeteilten Verwaltungsspitze hat möglicherweise gerade in Klein- und Mittelstädten Auswirkung auf Planungs- und Entscheidungsprozesse.

6. Forschungsinteresse

Ausgehend von den hier umrissenen Fragestellungen, richtet sich das Forschungsinteresse auf praxisnahe Grundlagenforschung im Bereich des politisch-administrativen Systems der Klein- und Mittelstädte. Welche Kommunikations-, Planungs- und Entscheidungsstrukturen innerhalb des administrativen Systems bestehen? Welche Auswirkungen zeigen sich durch bestimmte Organisationsmodelle und -formen? Welche Potenziale sind auffindbar, welche Hürden sind zu beachten? Wie sehen Akteursbeziehungen innerhalb der intra- und interkommunalen Ebene aus und wie bzw. wodurch werden sie konstituiert?

Und nicht zuletzt, wie kann eine integrative Planung innerhalb von Klein- und Mittelstädten aussehen, insbesondere vor dem Hintergrund geringer werdender Ressourcen?

Marion Steinert

Potenziale in der Verwaltungsorganisation kleiner und mittlerer Kommunen⁸ – am Beispiel Geodatenmanagement

1. Die KGSt – auch ein Dienstleister für Klein- und Mittelstädte

Die „Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung“ (KGSt) ist der von Städten, Gemeinden und Kreisen gemeinsam getragene Fachverband für kommunales Management. Sie wurde am 1. Juni 1949 in Köln gegründet und befasst sich mit Führung, Steuerung und Organisation von Kommunalverwaltungen. Sie wird aus den Beiträgen der Mitglieder und Erlösen für besondere Leistungen, wie etwa Seminare und Vergleichsringe, finanziert.

Die KGSt hat über 1.600 Mitglieder, darunter nahezu alle Städte über 25.000 Einwohner einschließlich der drei Stadtstaaten, die meisten Landkreise, viele kleinere Städte und Gemeinden sowie die meisten großen österreichischen Städte. Die KGSt entwickelt gemeinsam mit der kommunalen Praxis und rund 20 Referenten ihre gutachtlichen Empfehlungen und berücksichtigt dabei auch Erkenntnisse und Erfahrungen aus Wissenschaft und Wirtschaft.

2. Geodatenmanagement im Kontext von E-Government

Im Rahmen des großen Aufgabenfeldes E-Government nimmt das Geodatenmanagement eine Position ein, die insbesondere die klassischen Säulen der Verwaltung, das sind Bürger, Finanzen und Grund & Boden, miteinander in Beziehung setzt und vernetzt. Auf dem Weg zur Bürgerkommune verändern und ergänzen Verwaltungen ihre Prozesse und

⁸ Unter dem Begriff der Kommune werden sowohl Städte, Gemeinden und Kreise subsumiert.

Strukturen. Insbesondere das Denken in Prozessen im Rahmen des Geodatenmanagements, die über die Grenzen von Organisationseinheiten hinweg gestaltet werden müssen, durchbricht die traditionelle, strukturelle und hierarchische Gliederung.

3. Wissensmanagement und Geodatenmanagement: Basisinformationen in den Kommunen nutzen und Wissen vernetzen

Kommunale Daten mit Raumbezug gewinnen für strategische und operative Fragestellungen in Politik und Verwaltung an Bedeutung. Geht es doch mehr denn je darum, wirkungsvoll und wirtschaftlich Entscheidungen vorzubereiten oder Lösungsmöglichkeiten für komplexe Problemstellungen anzubieten. Darüber hinaus können Daten mit Raumbezug dazu genutzt werden, um die Qualität von bereits vorhandenen Informationen aufzuwerten, wie z. B. die Verknüpfung von Straße und Hausnummer mit einem interaktiven Stadtplan. Die visualisierte Darstellung von Informationen bietet zum einen eine Vereinfachung der Lesbarkeit durch Komplexitätsreduktion und unterstützt zum anderen dabei, bereits getroffene Entscheidungen zeitnäher und nachvollziehbarer für verschiedene Zielgruppen aufzubereiten.

Viele Prozesse in der Kommunalverwaltung weisen einen Raumbezug auf: Betreuung der Sozialhilfeempfänger, Ermittlung des Wohnungsbestandes, Vergabe von Kfz-Kennzeichen, Vorbereitung von Bauvorhaben etc. (Steinert 2004, S. 4). Durch die Verknüpfung dieser raumbezogenen Daten können Kommunen eine Steigerung ihrer Produktivität erreichen. Wie man dies misst, wird im KGSt-Bericht „Anforderungen an das kommunale Geodatenmanagement“ – der in Kürze veröffentlicht wird – genauer beschrieben. Kommunales Geodatenmanagement wird dann gezielt eingesetzt, wenn es die Aufgabe erfüllt, zwischen Verwaltungsspitze und Fachamt zu vermitteln und die Anforderungen der Ämter ebenso kennt, wie die Notwendigkeiten für ein ämterübergreifendes Konzept. Um diese Wirkung zu entfalten, sollte in der Kommune eine Person die Rolle/Funktion des „GIS-Managers“ wahrnehmen. Das heißt nicht, dass für den „GIS-Manager“ eine neue Stelle eingerichtet werden soll, sondern vielmehr sollte ein Verwaltungsmitarbeiter als eine Art Schnittstelle zwischen den Organisationseinheiten und zwischen den hierarchischen Ebenen agieren. Wichtig ist, dass der GIS-Manager technisches und organisatorisches Know-how sowie soziale Kompetenz mitbringt (o. V. 2004).

4. Geodatenmanagement in kleinen und mittleren Kommunen

Es stellt sich nun die Frage, wie Kommunen unterschiedlicher Größe diese Anforderung an Vernetzung umsetzen können. Kleine Kommunen, die auf geringere personelle und materielle Ressourcen zurückgreifen können, haben oft keine eigenen GIS-Konzepte. Sie arbeiten vielfach eng mit kommunalen Datenverarbeitungszentren, anderen Zweckverbänden und Kreisen zusammen. In großen Kommunen führen die großen Verwaltungsapparate häufig durch viele Abstimmungsprozesse zu Reibungsverlusten. Mittelgroße Städte haben dagegen einerseits ausreichend Ressourcen, um Geodatenmanagement zu schaffen und andererseits die Möglichkeit, dieses relativ schnell wieder umzukehren. Man kann dort eine Art „Versuchsballon“ starten und ggf. nach kurzer Zeit wieder zurückholen (o. V. 2004). Auch können die Verwaltungsbereiche in kleinen und mittleren Kommunen einfacher vernetzt werden als in einer großen Kommune.

Als förderliche Eigenschaften in Verwaltungen von Klein- und Mittelstädten für die Umsetzung der Konzepte sind folgende zu nennen:

- Flexibilität,
- Kooperativität,
- „kurze Wege“ und
- Nähe zum Bürger.

Die Größeneingrenzung von Klein- und Mittelstädten (10.000 bis 100.000 Einwohner) entspricht den Größenklassen 4 bis 6 der KGSt⁹. Dabei bewältigen Klein- und Mittelstädte eine ähnlich hohe Aufgabenvielfalt – wie die Kommunen der Größenklassen 1 bis 3.

5. Fazit

Für kleine und mittlere Kommunen ist die Kooperation über Verwaltungsgrenzen hinweg besonders anzuraten. Möglichkeiten der Zusammenarbeit bieten sich u. a. bei der Verwaltung der Datenpools an. Die Bildung von Einkaufsgemeinschaften für Geodatenserver zur gemeinsamen Nutzung wäre ein Modellansatz. Was jeder Kommune bleibt, ist die Überzeugungsarbeit, dass mit dem Teilen von Daten und Informationen größere Wirkungen erzielt werden können, und zwar z. B. durch

⁹ Eine Übersicht über den Größenklassenschlüssel der KGSt findet sich unter: www.kgst.de



- Vermeiden von Doppelarbeiten,
- leichteres Aufdecken von Zusammenhängen und
- Erkennen von Potenzialen und Möglichkeiten mit der entsprechenden Ableitung von Maßnahmen,

was ohne Datenverbund womöglich nicht denkbar gewesen wäre.

Themenkomplex III
Kooperative Klein- und Mittelstadtentwicklung –
Lokale Akteure

Christine Hannemann

Sozialräume in Kleinstädten

Deutschland ist ein „Kleinstadt-Land“. Trotz ihrer Vielzahl sind Kleinstädte bisher jedoch ein in der deutschen Stadtforschung kaum behandeltes Untersuchungsobjekt. Gerade die fatalen wirtschaftlichen Folgen der Transformationsprozesse, wie auch die allgemeine Diskussion der Zukunft der deutschen Siedlungsstrukturen erfordern jedoch eine Aufnahme der „Kleinstadt“ in den Diskurs. Was soll aus Städten werden, deren teilweise jahrhundertelangen Existenzgrundlagen verloren gegangen sind? Hier setzte die soziologische Untersuchung von 55 Kleinstädten zwischen 2.000 und 15.000 Einwohnern und einer langen Tradition (Stadtrechte!) an. Das zentrale Thema der Studie war die Frage, ob Kleinstädte, zumal in Ostdeutschland, über spezifische soziokulturelle Ressourcen verfügen, die ihr Überleben sichern. Lokale Identität und Ortsbindung sind in kleinen Städten ein Spezifikum, das im Zuge einer Strategie der Mobilisierung endogener Potenziale an Brisanz gewinnt (Hannemann 2004).

In der nachfolgenden Darstellung werden, entsprechend des von den Veranstaltern der Tagung erbetenen Inhaltes „Sozialräume in Kleinstädten“, ausgewählte Untersuchungsergebnisse extrahiert. Dabei werden die Untersuchungsergebnisse zum „Sozialraum Kleinstadt“ zunächst aus räumlicher und dann aus sozial-kultureller Perspektive vorgestellt. Zunächst jedoch noch einige übergreifende Einsichten, die das Untersuchungsfeld „ostdeutsche Kleinstadt“ näher charakterisieren:

Ostdeutsche Kleinstädte verlieren im geschichtlichen Verlauf in drei charakteristischen Marginalisierungsschüben an Bedeutung. Der Erste war eine Folge der Industrialisierung im 19. Jahrhundert. Die zwei folgenden Schübe resultierten zum einen aus der Spezifik des sozialistischen Systems und zum anderen aus der Transformation nach der Wende.

Kleinstädte in der ehemaligen DDR wurden Opfer einer an Großenheiten ausgerichteten Industrialisierungspolitik und administrativer Zentralisierung. Ihre Entwicklung stagnierte. Nach der Wende setzten ein rapider Rückgang der Bevölkerung und ein dramatischer Deindustriali-

sierungsprozess bei gleichzeitigem zentralörtlichem Funktionsverlust ein. Der dritte Marginalisierungsschub stellt für viele Kleinstädte die Existenzfrage. Kleinstädte sind starke Globalisierungsverlierer. Der funktionelle Grund ihrer Existenz ist verloren. Insbesondere der Verlust an Zentralitätsfunktionen führte zu massiven Schrumpfungsprozessen aufgrund von Bevölkerungs- und Arbeitsplatzverlusten, welche sich u. a. in einer Abwanderung von bis zu einem Viertel der Bevölkerung und in einer Arbeitslosenquote von mehr als 20 % widerspiegeln.

Die Forschungsfragen der Untersuchung bezogen sich auf die Lebensperspektive der dort verbleibenden Bevölkerung und setzte an den Dimensionen der kulturellen, wirtschaftlichen und regionalen Bedeutung, der Analyse der lokalen Akteurssystemen und -konstellationen sowie soziokulturellen Ressourcen der Bevölkerung an. Die methodischen Arbeitsschritte umfassten die Erstellung von Stadtprofilen, die Befragung von Schlüsselpersonen und Haushalten. Die vorliegenden Ergebnisse basieren auf einer repräsentativen telefonischen Haushaltsbefragung in vier ausgewählten Kleinstädten Ostdeutschlands in Nordbrandenburg und im Binnenland Mecklenburg-Vorpommerns: Angermünde, Bad Wilsnack, Goldberg und Teterow (N = 1.682). Die Befragung erfolgte im Januar 2001.

Das Ergebnis der Untersuchung der vier Städte zeigt, dass keine einheitlichen Zukunftsszenarien für Kleinstädte entwickelt werden können:

Die untersuchten Kleinstädte entsprechen, jeweils in unterschiedlicher Betroffenheit, dem Stadtentwicklungsfall der „schrumpfenden Stadt“. Dieses Analysekonzept beinhaltet in meiner Interpretation drei zentrale Dimensionen: Entscheidend ist erstens die Erosion der wirtschaftlichen Basis von Städten, die begrifflich als „Deökonomisierung“ gefasst wird und insbesondere den umfassenden Abbau der Arbeitsplätze beinhaltet. Hinzu kommt zweitens der demografische Aspekt von Bevölkerungsrückgang und Überalterung. Schließlich wird dieser Prozess von einem Deurbanisierungs- bzw. Suburbanisierungsprozess begleitet, der die sozialräumliche Struktur verschiebt, indem die Außenentwicklung in den letzten zehn Jahren auf Kosten der Innenentwicklung forciert wurde. Während die Wohnsuburbanisierung nur in geringem Maße ein Problem für die untersuchten Kleinstädte ist, bewirkt gerade die Deurbanisierung für diese einen anhaltenden Funktionsverlust als zentraler Ort. Zudem sind auch in diesen Städten wichtige Funktionen, die für das Überleben der Innen- bzw. Altstädte entscheidend sind, hier vor allem der alltägliche Einkauf, zwar noch auf dem Stadtgebiet angesiedelt, aber eben im äußeren Bereich. Auch für kleine Städte ist zunehmend eine Peripherisierung zentraler Funktionen charakteristisch.

In einer ersten Schlussfolgerung ergab die Untersuchung zwei Entwicklungsrichtungen, die in einer weiteren Differenzierung in vier Typen der „schrumpfenden Stadt“ gegliedert wurden. Zum einen gibt es Städte, bei denen eine Trendwende identifiziert werden kann, und andere, bei denen diese nicht beobachtbar ist. Unter „Trendwende“ soll im Folgenden nicht eine neue Wachstumsdynamik verstanden werden, sondern ein Bremsen des Abbaus und eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Basis der jeweiligen Stadt. Im Fall von Bad Wilsnack kann hierbei sogar bereits von einer Konsolidierung gesprochen werden, während sich Teterow in einem Prozess der Stabilisierung befindet. Angermünde gehört zu den Städten, bei denen bisher keine Trendwende sichtbar wird, in denen somit Stagnation ohne Stabilisierung zu beobachten ist. Goldberg befindet sich weiter in der Abwärtsspirale der Erosion. Diese Typen des Schrumpfens werden im Folgenden zusammenfassend charakterisiert:

- Die **konsolidierte Kleinstadt Bad Wilsnack** mit erfolgreichen Ansatzpunkten für private Marktangebote wie einer Kurklinik; auch die günstige Verkehrsanbindung an Berlin wirkt konsolidierend. Die Kur- und Wellnessrichtungen sowie die attraktive landschaftliche Umgebung lassen eine weitere Steigerung des Tourismus erwarten. Die Stadtpolitik selbst verfolgt explizit keine Wachstumsstrategien, um ihren Charakter als ländliche Kleinstadt zu bewahren.
- Die **stabilisierte Kleinstadt Teterow**, die als ehemalige Kreisstadt 1994 die zentrale Funktion verlor und deren industrielle und gewerbliche Basis nach 1990 durch eine rapide Deindustrialisierung stark reduziert wurde. Allerdings konnte dieser Regression durch eine erfolgreiche Neuansiedlung von Gewerbe entgegengewirkt werden. Mit dem neuen Standbein der Biotechnologie wurde eine Zukunftstechnologie gewonnen. Die heutige Wirtschaftsstruktur Teterows zeichnet sich durch die Fortführung einiger älterer gewerblicher Grundlagen aus. Die schlechte Verkehrsanbindung bleibt nach wie vor ein Entwicklungsproblem.
- Die **stagnierende Kleinstadt Angermünde**, deren 175-jährige Tradition als Kreisstadt nach der Wende abgebrochen wurde; auch die geringen gewerblichen Strukturen sind seitdem weitgehend verloren gegangen. Die momentane wirtschaftliche Lage ist durch geringen Wirtschaftsbesatz, hohe Arbeitslosigkeit und Bevölkerungsabwanderung gekennzeichnet. Angesichts einer zentralen Verkehrsanbindung und einer attraktiven landschaftli-

chen Lage sowie einer vorbildlich restaurierten Altstadt, ist das Tourismuspotezial der Stadt zwar beträchtlich, konnte aber bis heute kaum Wirksamkeit entfalten.

- Die **erodierende Kleinstadt Goldberg** als ehemalige Ackerbürgerstadt und Dienstleistungsort ohne gewerbliche und administrative Tradition. Was in der DDR-Zeit als Aufwertung wirkte, die Etablierung der Stadt als NVA-Standort, erweist sich heute als großer Entwicklungsnachteil. Nach Schließung der Garnison und fast aller landwirtschaftlichen und industriellen Einrichtungen gibt es in Goldberg fast keine wirtschaftliche Basis mehr.

1. Sozialräume in Kleinstädten – räumlich

Räumliche Unterteilung der Untersuchungsstädte

Grundlage der nachfolgenden Aussagen ist die Analyse der durch die repräsentative Haushaltsbefragung gewonnenen soziodemografischen Daten nach ihrer Verteilung im Raum. Die räumliche Aufgliederung der Untersuchungsstädte erfolgte in folgende drei Teilbereiche:

Altstadt: Dieses Gebiet umfasst die historischen Grenzen der Gründungsstadt, die weitgehend identisch ist mit der mittelalterlichen Stadt bis zur ehemaligen Stadtmauer.

DDR-Neubaubereich: Als Neubaubereiche werden geschlossene Bebauungen mit DDR-Geschossmietwohnungsbau bezeichnet, Einzelbebauungen mit Mietshäusern werden hierbei nicht erfasst.

Sonstige Gebiete: Sie umfassen zumeist gründerzeitliche Gebiete nahe des Bahnhofs, Gebiete mit Siedlungsbau der 1920er- und 1930er-Jahre und vor allem Einfamilienhausgebiete aus allen Epochen der Stadtentwicklung. Eine weitere Unterteilung der „sonstigen Gebiete“ erschien nicht sinnvoll, da es sich zumeist nicht um exakt abgegrenzte und begrifflich bestimmbare Einheiten handelt.

Altersstruktur und Haushaltsform nach Stadtgebiet

Die sozialräumliche Struktur der Kleinstädte ist im Vergleich zu Großstädten, die zunehmend segregierte Stadtgebiete aufweisen, insgesamt von größerer Homogenität gekennzeichnet (vgl. Abb. 1). Bei dieser verallgemeinernden Aussage ist zu beachten, dass Bad Wilsnack kein DDR-Neubaubereich besitzt. In allen Städten mit einem Neubaubereich liegt dessen Anteil an der Bevölkerung deshalb zumeist deutlich

über dem Gesamtdurchschnitt. Den geringsten Bevölkerungsanteil in der „Altstadt“ besitzt Angermünde mit nur 26,8 % der Befragten. Den höchsten Anteil hat Bad Wilsnack mit 47,6 %. Hoch ist auch der Anteil in Goldberg: Trotz eines großen Neubaugebietes leben 42,9 % der Befragten in der „Altstadt“.

Es lässt sich anhand der erhobenen Daten nur eine geringe demografische Segregation nach dem Alter innerhalb der Städte feststellen. Insbesondere sind die Unterschiede in der Alterszusammensetzung zwischen „Altstadt“ und „DDR-Neubaugebiet“ insgesamt gering: So gibt es beispielsweise keine Dominanz der älteren Bevölkerung in der Altstadt. Der RentnerInnenanteil ist hier zwar höher als im Durchschnitt, jedoch kaum höher als im „Neubaugebiet“ (wobei hier mehr Vorruheständler leben). Unterschiede zeigen sich jedoch im Vergleich zum Gebietstyp „sonstige Gebiete“, der neben Gründerzeitbebauung vor allem Einfamilienhäuser umfasst und eine deutlich jüngere Bevölkerung aufweist. Die sozialräumliche Struktur der Kleinstädte ist im Vergleich zu Großstädten, die zunehmend segregierte Stadtgebiete aufweisen, insgesamt von Homogenität gekennzeichnet. Auch die „Altstadt“ ist nicht der Wohnort „sozial Schwacher“, eher zeigen sich Probleme im „Neubaugebiet“ mit einem höheren Anteil von Vorruheständlern und Erwerbslosen. Wenn sich sozialräumliche Segregationen deutlicher manifestieren, dann betrifft dies einzelne Wohnblöcke: Kleinstädte sind zu klein für großflächige Segregation. Am ehesten ist sie bei nicht sanierten Plattenbauten zu beobachten, die als Wohnungsangebot für Haushalte mit niedrigerem Einkommen vorgehalten werden (vgl. Tab. 1 bis 5).

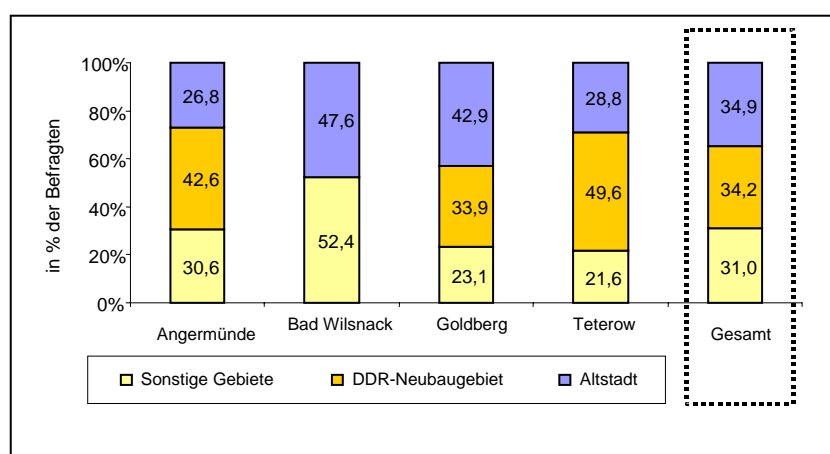


Abb. 1: Bewohner in Stadtgebietstypen nach Untersuchungsstädten (Quelle: Haushaltsbefragung 2001, N = 1.680)

Altersgruppe	Altstadt	DDR-Neubaugebiet	sonstige Gebiete	Gesamt
	<i>in % der Befragten</i>			
16 bis unter 25 Jahre	7,3	9,7	15,4	10,6
25 bis unter 40 Jahre	22,5	19,0	21,2	20,9
40 bis unter 50 Jahre	19,1	15,0	21,7	18,5
50 bis unter 65 Jahre	23,9	32,0	25,0	27,0
über 65 Jahre	27,1	24,3	16,7	23,0

Tab. 1: Altersstruktur nach Wohnort in der Stadt
(Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N = 1.318)

	Altstadt	DDR-Neubaugebiet	sonstige Gebiete	Gesamt
	<i>in % der Befragten</i>			
Einpersonenhaushalt	24,1	22,8	16,5	21,3
Mehrpersonenhaushalt	47,1	53,8	51,5	50,8
Mehrpersonenhaushalt mit einem Kind	17,6	13,8	16,7	16,0
Mehrpersonenhaushalt mit mehr als einem Kind	10,9	9,2	15,2	11,7

Tab. 2: Haushaltsformen nach Stadtgebietstyp
(Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N = 1.676)

	Altstadt	DDR-Neubaugebiet	sonstige Gebiete	Gesamt
	<i>in % der Befragten</i>			
Kinder im Haushalt	28,9	23,5	32,0	28,0
Keine Kinder im Haushalt	71,1	76,5	68,0	72,0
<i>durchschnittliche Kinderzahl je Haushalt</i>				
Kinder je Haushalt	0,41	0,33	0,50	0,41

Tab. 3: Kinder im Haushalt nach Stadtgebietstyp
(Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N = 1.679)

	Altstadt	DDR-Neubaugebiet	sonstige Gebiete	Gesamt
	<i>in % der Befragten</i>			
Schüler/Student/Wehrdienst	3,7	4,5	8,8	5,6
Hausfrau/-mann/Kindererz.	2,9	1,9	3,1	2,6
Rentner/Vorruhestand	39,2	41,4	28,1	36,5
Arbeitslos/ABM/Umschulung	14,1	17,0	12,1	14,5
Erwerbstätig/Auszubildender	40,0	35,1	47,9	40,8

Tab. 4: Erwerbsstatus nach Stadtgebiet
(Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N = 1.681)

Haushaltsnetto- monats- einkommen	Altstadt	DDR- Neubaugebiet	sonstige Gebiete	Gesamt
	<i>in % der Befragten</i>			
unter 2.000 DM	22,7	23,7	13,6	20,2
2.000 bis unter 4.000 DM	50,1	55,6	51,9	52,5
4.000 bis unter 6.000 DM	22,5	17,5	26,0	21,9
über 6.000 DM	4,7	3,2	8,5	5,4

Tab. 5: Haushaltseinkommen nach Stadtgebietstyp
(Quelle: Haushaltsbefragung 2001, gewichtet, N = 1.318)

2. Sozialräume in Kleinstädten – sozial

Die empirische Analyse der schrumpfenden Kleinstädte hat neben tief greifenden Problemen auch soziale Qualitäten und soziokulturelle Potenziale aufgezeigt. Die Situation in allen untersuchten Kleinstädten ist prekär bis desaströs, das muss immer berücksichtigt werden. Dies kann an dieser Stelle jedoch nicht vertieft werden. Stattdessen werden hier soziale Qualitäten des Sozialraums Kleinstadt aufgezeigt, die erklären, woraus aus soziologischer Sicht überhaupt noch Zukunftsperspektiven ableitbar sind.

Vereine und Vereinigungen

Im Durchschnitt aller Städte sind 44,3 % der Befragten, die dazu Angaben machten, in Vereinen und Vereinigungen einschließlich politischer Art organisiert.

Der Organisationsgrad ist in den Untersuchungsstädten deutlich stärker ausgeprägt als im Durchschnitt der Neuen Länder mit 38 %. Gerade Vereine finden, im Gegensatz zu Bürgerinitiativen, in Kleinstädten großen Zuspruch. Diese Art von „lokaler Öffentlichkeit“, also sich in der Freizeit zu organisieren und zu engagieren, ist in den Kleinstädten sehr akzeptiert. Gibt es ein bürgerschaftliches Engagement außerhalb des Erwerbs- und des Privatlebens, beschränkt sich dieses, bis auf wenige Ausnahmen, auf das Vereinsleben. Die Vereine verkörpern das gemeinschaftliche Interesse der BürgerInnen in den Kleinstädten. Dies äußert sich in der lokalen Dominanz der Sport-, Garten-, Kleintierzucht- und Schützenvereine. Stadtpolitische und kulturelle Belange werden in Vereinen zusammengeführt, die sich mit der Heimatgeschichte, dem Tourismus und/oder der Organisation von Heimatfesten beschäftigen. Die Vereine in den Kleinstädten bedienen nicht nur die



Nachfrage nach Aktivitäten, sondern schaffen darüber hinaus ein Wir-Gefühl. Sie sind das nach außen weniger sichtbare „öffentliche Leben“ der Stadt. Das Vereinsleben erhöht den Bekanntheitsgrad und stärkt die Netzwerkstrukturen unter den KleinstädterInnen.

Informelle Netzwerke

Aus Größe und Überschaubarkeit der Kleinstädte und der fehlenden Anonymität entwickeln sich eigene Formen und Strukturen im Umgang der Menschen miteinander.

Auf der Basis des „einander Kennens“ (vielfach über Generationen oder seit dem Kindergarten) und des sich „häufig Begegnens“ findet ein unmittelbarer Austausch über Geschehnisse und Neuigkeiten statt. Die lokalen Eliten und die Bevölkerung treffen im Alltag aufeinander und können auf informellen Wegen ihre Informationen austauschen. Darüber hinaus fördern kleinstadtspezifische Kulturen die Hilfsbereitschaft untereinander, was in der unmittelbaren Nachbarschaft, im Freundes-, Bekannten- und Verwandtschaftskreis, beim Hausbau, Umzügen und gegenüber älteren Menschen zum Ausdruck kommt: Hier gibt es einen ausgeprägten informellen, nichtmonetären Leistungsaustausch. Bei der Bewertung der Wichtigkeit von verschiedenen Lebensbereichen stehen „Freunde und Bekannte“ mit 62,8 % an dritter Stelle und die „Verwandtschaft“ mit 60,6 % an vierter Position. Gleichwohl hat die Dichte der informellen Beziehungsnetzwerke in Gestalt des Klatsches auch eine, in der Regel negativ gewertete, Kehrseite. Strukturell wirkt „Klatsch“ in der Kleinstadt jedoch vergemeinschaftend und bietet damit auch die Möglichkeit zur Partizipation an den Angelegenheiten der Gemeinde.

Sachorientierte Machtbindung

Die Analyse der kleinstädtischen Stadtpolitik ergibt, dass die Entscheidungszentren hochgradig in die lokale Kommunikation eingebunden sind.

Die starke Wahrnehmung der Personen und die starke Prägung durch einzelne Persönlichkeiten führen zu einer stärkeren Transparenz des Elitenhandelns. Die Stadtaktiven sind durch vielfältige Face-to-Face-Kontakte in ständigem Austausch mit den BürgerInnen. Dies führt dazu, dass neben Personenzentriertheit und Face-to-Face-Orientierung parteipolitische Frontbildungen nicht aufgebaut werden. Auch die Verwaltung kann nicht, wie häufig in Großstädten, die fachlichen Diskurse

zur Stadtentwicklung dominieren. Der Zwang zum Handeln verschiebt die Relevanzkriterien zu einem problemorientierten Politikstil. Allgemein gilt, dass Parteipolitik in den Kleinstädten eine untergeordnete Rolle spielt. In erster Linie sei in den vier Kleinstädten die Stadtpolitik durch „Sachfragen“, so die Schlüsselpersonen, bestimmt. Gleichzeitig wird immer die persönliche Einzelleistung wahrgenommen und gewertet. So werden auch persönliche Motive im Handeln der Stadtaktiven schnell offenkundig. Hinter den Entscheidungen werden häufig auch persönliche Motive vermutet. Letztendlich überschneiden sich Koalitionen in Sachfragen mit Interessenkonstellationen in der Stadtpolitik. Lokalpolitik ist grundsätzlich personalisiert.

Identifikation mit der eigenen Stadt

Die Untersuchungsergebnisse zeigen eine deutliche Identifikation mit dem Sozialraum der jeweiligen Kleinstadt und ihrem baulich-räumlichen (historischen) Gefüge.

Die Kleinstadt hat als Gesamtgefüge eine aktivierende Präsenz im Leben der StadtbewohnerInnen. Unabhängig von der konkreten wirtschaftlichen Situation sind hohe Bindungswerte vorhanden, auch wenn diese mit dem wirtschaftlichen Erfolg bzw. Misserfolg korrespondieren. Insgesamt zeigt sich in allen Untersuchungsstädten eine hohe Lebenszufriedenheit: 38,2 % leben „außerordentlich gern“ in ihrer Stadt. Außerdem sind 26,2 % der Befragten „sehr stolz“ und 55,8 % „stolz“ auf die lange historische Tradition ihrer Stadt. Insgesamt ist in allen Städten eine deutliche Mehrheit der Kategorien „stolz“ und „sehr stolz“ (von 70,7 % in Goldberg bis 89,2 % in Teterow) zu verzeichnen. Auffallend ist, dass die emotionale Qualität in Bezug zum Ort häufig mit dem Wort „Heimat“ charakterisiert wird. Mit deutlichem Abstand werden von acht Begriffen, die die Bedeutung der jeweiligen Stadt charakterisieren, „Wohnort“ (79,8 %) und „Heimatort“ (77,9 %) am häufigsten als „sehr zutreffend“ genannt. Dass die Stadt Heimat ist, steht außer Frage. Diese Heimatbindung hat indes auch zur Folge, dass die Region nur als symbolischer Bezugspunkt von Zugehörigkeit gesehen wird, ohne daraus jedoch einen regionalen Handlungsbezug abzuleiten. Kirchturmpolitik verhindert allzu oft übergreifende Kooperationen. Gerade die wirtschaftlich erfolgreicher Städte Bad Wilsnack und Teterow beziehen ihr Selbstbild auch aus der ignorierenden Distinktion gegenüber den Nachbargemeinden und der Region.



Christine Grüger

Partizipationspotenziale in Klein- und Mittelstädten

1. Das Kleinstadtleben – Verlust von Eigenarten oder Gewinn für zukunftsfähige Lebensstile?

Lange Zeit wurde insbesondere mit der Kleinstadt ein eher rückständiges Bild assoziiert: kleinbürgerlich und provinziell, langweilig und unmodern. Der Begriff suggerierte Lebensverhältnisse, die eher mit Idylle und Überschaubarkeit, Behaglichkeit und Romantik, aber auch mit Muffigkeit, Pedanterie, geistiger Engstirnigkeit, politischem Filz und Seilschaften verbunden wurde (Hannemann 2001, S. 5).

Aktuell scheint sich in Deutschland jedoch eine Trendwende abzuzeichnen: Die Großstadtmüden scheinen die „Provinz mit urbanem Flair“ zu entdecken. Es wird die Überschaubarkeit des Ortes, die sozialen Beziehungen und Netzwerke, Vereinsleben und Nachbarschaften, aber auch die Freiraumqualitäten, Ruhe und Sicherheitsbedürfnisse und günstige Mieten den großstädtischen Verhältnissen vorgezogen. Sind also die kleinen und mittleren Städte attraktiver geworden und ggf. prädestiniert für zukunftsfähige Lebensstile?

Bereits Anfang der 1990er-Jahre wurde in einer österreichischen Studie versucht, die Lebensstile in Stadt und Land differenzierter zu beschreiben (Richter 1994, S. 363 ff.). So wurde die Häufigkeit bestimmter Lebensstiltypen (z. B. die Angepassten, Häuslichen, Etablierten, Erlebnisorientierten, Genussorientierten, Stadtsenioren) in unterschiedlichen Gemeindegrößenklassen untersucht. Das Untersuchungsergebnis war, dass ab einer Stadtgröße von 50.000 EinwohnerInnen ein „qualitativer Sprung“, d. h. eine Zunahme der Heterogenität der Lebensstile zu verzeichnen ist (ebd., S. 361).

Ein deutlicher Gegensatz von Lebensstiltypen in der Stadt und auf dem Land bzw. in der Großstadt/Kleinstadt konnte in dieser Untersuchung jedoch nicht festgestellt werden. Die ländlichen bzw. kleinstädtischen Lebensstiltypen sind durch eine sehr starke Einhaltung von Normen

und Sitten gekennzeichnet. Das „Bewahren“ steht stark im Vordergrund. Hinter diesem Bewahren kann eine Bandbreite verschiedener Aktivitäten, wie z. B. die Pflege von Traditionen als Volksgut bis hin zur Touristenattraktion oder aber auch persönliche Einstellungen, stehen. Für die BewohnerInnen gilt als Maßstab der eigenen Außenorientierung das Tun des Anderen, woraus eine starke soziale Kontrolle und ein enger sozialer Zusammenhalt entsteht. Hingegen sind städtische Lebensstile heterogener und eindeutig durch „Aktivität“ gekennzeichnet, d. h. der Suche nach Veränderung, Dinge selbst in die Hand nehmen, schneller Wandel im Konsumverhalten (Moden), politische Partizipation. In Städten ist die Variationsbreite der Lebensstile deutlich heterogener, so dass im Ergebnis für die größeren Städte ein Wertpluralismus festgestellt wird. Aufgrund dieser Befunde ist es interessant herauszufinden, was in Klein- und Mittelstädten die gegensätzlichen Lebensstile des „Bewegen-Bewahren“, „des Aktiven und Passiven“ in Hinblick auf die städtische Gemeinschaft bewirken.

Wie kommt es also nun zu der aktuellen Wohnstandortpräferenz für kleine und mittlere Städte? Ist dies eher als Ausdruck für die Suche nach einem neuen (zukunftsfähigen) Lebensstil zu werten? Oder zwingt die geographische Optimierung regionalisierter Lebensbereiche im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Suburbanisierungstendenzen zum Leben in der Mittelstadt? In diesem Zusammenhang trifft auch der aktuelle Diskurs über einen neuen Stadttypus „Zwischenstadt“ die kleinen und mittleren Städte. Der Aspekt der sozialen Lebenswirklichkeiten und der Alltagsorganisation sowie der Entstehung von Gemeinsinn in diesen Stadttypen ist bisher kaum reflektiert worden (Grüger 2003; Jessen 2001).

Daher ergeben sich folgende Forschungsfragen:

- Für welche Bevölkerungsgruppen und Lebensstiltypen sind Klein- und Mittelstädte plötzlich attraktiv?
- Welche soziokulturellen Potenziale sind dort vorhanden?
- Welche Identifikationspotenziale gibt es?
- Welche Formen des städtischen Gemeinwesens sind dort vorzufinden?
- Welche Bevölkerungsgruppen lassen sich dort für stadtentwicklungspolitische Fragestellungen aktivieren und in welcher Form?
- Wie gehen Klein- und Mittelstädte mit ihren „NeubürgerInnen“ um?

2. Kleine und mittlere Städte – Aktionsräume für bürgerschaftliches Engagement?

Kurze Wege, Nutzungsmischung, Überschaubarkeit und noch weitgehend funktionierende soziale Netzwerke zeichnen Klein- und Mittelstädte mit nachhaltigen Stadtstrukturen aus. Durch die räumliche und soziale Nähe der Menschen, durch das gegenseitige Kennen (seit Kindheit und Jugend), der Begegnung in den Wohnumfeldern, Nachbarschaft und Vereinen kommen öffentliche Diskussionen über Ereignisse schnell zustande. Der Zugang der Bürgerschaft zu Stadtverwaltung und Stadtpolitik ist durch ein dichtes Netz an Beziehungen und Verbindungen unmittelbarer, so dass Anmerkungen und Kritik über stadtpolitische Ereignisse direkter ankommen. Herrscht in Klein- und Mittelstädten daher ein anderes Klima für Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement?

Die aktuelle Partizipationsforschung lässt zunächst nicht darauf schließen. So zeigen sowohl Niedermayer (2001) als auch aktuell Bogumil et al. (2003) auf, dass auch in Mittelstädten eine sozial selektive Teilnahme an Bürgerbeteiligungsprozessen besteht. Mit höheren formalen Bildungsabschlüssen, zunehmendem Alter und Berufsstatus wächst die Beteiligungsbereitschaft, allerdings überwiegend von Männern.

Friedrichs et al. (2002) haben beispielhaft für Euskirchen herausgearbeitet, welche BewohnerInnengruppen besonders aktiv sind und welche sich sehr viel seltener sozial oder politisch engagieren. Dabei wird festgestellt, dass in Städten mit 50.000–99.000 EinwohnerInnen in den alten Bundesländern 52 % der BewohnerInnen in Vereinen und Verbänden (ebd., S. 87) sind. Den größten Zuwachs an Mitgliedschaften verzeichnen dabei Sportvereine. Ein starker Rückgang ist dagegen bei religiösen Gruppen und den Gewerkschaften festzustellen. Alle anderen Vereine und Verbände spielen eine untergeordnete Rolle im sozialen Leben der Klein- und Mittelstädte, inklusive politische Vereinigungen und Bürgerinitiativen (ebd., S. 94). In diesen Initiativen engagieren sich hauptsächlich Einheimische und Zugezogene mit einer Wohndauer > 25 Jahre. Die Altersgruppe der 45–64-Jährigen mit höherem Schulabschluss, zumeist männlich, ist hier am stärksten vertreten.

Kein Wunder, dass in Beteiligungsprozessen nur die „üblichen Verdächtigen“ die „Aktivlinge“ von VerwaltungsvertreterInnen beklagt werden. Diese AktivbürgerInnen seien weder repräsentativ noch vertreten sie die Gemeinwohlinteressen. Solche Anschuldigungen resultieren oft aus der Enttäuschung zu hoher Erwartungen an Bürgermitwirkung. Denn die oft geäußerte Erwartung, mit planender Verwaltung möglichst so-

fort und möglichst zahlreich die breite Masse und die NormalbürgerInnen zu erreichen, ist illusorisch. Partizipationsbereitschaft und Partizipationsfähigkeit sind bestimmende Faktoren, die aufgrund unterschiedlicher Bildungsstände und psychosozialer Einstellungen in der Bürgerschaft vorhanden sind (weiterführend dazu Greiffenhagen 2004, S. 2). „Lobbyisten“ der Bürgerschaft, die gerade in kleinen und mittleren Städten stadtbekannt sind, sollen vielmehr als willkommene stabilisierende Faktoren in Stadtentwicklungsprozessen angesehen werden.

Diese Ergebnisse, einerseits Verlust von bürgerschaftlichem Engagement, andererseits herausragende AktivbürgerInnen, verdeutlichen den Wandel des Ehrenamtes. Tradition und „gesellschaftliche Pflichten für das Allgemeinwohl“ verlieren an Bedeutung. Aufgrund hoher räumlicher und sozialer Mobilität und hohen Flexibilitätsanforderungen in der Arbeitswelt sind die Menschen immer weniger bereit, ein mehrjähriges (Ehren-)Amt anzutreten. Vielmehr besteht eine hohe Bereitschaft, sich zeitlich befristet und projektorientiert zu engagieren. Diesen neuen Engagementmotiven stehen bisher erst punktuell adäquate Engagementangebote gegenüber.

Das baden-württembergische Sozialministerium hat in den letzten Jahren unterschiedliche empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement veröffentlicht, um festzustellen, in welchen Bereichen die Bürgerschaft sich freiwillig engagiert und auf welche Weise die Politik neue Handlungsfelder für die Bürgerschaft eröffnen kann (Ueltzhöffer 2000, S. 9). Im Kontext der Klein- und Mittelstandsforschung ist insbesondere die repräsentative Erhebung der sozialen Milieus und deren bürgerschaftliches Engagement interessant.¹⁰

Für Baden-Württemberg wurde festgestellt, dass in Klein- und Mittelstädten das bürgerschaftliche Engagement deutlich höher liegt als in Großstädten oder sehr kleinen Gemeinden unter 2.000 EinwohnerInnen (vgl. Abb. 1):

¹⁰ Zur Definition der zehn sozialen Milieus sei hier aus Platzgründen auf die Studie von Ueltzhöffer 2000, S. 15–17 verwiesen.

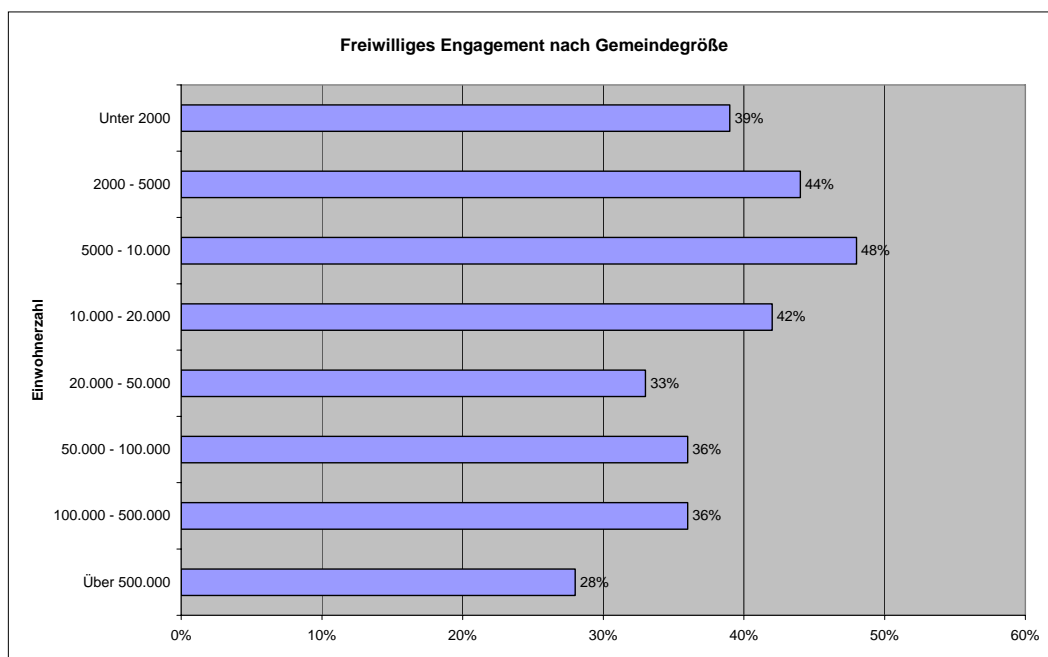


Abb. 1: Bürgerschaftliches Engagement nach Gemeindegrößenklasse
(Quelle: Ueltzhöffer 2000, S. 39)

Darüber hinaus wird auch in dieser Studie festgestellt, dass mit weitem Abstand das Engagement in örtlichen Vereinen am höchsten ist. Lediglich 1 % der Befragten ist in Bürger- bzw. Stadtteilinitiativen tätig. Nach dem Grad des politischen Interesses gefragt, antworten zwar im Bundesdurchschnitt 11 % aller Befragten „sehr stark“ an Politik interessiert zu sein. Dies sind jedoch im Wesentlichen Personen aus dem intellektuellen bzw. etablierten Milieu (Ueltzhöffer 2000, S. 43).

Die Erwartung von vielen Stadtpolitikern und der planenden Verwaltung, dass die Bürgerschaft ihr unmittelbares Wohnumfeld, die Gemeinde oder ihren Stadtteil durch bürgerschaftliches Engagement mitgestalten will, findet zwar im etablierten Milieu, im modernen bürgerlichen Milieu, im intellektuellen wie auch im modernen Arbeitermilieu vergleichsweise hohe Zustimmung, nicht jedoch im traditionellen und im traditionslosen Arbeitermilieu. Diese zögerliche Haltung sich für den eigenen Stadtteil zu engagieren, wird in der Studie damit begründet, dass sich die Angehörigen dieser Milieus „ganz einfach überfordert fühlen, bei öffentlichen Angelegenheiten mitzureden“ (ebd., S. 44), insbesondere bei (politischen) Gestaltungsaufgaben des Gemeinwesens (ebd., S. 73). Für die Planenden ist die Unterscheidung der Akteursgruppen für bestimmte Aufgabenstellungen daher wichtig (Grüger und Schäuble 2004a).

Trotz dieser Befunde steht außer Frage, dass die Kommunen aufgrund des demografischen Wandels, der desolaten Finanzlage und der gegenwärtigen Steuerungskrise auf die Kooperation mit der Bürgerschaft angewiesen sind. Die Begriffe der „Bürgermitwirkung und -aktivierung“ bis hin zur „bürgerorientierten Kommune“ und der Förderung des „bürgerschaftlichen Engagement“ erfreuen sich wachsender Beliebtheit (Bogumil et al. 2003; Klie und Ross 2000, S. 191 ff.; Selle 2000). In Förderprogrammen wie der Sozialen Stadt wird der Bürgermitwirkung i. S. von Hilfe zur Selbsthilfe eine herausragende Rolle eingeräumt. Dabei ist es anhand der Repräsentativerhebung der sozialen Milieus in der Bürgergesellschaft hilfreich zu wissen, welche sozialen Milieus bei politischen Entscheidungsprozessen mitwirken werden und welche Potenziale bürgerschaftlichen Engagements eher für konkrete Umsetzungsmaßnahmen zu erreichen sind.

Die Bürgerschaft soll u. a. stärker an kommunalen Planungsprozessen beteiligt werden. Mitwirkung und Mitbestimmung der Bürgerschaft wird als eine wesentliche Voraussetzung für die Zukunftsbeständigkeit der Städte betrachtet. Die Konsequenz ist, dass sich das Kräftedreieck zwischen Bürgerschaft, Stadtpolitik und Stadtverwaltung ändert, und im Rahmen der neuen Planungskultur neue Rollenverständnisse entwickelt werden. Dabei soll die planende Verwaltung im Sinne einer „ermöglichenden“ Verwaltung agieren (vgl. Beitrag von A. Rüdiger in diesem Heft).

Besonders in Baden-Württemberg, ist frühzeitig mit einer Landesförderung zum bürgerschaftlichen Engagement (BE) durch das Sozialministerium und den kommunalen Spitzenverbänden begonnen worden. Sowohl mit finanziellen Anreizen seitens der Landesregierung als auch mit begleitenden Foren zum Informations- und Erfahrungsaustausch werden hier differenziert Landesnetzwerke für Gemeinden und Städte zur Engagementförderung in den Kommunen geschaffen, die darüber hinaus mit einer umfassenden wissenschaftlichen Begleitforschung unterstützt werden (Klie und Ross 2000).

Die bisherigen Aktivitäten in den Mitgliedskommunen zeigen, dass das Gemeinwesen in Klein- und Mittelstädten durch entsprechende Impulse und Unterstützungsleistungen weiterentwickelt werden kann, und somit durchaus differenzierte Aktionsräume für die unterschiedlichen bürgerschaftlichen Gruppierungen, die Verwaltung und die Stadtpolitik entsteht (Sozialministerium Baden-Württemberg 2004). Allerdings liegt eine systematische Auswertung dieser Erfahrungen im Kontext der Klein- und Mittelstadtforschung erst ansatzweise vor.

3. Wandel des Krätedreiecks – Herausforderungen für Klein- und Mittelstädte

Der kooperative Umgang zwischen Bürgerschaft, Verwaltung und Stadtpolitik vollzieht sich allerdings nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten. Insbesondere in kleinen und mittleren Städten sind die Veränderungen des bisherigen kommunalen Krätedreiecks, insbesondere die lokalen Macht- und Entscheidungsstrukturen, spürbar (vgl. Beitrag von A. Rüdiger in diesem Heft).

Im Verlauf eines dreijährigen Modellprojekts zur diskursiven Bürgerbeteiligung, das die Umsetzungspraxis des Bund-Länder-Programms in sechs bayerischen Kommunen wissenschaftlich begleitete, sind die Herausforderungen formuliert worden (Grüger und Schäuble 2004b).

So bestehen u. a. große Unsicherheiten in der Beteiligung der Bürgerschaft und der Stadtakteure bei planerischen Entscheidungsprozessen. Über Art, Umfang und konzeptionelle Fokussierung eines sorgfältigen „Partizipationsmanagements“ liegen in kleinen und mittleren Kommunen bisher nur fragmentarische Erkenntnisse und Erfahrungen vor, so dass ein erhöhter Beratungs- und Steuerungsbedarf in der Umsetzung von Beteiligungsverfahren besteht.

Komplexe Aufgabenstellungen beispielsweise in städtebaulichen und sozialraumorientierten Fragestellungen sind angesichts der vorhandenen Arbeits- und Organisationsformen der konventionellen Verwaltungen in Klein- und Mittelstädten nicht ohne weiteres umsetzbar. Hier sind sowohl der Gesetzgeber als auch die handlungsorientierte Raumwissenschaft aufgefordert, differenzierte Handlungsempfehlungen und Standards zu formulieren. Gerade die kleinen und mittleren Städte benötigen Unterstützung durch externen Sachverstand in der Prozesssteuerung, um die größte Herausforderung der zu verändernden Organisations-, Kooperations- und Managementformen bewältigen zu können.



Themenkomplex IV
Lokale und globale Ökonomien in
Klein- und Mittelstädten

Petra Lütke

Lokale Ökonomien in Klein- und Mittelstädten

1. Sektoraler Fokus auf Klein- und Mittelstädte

Die bereits in den vorangegangenen Beiträgen genannte Vielfalt von Klein- und Mittelstädten spiegelt sich ebenfalls in ihren differenzierten Unternehmens- und Beschäftigungsstrukturen wider. In einigen wenigen Klein- und Mittelstädten dominieren global agierende Großunternehmen, wie etwa die Bertelsmann AG, die ihren Hauptsitz seit Unternehmensgründung 1835 in Gütersloh hat. Dieses globale Medienunternehmen wächst und agiert – neben vielen globalen Standorten – in einer Mittelstadt mit rd. 96.000 Einwohnern (2003). Einmal mehr erwies sich die Bertelsmann AG als strategisches Globalunternehmen, als es 1995 die in Deutschland führende Multimedia-Agentur Pixelpark AG (Berlin) erwarb und damit den boomenden Multimediabereich auch national erschloss.

Dies ist jedoch eher eine Ausnahme; die meisten Klein- und Mittelstädte sind eher durch eine heterogene Struktur kleiner und mittlerer Unternehmen gekennzeichnet (vgl. Beitrag von J. Jessen in diesem Heft). Langfristig zu erwartende strukturprägende Trends, wie Internationalisierung der Produktion, Globalisierung der Beschaffungs- und Absatzmärkte, Verkürzung der Produktzyklen, Tertiärisierung und Virtualisierung lassen erahnen, welche Standortbedingungen die Gewinnerstandorte im strukturellen Veränderungsprozess vorweisen sollten (Hamm 2003, S. 130).

2. Klassische Standortfaktoren von Klein- und Mittelstädten

Auf den ersten Blick fällt die Bewertung von klassischen Standortfaktoren für Großstädte sowie deren Randbereiche eindeutig positiver aus als die der Klein- und Mittelstädte. Nachteile aufgrund größerer Distan-

zen, eine vergleichsweise schlechte Verkehrsinfrastruktur und die Ferne zu spezifischen personellen und materiellen Ressourcen sind offensichtlich. Daneben existieren jedoch auch Standortvorteile, wie die geringen Kosten beim Erwerb von Gewerbeflächen, niedrigere Mieten oder bessere Wohn- und Freizeitqualitäten. Darüber hinaus lässt sich vermuten, dass die überwiegend durch kleine und mittlere Unternehmen geprägten Klein- und Mittelstädte stärker in die Region eingebettet sind. Die gemeinsame historische sozioökonomische Entwicklung erleichtert Kontakte und prägt ein besonderes Unternehmer-Arbeitnehmer-Verhältnis, insbesondere vor dem Hintergrund der vielen lokalen Klein- und Kleinstunternehmen, die von Unternehmerfamilien über mehrere Generationen hinweg betrieben werden.

3. Lokale und regionale Ökonomien

Unter lokaler und regionaler Ökonomie werden Wertschöpfungsketten und Austauschbeziehungen verstanden, deren Ressourcen und Akteure weitestgehend einer Stadt oder Region zuzuordnen sind. Wertschöpfung und Verteilung liegen im Zugriff der Region, sie können darüber hinaus im Interesse ihrer Bevölkerung verfügen. Dies erlaubt zunehmend die Einbindung von Personen, die in den sich globalisierenden Wirtschaften zunehmend ausgegrenzt werden. Doch globale und lokale Ökonomien schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern bedingen einander. Das Thema der kommunalen und regionalen Wirtschaftsentwicklung wird zunehmend seit den 1980er-Jahren durch die Betonung so genannter lokaler Ökonomien umschrieben. Dieser zunächst in London unter der Labour-Regierung gewählte Ansatz der Wirtschaftsförderung hatte das Ziel, endogene Potenziale der Großstadtregion „Greater London“ zu identifizieren und zu fördern. Dieser stark von einer politischen Ideologie getragene Ansatz einer stärkeren bewohnergetragenen Wirtschaftsförderung gewann in den 1990er-Jahren insbesondere in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf (ILS 1997) an Bedeutung. Hauptaspekte sind hierbei:

- die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten,
- die Verbesserung der Versorgungssituation im Stadtteil,
- die Stärkung der Identifikation mit dem Stadtteil und
- die Förderung der Eigenaktivitäten der Bewohner.

Dabei geht es bei diesem mikroökonomischen Ansatz nicht um die Ausgestaltung eines neuen Mythos, der als ein Allheilmittel gegen den Verfall von brachgefallenen Quartieren dienen soll, sondern eher um einen Perspektivwechsel in der Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung. In einer Entwicklungsphase, in der sich nahezu alle Prozesse im Produktions- und Dienstleistungssektor der wirtschaftlichen Globalisierung unterzuordnen scheinen, wird eine raumbezogene, d. h. auf die konkrete örtliche Gegebenheit reagierende Stadtplanung immer wichtiger. Nur Vorort können Unverträglichkeiten oder Synergien unterschiedlicher wirtschaftlicher Prozesse beurteilt und koordiniert werden. Lokale Ökonomien stellen derzeit und werden zukünftig ein noch wichtiges Handlungsfeld für Kommunen darstellen (Hatzfeld 1997, S. 33). Räumlich und sektoral integrierende Stadterneuerungs- und Wirtschaftsförderungspolitik ist vor diesem Hintergrund eines lokal identitätsstiftenden und urbanisierenden Gegengewichts zu globalen und internationalen Trends anzugehen.

Gleichzeitig sind mit den lokalen Ökonomien Optionen verbunden, die vielfach äußerst kontrovers diskutierten Fragen von Ökonomie und Ökologie zusammenzuführen. So soll die Strategie der lokalen Ökonomie sich in das Konzept einer nachhaltigen Wirtschaftsweise einordnen, das darauf abzielt, im Rahmen einer in einem überschaubaren Raum orientierten Kreislaufwirtschaft unter Minimierung des Energieaufwands und der Transportaufkommen zu agieren. Hierzu gehören ebenso niederschwellige Zugänge zum Arbeitsmarkt, Erneuerung durch Selbsthilfe und Eigenarbeit sowie die Förderung selbstständiger wirtschaftlicher Existenzen. Ein Beispiel dieser institutionalisierten Förderung in diesem letzten Bereich ist die „Agentur zur Aktivierung unternehmerischer Initiativen“ des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (Deitmer 1997, S. 30).

Laut einer Umfrage des DIfU 2002 in den Programmgebieten der Sozialen Stadt zeigte sich, dass Anstrengungen und Maßnahmen auf dem Handlungsfeld der lokalen Ökonomie in Großstädten jedoch häufiger anzutreffen sind als in kleineren Städten. Dies liegt zum einen an der höheren Handlungsdichte, aber zum anderen auch am geringeren Personaleinsatz in kleineren Städten (Löhr 2004, S. 4).

4. Strukturen der Beschäftigungsentwicklung

Betrachtet man die Beschäftigungsentwicklung in Klein- und Mittelstädten in den Alten Ländern von 1990 bis 2002, so überrascht es

nicht, dass in Großstädten und insbesondere in Hamburg, München, Frankfurt und Köln die höchste Beschäftigungsdichte zu verzeichnen ist (vgl. Abb. 1). Dagegen weisen zahlreiche Mittelstädte die größten positiven prozentualen Beschäftigungsveränderungen auf. Hierunter fallen Mittelstädte wie Langenhagen (Niedersachsen) mit rd. 49.000 im Großraum Hannover oder Pulheim mit rd. 53.000 Einwohnern (Nordrhein-Westfalen) im Großraum Köln. Ursache ist nach wie vor räumliche Dekonzentration der Erwerbstätigkeit, die sich in Richtung Verdichtungs-umland entwickelt (Bade et al. 2003, S. 117). Verlierer sind eindeutig die Verdichtungscentren, deren Zahl an Erwerbstätigen sich vielfach negativ entwickelte.

Die Strukturen der Beschäftigungsentwicklung in den Neuen Ländern weist insgesamt eine deutliche Negativentwicklung auf (vgl. Abb. 2). Hinsichtlich der Verteilung unterschiedlicher Stadtgrößen ist auch bei Großstädten keine positive prozentuale Beschäftigungsentwicklung zu beobachten.

Aber auch in den Neuen Ländern sind einige wenige Gewinnerstädte zu nennen: Ludwigsfelde mit 24.000 im Großraum Berlin und Spremberg mit 27.000 Einwohnern (beide Brandenburg) südlich von Cottbus. Beide Mittelstädte konnten zwischen 1990 und 2002 einen Beschäftigungsgewinn von über 20 % verzeichnen.

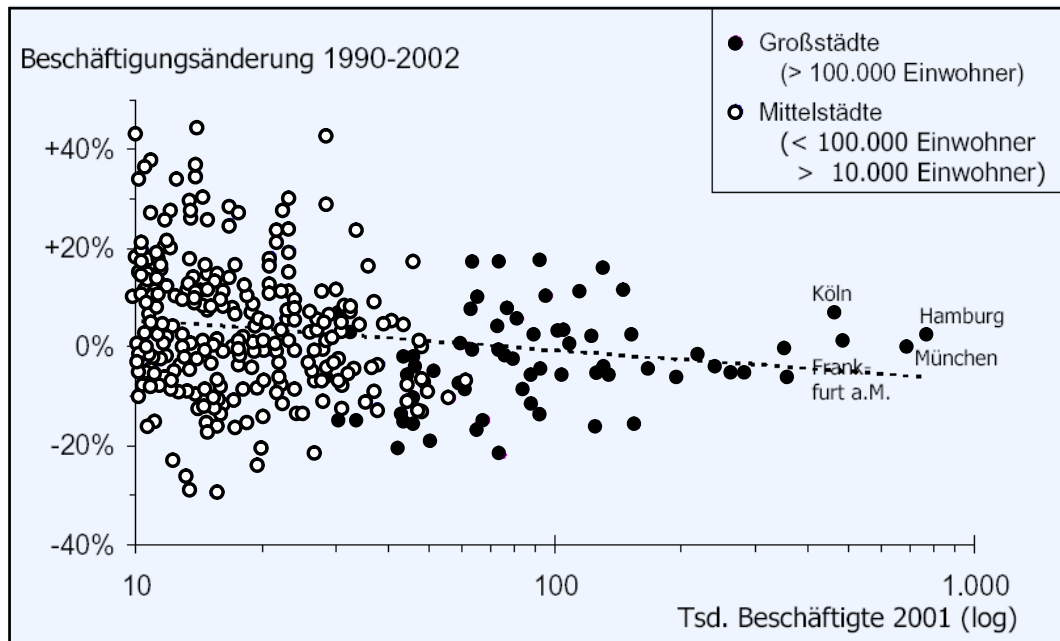


Abb. 1: Stadtgröße und Beschäftigungsentwicklung Alte Länder 1990–2002 (Quelle: Bade 2004, verändert)

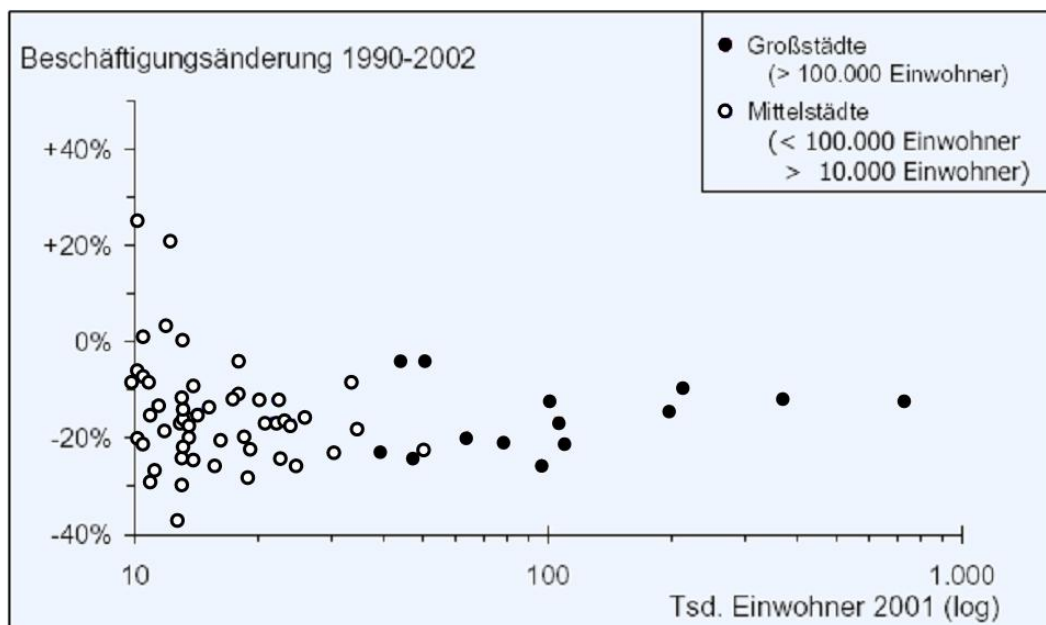


Abb. 2: Stadtgröße und Beschäftigungsentwicklung Neue Länder 1990–2002
(Quelle: Bade 2004, verändert)

5. Potenziale und Vermutungen lokaler Ökonomien in Klein- und Mittelstädten

Lokale Ökonomien sind in sozioökonomische, soziokulturelle sowie lokalpolitische Informations- und Kommunikationsstrukturen (vgl. Beiträge von C. Grüger und A. Rüdiger in diesem Heft) eingebettet. Sie gründen u. a. auf Beziehungen auf betrieblicher Ebene (Zuliefer- und Absatzbeziehungen), Beziehungen zwischen Betrieben und Organisationen (z. B. IHK) sowie Beziehungen zwischen Betrieben und dem privaten Umfeld der unternehmerischen Akteure. Bisherige Erfahrungen zur lokalen Ökonomie bezogen sich i. d. R. jedoch auf Großstädte oder einzelne Stadtquartiere von Großstädten (z. B. Programm „Soziale Stadt“; Läßle und Walter 2003), so dass hinsichtlich kleiner und mittlerer Städte ein dringender Forschungsbedarf besteht.

Neben den wirtschaftshistorischen Voraussetzungen geht es insbesondere um Kooperationsstrukturen und ihre regionale Eingebundenheit (Granovetter 1985). Vor allem deren Wirksamkeit bzw. Nichtwirksamkeit in unterschiedlichen Klein- und Mittelstädten festzumachen, ist von besonderem Interesse, wenn es darum geht, Hemmnisse und Potenziale bei der Entwicklung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten zu identifizieren.



Peter Ache

Klein- und Mittelstädte in Europa – Nischenökonomien in einem globalen System?

Die Betrachtung von Klein- und Mittelstädten (KUM) aus europäischer Perspektive erfolgt in diesem Beitrag auf einer ad hoc Basis. Das IRPUD hat in seiner derzeitigen Forschung keinen spezifischen Blick auf Klein- und Mittelstädte gerichtet. Allerdings liefern Projekte des IRPUD, die bspw. im Rahmen des European Spatial Planning Observation Network (ESPON), das von der Europäischen Kommission finanziert wird und in seiner jetzigen Runde noch bis 2006 läuft, einige Hinweise auf eine mögliche Position der Klein- und Mittelstädte in einem erweiterten europäischen Kontext. Dieser Beitrag nimmt dabei fast zwangsläufig eine top-down-Perspektive ein, richtet den Blick und damit den Maßstab für zukünftige Entwicklungen zunächst auf Europa und dann auf die kleinräumige Situation in Deutschland. Drei Aspekte werden hierbei behandelt: In einem ersten Schritt werden Ergebnisse einer funktionsräumlichen Betrachtung auf europäischer Ebene vorgestellt. In einem zweiten Teil werden Szenarien zum territorialen System vorgestellt. Im letzten Abschnitt schließlich werden Hypothesen zur – hier ökonomischen – Funktion von Klein- und Mittelstädten entworfen.

Ganz deutlich tritt in diesem Gesamtbild das stark an den großen Räumen orientierte Siedlungssystem hervor, mit einem absoluten Schwerpunkt in der ‚blauen Banane‘ (Brunet 1989). Innerhalb dieser Region tritt das global bedeutende Zentrum London hervor. Auf der nächsten Ebene stehen die nationalen Zentren europäischer Bedeutung, gefolgt schließlich von den eher regional orientierten Zentren.

Hier ist jedoch Zurückhaltung geboten, denn nur im Einzelfall taucht auf dieser untersten Ebene bereits eine Mittelstadt auf. Die überwiegende Zahl zeigt hier Städte die größer als 100.000 Einwohner sind (wenn dies das Maximumkriterium für Mittelstädte ist).

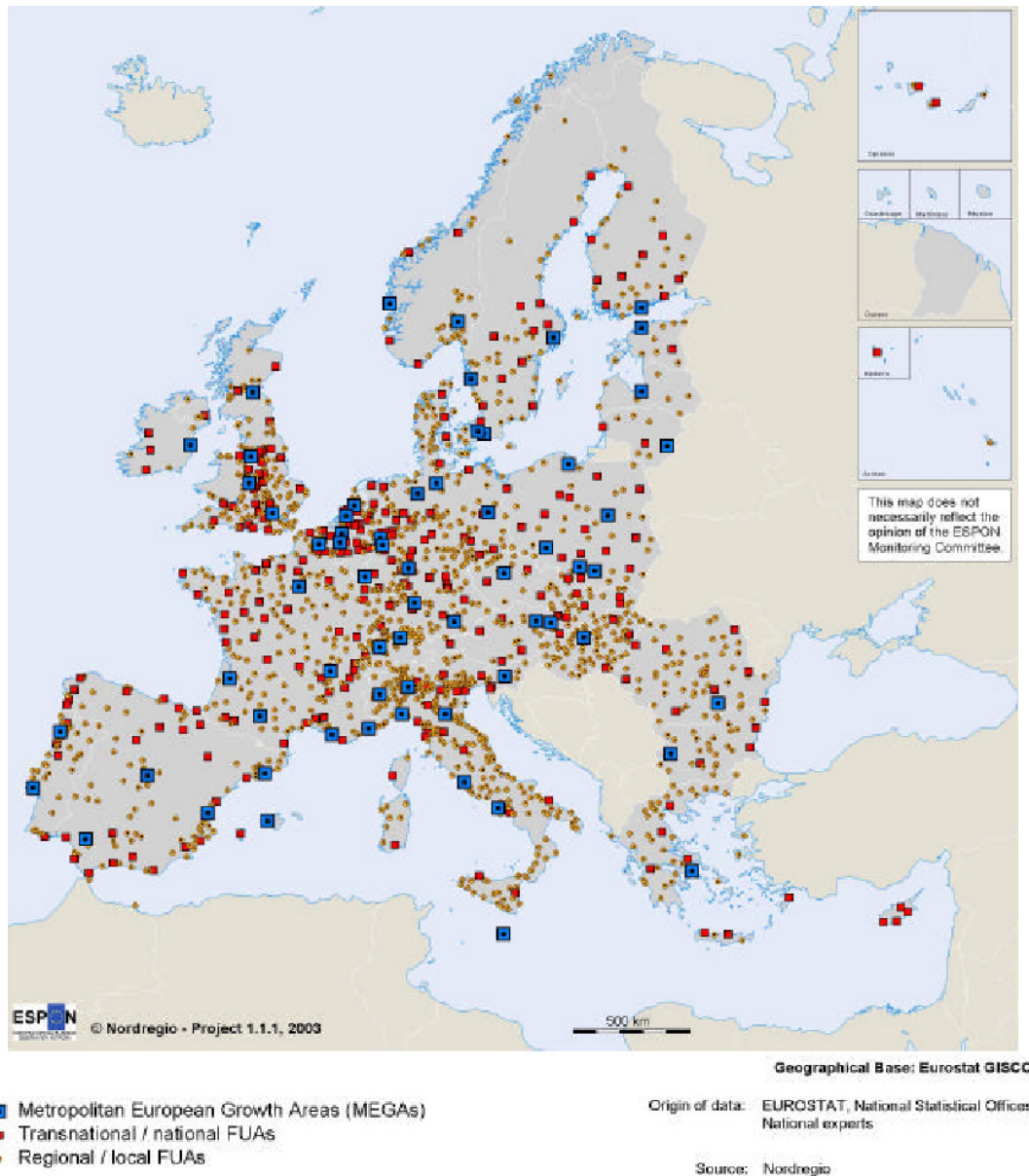


Abb. 1: Typology of Functional Urban Areas (FUAs) (Quelle: Nordregio 2003)

Ein erstes Fazit stellt also die klare Hierarchisierung aus europäischer Perspektive fest, was nicht überraschend ist, was allerdings den Erwartungshorizont für Klein- und Mittelstädte in einem deutschen Kontext festlegt. Betrachtet man weiterhin eine europäische Tendenz, sich strategisch auf bestimmte Wachstumspole auch räumlicher Art zu konzentrieren, so definiert dieses funktional-räumliche System entscheidend die Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Städte in Deutschland. Je nach großräumlich-europäischer Lage unterscheiden sich die Handlungsoptionen für Klein- und Mittelstädte.

Dies wird durch unterschiedliche Szenarien im Grunde bestätigt. Die europäischen Wachstumspole beziehen sich auf ein Territorium, das sich aus 25 Mitgliedsländern zusammensetzt. Sie sollen die Mitbewerber in einem globalen Wettbewerb sein. Diese Pole werden Bewegungsrichtungen von Investitionen, damit von ökonomischen Aktivitäten und damit auch von Bevölkerung vorgeben. Das Beispiel Ostdeutschland zeigt, welche Wanderungsbewegungen durch die ökonomisch aktive Bevölkerung ausgelöst werden, wenn die Rahmenbedingungen darauf drängen. Die ökonomische Ausgangssituation in Osteuropa ist deutlich schlechter, die Wahrscheinlichkeit von großräumlichen Wanderungen in Richtung der Wachstumszentren sehr hoch. Davon sind vor allem die ökonomisch schwächeren Standorte betroffen, hierunter wiederum vor allem Klein- und Mittelstädte. Als ‚Metrex‘ haben sich ca. 120 Großstadtregionen zusammen getan, um europaweit Lobbyarbeit zu betreiben. In einem Unterprojekt ‚PolyMETREX‘ (IET/METREX 2004) zeigen diese Akteure auf, wohin eine mögliche Entwicklung gehen kann. Unterschieden wird nach peripheren Gateways, nach aufsteigenden Regionen und nach vielversprechenden Räumen. Dazwischen liegen u. a. sogenannte Problemsysteme. Wiederum wird deutlich, dass es für kleine und mittlere Städte in Deutschland (und Europa) einen wesentlichen Unterschied machen wird, wo diese Städte liegen.

Wie die Abbildung 2 zeigt, liegt ein großer Teil von deutschen Klein- und Mittelstädten im Bereich der bereits angesprochenen ‚blauen Banane‘ und damit im europäischen Wirtschaftszentrum.

Damit zum Schlussteil des Beitrages, der etwas zu ökonomischen Strukturen in Klein- und Mittelstädten sagen sollte. Aus dem bisher Gezeigten lassen sich keine direkten Aussagen dazu ableiten, ob es typische Strukturen oder Funktionen für Klein- und Mittelstädte gibt. Aus europäischer Sicht sind vor allem die großen Zentren wichtig und entscheidend. Sie haben die höchstrangige Position inne, kombinieren sehr unterschiedliche ökonomische Funktionen und Strukturen, sind schließlich die Orte mit den größten Vorteilen der ‚urbanisation‘ oder ‚agglomeration economies‘, wie sie in der Literatur immer wieder angesprochen werden. Innerhalb dieses europäischen Systems der räumlich-funktionalen Arbeitsteilung sind die Karten bereits gemischt und verteilt, beziehen auch die Klein- und Mittelstädte ein. Die Verteilung läuft jedoch nicht zwangsläufig auf ‚back offices‘ oder ‚verlängerte Werkbänke‘ hinaus.

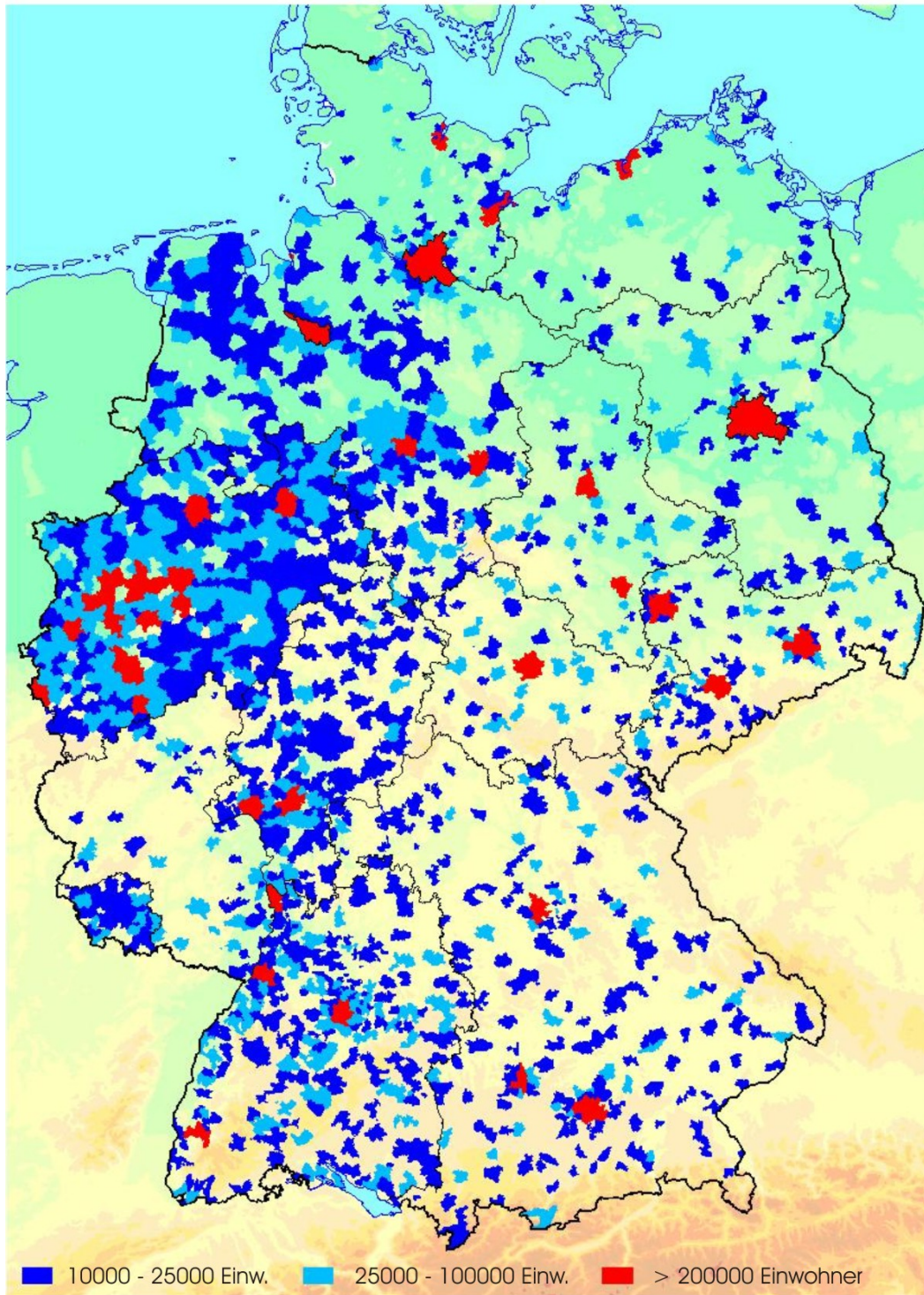


Abb. 2: Städte in Deutschland nach Einwohnerzahlen (Quelle: IRPUD/GIS 2003)



Die ‚Zentralität‘ und damit Bedeutung einer Funktion im ökonomischen oder technischen System ist nicht von vornherein auf eine bestimmte Hierarchiestufe des räumlichen Zentrumsystems festgelegt. Zentrale Funktionen können auch neben oder außerhalb der wichtigsten städtischen Zentren angesiedelt sein, womit sich durchaus Nischen für Klein- und Mittelstädte ergeben. Solche Nischenfunktionen können der Ausgangspunkt für Strategien sein, die entlang bspw. von Cluster-Ideen zusätzliche Funktionen an den Standort holen, sie durch weitere Dienstleistungen ergänzen und damit ein eigenständiges Profil entwickeln können.



Zusammenfassung der Diskussionen und Ausblick

Zusammenfassung der Diskussionen und Ausblick

Im Folgenden werden kurz die Diskussionen des Expertenkolloquiums „Klein- und Mittelstädte – Verkleinerte Blaupausen der Großstadt?“ am 29. April 2004 an der Universität Dortmund zusammengefasst und ein Ausblick auf das Forschungsfeld Klein- und Mittelstädte gegeben.

1. Definitionen und Abgrenzungen von Klein- und Mittelstädten

Die Abgrenzung von Klein- und Mittelstädten erfolgt auch heute noch anhand von Definitionen, die zum Teil schon vor über 100 Jahren festgeschrieben wurden. Die Diskussion hierzu hat gezeigt, dass diese Form der Klassifizierung zu kurz gesprungen ist und dem komplexen Thema Klein- und Mittelstädte mit all seinen Facetten und Aspekten, wie sie sich auf dem Expertenkolloquium dargestellt haben, nicht gerecht wird.

Das Merkmal der „**Einwohnerzahl**“, als Grundlage für den statistischen Stadtbegriff, ist nur unzureichend aussagekräftig zur Charakterisierung von Klein- und Mittelstädten. Es kann Hinweise zur Einordnung in stadtreionale Systeme geben, sagt jedoch wenig über mögliche Funktionszuweisungen aus. Notwendig ist zumindest eine Differenzierung nach Ost- und Westdeutschland, um siedlungsstrukturelle und funktionale Unterschiede deutlich zu machen.

Eine Ergänzung um das Merkmal „**Stadtrecht**“ ist für die zentrenfernen ländlichen Räume tragfähig, da es historische Funktionen der Kleinstädte aufgreift. Diese spiegeln sich auch auf allen räumlichen Maßstabsebenen wider. Im Kontext der Suburbanisierungsprozesse innerhalb von Stadtregionen ist die Anwendung des Merkmals dagegen problematisch, da es die Klein- und Mittelstädte zwar in ihrem Stadt- und Ortsbild nach wie vor, funktional aber kaum noch prägt. Dies liegt vermutlich darin begründet, dass die Entscheidungsträger das traditionelle Bild einer Kleinstadt nach wie vor im Kopf haben und daran ihre (räumlichen) Dispositionen ausrichten. Das Merkmal verweist zwar auf historische Wurzeln, die aber angesichts der dispersen Verteilung von

Kleinstädten in der überformten Stadtregion relativ bedeutungslos geworden sind. Darauf basieren Identitäten, die das politisch angestrebte und vollzogene Bevölkerungswachstum der vergangenen Jahrzehnte ignorieren.

Das Merkmal „**Lage im Raum**“ ist differenziert zu bewerten. So stellt sich die Frage der Maßstabsebene angesichts des Blickwinkels, dessen Fokus sich im Kontext der Regionalisierungsdebatte und Strukturpolitik auf EU-Ebene anders darstellt als aus Sicht der Kernstadt auf ihr Umland oder aus Sicht der Klein- und Mittelstadt. Die Autonomie der Stadtpolitik, mit Zielsetzung einer eigenen dynamischen Entwicklung, steht der regionalplanerischen Steuerung von Funktionszuweisungen und Flächenansprüchen in den Agglomerationsräumen gegenüber. Eine Typologisierung von Klein- und Mittelstädten sollte an diesem Spannungsfeld ansetzen und wird anhand der jeweiligen Fragestellungen zu bestimmen sein.

Die Polyzentralität von Stadtregionen verweist auf weitere Merkmale der raumordnerischen Funktionszuweisung von Klein- und Mittelstädten. In erster Linie sind **Bevölkerungsentwicklung**, aber auch **Bevölkerungsdichte**, **Pendlerquote** und **Erreichbarkeit** zu nennen. In der Stadtregion und dem Verhältnis zwischen großer Kernstadt und den umliegenden Mittel- und Kleinstädten stößt inzwischen das Zentrale-Orte-Konzept an seine Grenzen.

Als Fazit ist festzuhalten, dass eine Typisierung von Klein- und Mittelstädten vor allem aufgrund ihrer Vielgestaltigkeit nur einen begrenzten Nutzen bei der Analyse von Stärken, Schwächen, Hemmnissen und Potenziale dieses Stadttyps aufweist. Weder ersetzt sie eine detaillierte und einzelfallbezogene Analyse, noch dient sie als Grundlage für eine Marketingstrategie. Andererseits kann sie aber sehr wohl dazu dienen, zukünftige Schwerpunkte der Städtebaupolitik des Landes festzulegen, um politische und sachliche Prioritäten zu setzen (vgl. Beitrag von K. R. Kunzmann in diesem Heft).

2. Klein- und Mittelstädte als politisch-administratives System

Die Diskussionen, die sich um Aufgaben, Funktionen und Rolle von kleinen und mittleren Kommunen im System der räumlichen Planung bewegen, sind vielfältig und komplex. Der Akteur der kleineren und mittleren Stadt, der sich offenkundig mit anderen Strategien und Res-

sources als die der Großstadt befasst, sieht sich den wachsenden Herausforderungen gegenüber.

Es fehlt an strukturellem Wissen, wie kleinere und mittlere Kommunen mit planerischen Fragen, z. B. Fragen des Stadtbbaus, mit der Vergrößerung der Maßstabebene (Regionalisierung und Globalisierung) und mit gestiegenen Anforderungen an ihr System, z. B. in Form der Verwaltungsmodernisierung, des E-Governments und der Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge, umgehen.

Deutlich wurde in der Diskussion, dass die Positionen von Klein- und Mittelstädten in der Stadtregion von den raumordnerischen Aufgabenzuweisungen und der Aufgabenübernahme sowie ihren eigenen Ressourcen bestimmt sind. Offensichtlich ist eine **Differenzierung nach Kommunen in Ost- und Westdeutschland**, ebenso eine deutlichere **Unterscheidung nach Kleinstädten einerseits und Mittelstädten andererseits** notwendig. Eine Mittelstadt in Ostdeutschland ist mit einer Kleinstadt in Westdeutschland, eine Kleinstadt mit einem Dorf in Westdeutschland vergleichbar.

Die Rolle der Mittelstädte gegenüber den Kernstädten in Agglomerationsräumen im Rahmen stadtreionaler Kooperation ist angesichts des suburbanen Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums und der damit **gestiegenen Zentralität kleiner und mittlerer Gemeinden** noch ungeklärt. Das betrifft auch die operative Gestaltung von Aufgabenfeldern innerhalb der Region und nach außen.

Die personellen **Ressourcen** von Klein- und Mittelstädten bergen Schwächen und Potenziale, die den Umgang mit eigenen Planungsaufgaben in Ausübung der Planungshoheit und den von außen heran getragenen Anforderungen an räumliche Flächendispositionen bestimmen. Die Schwächen liegen im Wesentlichen in der knapperen Ausstattung, die Potenziale können in dem daraus folgenden flexibleren Handeln vermutet werden. Dabei ist die Rolle der kommunalpolitischen Strukturen von hoher Evidenz, sowohl in ihrer Kontinuität, als auch in ihrem Verhältnis zur Verwaltungsorganisation („Doppelspitze“).

Die Organisation dezentraler Ressourcenverteilung, durchbrochene Hierarchien im Rahmen neuer Steuerungsmodelle und der Einsatz neuer Technologien wie E-Government, stellen aktuelle **Herausforderungen für das Stadtmanagement** in allen Stadtgrößen und Verwaltungsstrukturen dar. Für die Verwaltungen von Klein- und Mittelstädten können dabei ihre Erfahrungen zum Tragen kommen, die sie bei der von hoher Vielfalt gekennzeichneten Aufgabenbewältigung mit geringerer personeller Ausstattung gewonnen haben.

Können demnach die **Erfahrungen von Klein- und Mittelstädten** bei der Umsetzung des neuen produktorientierten Steuerungsmodells auch **für Großstädte von Nutzen oder gar vorbildhaft** sein? Oder sind es nicht vielmehr die Großstädte, die gleich Tankern zwar nur langsam in Gang kommen und schwer zu lenken sind, dann aber viel transportieren können, mit denen Klein- und Mittelstädte Erfolg versprechend kooperieren können, wie z. B. bei der Einwerbung von EU-Fördermitteln?

Aber was bedeutet die derzeitige Finanzlage, die auch die Klein- und Mittelstädte zu Haushaltssicherungskonzepten zwingt, für den Einfluss und die Abhängigkeit von privaten Investoren, Gutachtern und Planungsbüros? Wie können angesichts dessen Möglichkeiten gefunden werden, die die Kommunen zum Ausschöpfen des **gestaltenden Rahmens der eigenen Planungshoheit** motivieren, anstelle einer Beschränkung auf die Pflichtaufgaben („Abarbeitung von Masse“).

Hier ergeben sich grundlegende Fragen nach dem Management von externem Sachverstand und dessen Integration in lokales Verwaltungshandeln, das auch die kommunale Verfügbarkeit von Daten einschließt.

Deutlich wurde in der Diskussion, dass insbesondere durch europäische Rechtsnormen kommunale Handlungsspielräume immer stärker eingengt werden. Es besteht Forschungsbedarf hinsichtlich des **Transfers** von planerischen Rahmenbedingungen auf **EU-Ebene** und seine Auswirkungen auf der **kommunalen Ebene in kleinen und mittleren Städten**. So trat im Juli 2004 das neue EAG Bau in Kraft, welches z. B. die EU-Richtlinie 2001/42/EG (Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme, Plan-UP-Richtlinie) umsetzt und die Durchführung einer Umweltprüfung in jedem Bauleitplanverfahren vorschreibt. Hier werden neue Anforderungen an die Bauleitplanung gestellt und die Abläufe angepasst werden müssen.

3. Kooperative Klein- und Mittelstadtentwicklung – Lokale Akteure

Betrachtet man Klein- und Mittelstädte aus einer **sozialräumlichen Perspektive**, so wird der Forschungsbedarf vor dem Hintergrund einer bisher sehr ausgeprägten deutschen Großstadtforschung offensichtlich. Die Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahrzehnte, die vor allem in den Stadtregionen der Agglomerationsräume von variierender Dyna-

mik und Stabilität gekennzeichnet war, hat die **sozialen Zusammensetzungen in Klein- und Mittelstädten verändert**. Offen ist, inwieweit der Zuzug in ihrer Lebensphase relativ homogener Bevölkerungsgruppen zu einer Überformung der klein- und mittelstädtischen Stadtgesellschaft geführt hat.

Die positive Konnotation der Begriffe Heimat und Standortbindung setzt zum einen an traditionellen Werten an, ist aber offensichtlich auch auf bestehende bzw. subjektiv empfundene **Lebensqualitäten in kleinen und mittleren Städten** zurückzuführen. Fraglich ist, inwieweit die derzeitige Attraktivität dieses Stadttypus, die sich auch in den Sichtweisen der dort aufgewachsenen Generation wieder findet, als zukunftsfähig gelten kann. Die vor allem in Ostdeutschland (noch) in hohem Maße vermittelte Identität und Standortbindung, die ausbildungs- und arbeitsmarktbedingten Mobilitätsanforderungen entgegensteht, verweisen darauf.

Ein großes Fragezeichen besteht auch hinsichtlich der Weiterentwicklung der **großflächigen Einfamilienhausgebiete** (Immobilienwertermittlung) und zukünftig nachgefragter Wohn- und Lebensqualitäten. Neue Eigentumsstrukturen und sich wandelnde Lebensstile der nächsten Generationen werden diese zumeist gestalterisch und funktional homogenen Einfamilienhausgebiete überformen.

Betrachtet man die Lebenszusammenhänge in kleinen und mittleren Städten, so scheint diese deutlich von **informellen Netzwerken und lokalen Eliten** geprägt zu sein. Kurze Wege, flexibles Verwaltungshandeln mit flacheren Hierarchien und Nähe zum Bürger werden ihnen in diesem Zusammenhang zugeschrieben. Fraglich ist, wie sich diese sozialen informellen Netzwerke abbilden und wie durchlässig sie nach innen und außen sind. Gleichzeitig stellt sich die Frage, welchen Stellenwert (erzwungene) Nähe und Dichte örtlicher Face-to-Face-Kontakte im Kontext umfassender Medienpräsenz in Bezug auf die **kommunalpolitischen Leitlinien und Ressourcenverteilung** haben? Und welche Kompetenzen urbaner Milieus und welche Qualitäten des lokalen Akteurssystems zum Tragen kommen?

Ebenso muss der Tatsache Rechnung getragen werden, dass sich soziale Differenzierungen großstädtischen Lebens nicht einfach auf klein- und mittelstädtische Dimensionen herunter brechen lassen. Auf der **Makromilieuebene** ist in Klein- und Mittelstädten – ebenso wie in Großstädten – eine Pluralisierung der Lebensstile anzunehmen. Die Milieutypologien sind in ihrer Ausprägung jedoch nicht mit denen einer Großstadt zu vergleichen. Wertorientierungen, Alltagsbewusstsein und sozialer Status sind in Klein- und Mittelstädten aufgrund eines anderen

lokalen sozialen Kontextes verschiedenartig ausdifferenziert. Die **Mikromilieus** in Klein- und Mittelstädten sind zwar ebenso als soziale Netzwerke zu bezeichnen, doch scheint gerade der Zusammenhang zwischen häufiger Möglichkeit zur Kommunikation und unmittelbarer räumlicher Nähe als konstitutives Element einer besonderen klein- und mittelständischen Situation, in denen soziale Netzwerke eingebettet sind. Darüber hinaus kann man davon ausgehen, dass wechselseitige Abhängigkeiten zwischen beiden Milieuebenen bestehen.

In diesem Zusammenhang formulieren Akteure im Planungskontext häufig, dass insbesondere systematische Erkenntnisse von Milieutypologien für Bürger mit Migrationshintergrund weder für Klein- und Mittelstädte noch für Großstädte derzeit vorliegen.

4. Lokale und globale Ökonomien in Klein- und Mittelstädten

Ebenso zeigen Klein- und Mittelstädte aus einer sektoralen Perspektive andere Voraussetzungen als Großstädte. Ihnen werden zwar Nachteile bei den klassischen Standortfaktoren nachgesagt, wie etwa die Ferne zu materiellen und personellen Ressourcen. Doch wirken aktive Strategien diesen Nachteilen entgegen, z. B. durch die Einbettung von sozialen Netzwerken in regionale oder auch **überregionale Kooperationsstrategien** (Beispiel „Drittes Italien“). Wenn Mittelstädte heute zu den Hoffnungsträgern der Raumentwicklung gezählt werden, mit allen Stärken und Schwächen ihrer Stadtentwicklung, dann ist hier ganz besonders der Blick von innen und von außen gefragt. Initiativen, wie etwa Städtenetze, können zur Profilierung der Stadt und beim Stadtmarketing dienlich sein.

Klein- und Mittelstädte weisen **eine Dichte anderer Quantität und anderer Qualität** auf als die der Großstädte. Dabei sind endogene Potenziale zu identifizieren und zu aktivieren, deren lokale Einbettung in soziale und familiäre Infrastrukturen, wie z. B. Nachbarschaften oder Familienverbände, die Besonderheit darstellen.

Auch aus der europäischen funktionalen Perspektive bilden Klein- und Mittelstädte häufig **Ankerpunkte innerhalb europäischer Netzwerke von Stadtregionen**. Es stellt sich die Frage, ob ihre Chancen in der Spezialisierung bei Unternehmensclustern liegen. Sollte dies der Fall sein, ist der Frage nachzugehen, ob diese zukunftsfähig und nachhaltig in quantitativer und qualitativer Hinsicht ausgestaltet werden

können? Gerade auf europäischer Ebene bestehen hier Forschungsdefizite, deren Forschungsaufgaben sich insbesondere auf interkulturelle Lernprozesse beziehen sollten.

Im Rahmen überregionaler Strategien ist zu vermuten, dass Klein- und Mittelstädte Steuerungsmöglichkeiten bieten können, um regionalen Pfadabhängigkeiten entgegenzuarbeiten. Die **Gefahren des Lock-Ins** bestehen in einem strukturellen Lock-In (Monopole drängen die Entwicklung in eine Richtung), einem politischen Lock-In (Entscheidungsträger von Gesellschaft oder Industrie widersetzen sich einem Wandel) und einem kognitiven Lock-In (festgehalten an alten Entwicklungspfaden trotz wirtschaftlicher Einbußen) (Grabher 1993). Eine höhere Diversität in und von Klein- und Mittelstädten in einer Region könnte demnach ein größeres Potenzial darstellen, diesem dreifachen Lock-In entgegenzustehen.

Weiterhin zu klären ist, ob die Klein- und Mittelstädte, die als **Suburbanisierungsgewinner** gelten, auch zukünftig die **Gewinner der lokalen Beschäftigungsentwicklung** sein werden. Hier kommt ebenfalls der Ausgangspunkt einer Typisierung von Klein- und Mittelstädten hinsichtlich funktionaler Zuordnungen zum Tragen: Zunächst übernehmen Klein- und Mittelstädte Wohnfunktionen, weitere Funktionen kommen je nach Art und Lage in der Stadtregion hinzu (**Wohnen+X**). Betrachtet man jüngste Entwicklungen in der Kombination **Wohnen+Arbeiten**, liegt die Vermutung nahe, dass die rasche Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien einen zunehmend größeren Einfluss auf Standortbedingungen von großstadtnahen kleinen und mittleren Städten nehmen und diese verbessern.

5. Ausblick

Mit der Zielsetzung, strukturelle Erkenntnisse über Klein- und Mittelstädte zu gewinnen, eröffnen wir am Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung ein neues Forschungsfeld. Der Blickwinkel liegt querschnittsorientiert auf diesem noch näher zu definierenden Stadttypus, der sowohl durch die Suburbanisierungsprozesse der vergangenen Jahrzehnte als auch durch vielfältige Überformungen und Transformationen auf regionaler Ebene geprägt wurde. Angesichts des derzeitigen demografischen Wandels sowie der aktuellen sozioökonomischen und technologischen Entwicklungen stehen Klein- und Mittelstädte nun vor neuen Herausforderungen zwischen Kontinuität und Wandel. Insbesondere die forschungspolitische Berücksichtigung der Klein- und Mittelstädte



auf europäischer Ebene kann hierbei einen wichtigen Beitrag leisten, stadtregionale Prozesse und Problemlagen zu identifizieren, Strategien zu formulieren sowie internationale und interkulturelle Lernprozesse anzustoßen. Wie diese Herausforderungen zu meistern sind, welche Anforderungen an Klein- und Mittelstädte sich hieraus ergeben und welche Veränderungen der beschriebene Wandel für Klein- und Mittelstädte mit sich bringt, sind die zentralen Fragestellungen, die uns in diesem Forschungsfeld beschäftigen.

Literatur zu Klein- und Mittelstädten

- Aring, J. (1999): Suburbia – Postsuburbia – Zwischenstadt. Die jüngere Wohnsiedlungsentwicklung im Umland der großen Städte Westdeutschlands und Folgerungen für die regionale Planung und Steuerung. (Arbeitsmaterialien der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Nr. 262). Hannover.
- Bade, F.-J. (2004): Wirtschaftliche Perspektiven der Mittelstädte. Vortrag auf dem 3. Forum der Gesellschaft für Immobilienwirtschaftliche Forschung am 12. Februar 2004 in Frankfurt.
- Bade, F.-J., Kiehl, M., Mikeleit, T. und Papanikolaou, G. (2003): Wirtschaftliche Aussichten der Regionen in Deutschland. In: vhw FW, Juni-Juli, S. 116–120.
- Baumgart, S. (1997): Planung in kleinen und mittleren Städten: Gedanken zu Umsetzungschancen und -hemmnissen umweltgerechter Zielsetzungen. In: PlanerIn, H. 1, S. 9–11.
- Bertelsmann AG (2004): Die Bertelsmann-Chronik 1835–2003. <http://www.bertelsmann.de/bag/history/chronicle/chronicle.cfm> (Zugriffsdatum: 19.11.2004).
- Blotevogel, H. H. und Jeschke, M. A. (2004): Stadt-Umland-Wanderungen im Ruhrgebiet. Abschlußbericht zu dem Forschungsprojekt Stadt-Umland-Wanderungen im Ruhrgebiet. Gefördert durch den Kommunalverband Ruhrgebiet. Duisburg.
- Bogumil, J., Holtkamp, L. und Schwarz, G. (2003): Das Reformmodell Bürgerkommune. Leistungen – Grenzen – Perspektiven. Hagen.
- Boltken, F. (1997): Neue siedlungsstrukturelle Gemeindetypen für die Raubeobachtung. (Mitteilungen und Informationen des BfLR, H. 3), S. 4–5.
- Boustedt, O. und Dheus, E. (1972): Gemeindetypisierung. Weiterentwicklung von Methoden zur Typisierung von Gemeinden, insbesondere von Städten, unter dem Gesichtspunkt der Bestimmung ihrer Wachstumskräfte und der Messung ihrer Attraktivität. (Städtebauliche Forschung, Bd. 03002). Bonn-Bad Godesberg.
- Brombach, K. und Jessen, J. (2003): Die Kleinstadt im Suburbanisierungsprozess. Nivellierung oder Selbstbehauptung? Beispiel Region Stuttgart. In: Zimmermann, C. (Hrsg.): Kleinstadt in der Moderne. (Reihe Stadt in der Geschichte, Bd. 31), S. 183–196.
- Brunet, R. (1989): Les Villes 'européennes'. Paris.

- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2003): Lebensbedingungen aus Bürgersicht. (Berichte, Bd. 15). Bonn.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2001): „Berufsmobilität und Lebensform – Sind berufliche Mobilitätserfordernisse in Zeiten der Globalisierung noch mit Familie vereinbar?“ Bonn.
- Deitmer, M. (1997): Lokale Ökonomie und Wirtschaftsförderung. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS): Lokale Ökonomie und Wirtschaftsförderung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf.
- European Commission (EUREK) (Hrsg.) (1999): ESDP – European Spatial Development Perspective. Luxembourg.
- Frehn, M. (2004): Freizeit findet Innenstadt! Mobilitätsanalyse Handlungsansätze Fallbeispiele. (Dortmunder Beiträge zur Raumplanung: Blaue Reihe, Bd. 118). Dortmund.
- Friedrichs, J., Kecskes, R. und Wolf, C. (2002): Struktur und sozialer Wandel einer Mittelstadt: Euskirchen 1952–2002. Opladen.
- Gatzweiler, H.-P., Meyer, K. und Milbert, A. (2003): Schrumpfende Städte in Deutschland? Fakten und Trends. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 10/11, S. 557–574.
- Grabher, G. (1993): The Weakness of Strong Ties: The Lock-In of Regional Development in the Ruhr Area. In: Grabher, G. (Hrsg.): The Embedded Firm. On the Socioeconomics of Industrial Networks, S. 254–277.
- Granovetter, M. (1985): Economic Action and Social Structure. The Problem of Embeddedness. In: American Journal of Sociology, Bd. 91, Nr. 2, S. 481–510.
- Greiffenhagen, S. (2004): Am eigenen Zopf aus dem Sumpf? Partizipation als ambivalente Entwicklungsstrategie. Beobachtungen im benachteiligten Stadtteil. In: Maier, K. und Michelsen, G. (Hrsg.): Nachhaltige Stadtentwicklung – eine Herausforderung für Umweltkommunikation und Soziale Arbeit.
- Grüger, C. (2003): Leben in der Zwischenstadt. In: Europäisches Forum Alpbach (Hrsg.): Der dritte Raum im Vormarsch. Alpbacher Architekturgespräche, S. 41–48.
- Grüger, C. und Schäuble, I. (2004a): Ein differenzierender Blick auf die Bürgermitwirkung in Programmgebieten der Sozialen Stadt. In: Maier, K. und Meßmer, M. (Hrsg.): Soziale Kommunalpolitik für lebenswerte Wohnquartiere. Forschungs- und Projektbericht Nr. 20 der Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung e. V. an der EFH Freiburg, S. 78–93.

- Grüger, C. und Schäuble, I. (2004b): Diskurse in der „Sozialen Stadt“. Praxiseinblicke in die Programmumsetzung in bayrischen Mittelstädten. Schlussbericht zum Modellversuch „Diskursive Bürgerbeteiligung“ im Auftrag der Obersten Baubehörde Bayerns. München.
- Hamm, B. (1982): Einführung in die Siedlungssoziologie. München.
- Hamm, R. (2003): „Lokale Ökonomie“ – Eine empirische Analyse in Krefeld zu Stellenwert und Standortanforderungen. In: RaumPlanung 108/109, S. 130-134.
- Hannemann, C. (2001): Die Herausbildung räumlicher Differenzierung – Kleinstädte in der Stadtforschung. <http://www2.rz.huberlin.de/stadtsoz/Veroeffentlichungen/st%E4dtdiff-Langfassung.pdf> (Zugriffsdatum: 19.11.2004).
- Hannemann, C. (2004): Marginalisierte Städte. Probleme, Differenzierungen und Chancen ostdeutscher Kleinstädte im Schrumpfungsprozess. Berlin.
- Hatzfeld, U. (1997): Stadtentwicklung und lokale Ökonomie. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS): Lokale Ökonomie und Wirtschaftsförderung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf, S. 31–43.
- Häußermann, H. und Hannemann, C. (2002): Kleinstädte in Ostdeutschland – Welche Zukunft hat dieser Stadtyp? Zusammenfassung der Ergebnisse. http://www2.huberlin.de/stadtsoz/forschung/fp_05/ZF_Kleinstadt.pdf (Zugriffsdatum: 19.11.2004).
- Henckel, D., Kolleck, B., Mittag, K. und Seidel-Schulze, A. (2002): Städtetypen in Nordrhein-Westfalen. Gutachten im Auftrag der Enquetekommission "Die Zukunft der Städte in Nordrhein-Westfalen". Berlin.
- Herlyn, U. (1998): Milieus. In: Häußermann, H. (Hrsg.): Großstadt – Soziologische Stichworte, S. 151–161.
- Herzinger, R. (2004): „Qualitätsziele“ für Buxtehude – Auch Kommunen entwickeln einen enormen Beratungsbedarf. In: DIE ZEIT, Nr. 7, 05.02.2004.
- Holtel, U. und Wuschansky, B. (2002): Interkommunale Gewerbegebiete. Public-Private-Partnership. Unter Mitarb. von Nina Hangebruch (ILS-Schriften, Bd. 182). Dortmund.
- IET/METREX Secretariat (2004): Introductory Briefing Note. Poly-METREXplus Interreg IIIC project. Glasgow.

- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS) (1997): Lokale Ökonomie und Wirtschaftsförderung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf (ILS-Schriften, Bd. 130). Dortmund.
- Jessen, J. (2001): Suburbanisierung – Wohnen in verstädterter Landschaft. In: Harlander, T. (Hrsg.): Villa und Eigenheim. Suburbaner Städtebau in Deutschland, S. 316–329.
- Klie, T. und Ross, P.-S. (2000): Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg – vierter wissenschaftlicher Jahresbericht, Sozialministerium Baden-Württemberg. (Reihe „Bürgerschaftliches Engagement“, Bd. 23). Stuttgart.
- Klöpper, R. (1995): Stadttypologien. In: ARL (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, S. 911–916.
- Kopatz, M. (2002): Institutionelle Reformen für integrative Handlungsstrategien der öffentlichen Kommunalverwaltung im Rahmen der Modernisierungspraxis (Abschlussbericht). Wuppertal.
- Kunzmann, K. R. (2001): Welche Zukünfte für Suburbia? Acht Inseln im Archipel der Stadtregion. In: Bracke, K., Dangschat, J. und Herfert, G. (Hrsg.): Suburbanisierung in Deutschland. Aktuelle Tendenzen, S. 213–221.
- Kunzmann, K. R. (2002): Zehn Anregungen zur zukünftigen Stadtpolitik in Nordrhein-Westfalen. In: RaumPlanung, H. 100, S. 32–37.
- Kunzmann, K. R. (2002a): Zur transnationalen Zusammenarbeit europäischer Metropolregionen. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 6/7, S. 341–344.
- Kunzmann, K. R. (2002b): Creative Planning in City Regions. In: Ministry of the Environment, Spatial Planning Department, Denmark (Hrsg.): European Cities in a Global Era – Follow-up report to the conference European Cities in the Global Era, Copenhagen, 14.–15. November 2002, S. 44–55.
- Kunzmann, K. R. (2004): Wissensstädte: Neue Aufgabe für die Stadtpolitik. In: Matthiesen, U. (Hrsg.): Stadtregion und Wissen. Analysen und Plädoyers für wissensbasierte Stadtpolitik. Wiesbaden (im Druck).
- Landtag Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2004): Zukunft der Städte. Bericht der Enquetekommission des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Dortmund.
- Läpple, D. und Walter, G. (2003): Lokale Ökonomie: Arbeiten und produzieren im Stadtteil: Wie können Beschäftigungspotentiale aktiviert und lokale Gewerbebetriebe für ökonomische und soziale Stabilisierung im Stadtteil genutzt werden? In: Stadtbauwelt 97, Nr. 57, S. 24–33.

- Leimbrock, H. und Roloff, W. (1987): Städtische Veränderungs- und Umstrukturierungsprozesse und kommunale Planung in Mittelstädten. In: Die alte Stadt, Nr. 14, S. 367–392.
- Löhr, R.-P. (2004): Lokale Ökonomie in der Sozialen Stadt – Chancen und Ansätze. http://www.stadtteilarbeit.de/seiten/theorie/loehr/lok_oekonomie_soziale_stadt.htm (Zugriffsdatum: 19.11.2004).
- Meyer-Kriesten, K. (2002): Klein- und Mittelstädte – ihre Funktion und Struktur. In: Institut für Länderkunde, Leipzig (Hrsg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland, Bd. 5: Dörfer und Städte, S. 58–63.
- Niedermayer, O. (2001): Bürger und Politik - Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen. Opladen
- Nordregio (2003): The role, specific situation and potentials of urban areas as nodes in a polycentric development. Third Interim Report. Stockholm.
- o. V. (2004): „Das lebt vom Geben und Nehmen“. In: Business Geomatics – Wirtschaftszeitung für Geoinformatik, Nr. 4. <http://www.business-geomatics.com/pages/km.php> (Zugriffsdatum: 19.11.2004).
- Richter, R. (1994): Der Habitus von Lebensstilen in Stadt und Land. In: Dangschat, J. und Blasius, J. (Hrsg.): Lebensstile in den Städten. Konzepte und Methoden, S. 355–366.
- Schäfer, R., Stricker, H.-J. und von Soest, D. (1992): Kleinstädte und Dörfer in den neuen Bundesländern – Aufgabenfeld für die städtebauliche Erneuerung. (Schriftenreihe des deutschen Städte- und Gemeindebundes, H. 48). Berlin.
- Seidel-Schulze, A. (2003): Schwerpunkte kommunaler Politik- und Planungspraxis – eine Bestandsaufnahme in nordrhein-westfälischen Städten. (Aktuelle Informationen des DIfU, April). Berlin.
- Selle, K. (2000): Was? Wer? Wie? Warum? Voraussetzungen und Möglichkeiten nachhaltiger Kommunikation. Dortmund.
- Sieverts, T. (1998): Zwischenstadt. Zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land. (Bauwelt Fundamente, Bd. 118). 2. durchgesehene und ergänzte Auflage. Heidelberg.
- Steinert, M. (2004): Anforderungen an das Kommunale Geodatenmanagement. (Bericht der KGSt, ohne Nr.). Köln. (in Vorbereitung)
- Sozialministerium Baden-Württemberg, Stabsstelle Bürgerengagement (Hrsg.) (2004): Wege in der Bürgergesellschaft. Ein Leitfaden für die Praxis. Stuttgart.

- Ueltzhöffer, J. (2000): Lebenswelt und bürgerschaftliches Engagement. Soziale Milieus in der Bürgergesellschaft. Ergebnisse einer sozialempirischen Repräsentativerhebung in der BRD 2000. (hrsg. vom Sozialministerium Baden-Württemberg). Stuttgart.
- Walcha, H. und Hermanns, K., unter Mitarbeit von Dreesbach, P.-P., Struck, A., Dahm, H. und Schmidt-Gothan, D. (1994): Herausforderung: Die Umwelt gestalten. In: Dill, G. und Kainitz, H. (Hrsg.): Grundlagen praktischer Kommunalpolitik. (Planen, Bauen, Umwelt & Verkehr I, H. 3).
- Zimmermann, C. (2003): Kleinstadt in der Moderne – Die ländliche Kleinstadt zwischen der Kleinstadt „in der Moderne“ und der „modernen“ Kleinstadt. (Stadt in der Geschichte, Bd. 31). Stuttgart.
- Zimmermann, C. (1999): Die kleinen Städte auf dem Weg in die Moderne. In: Informationen zur modernen Stadtgeschichte, Nr. 2, S. 5-11.



AutorInnen

Dr. Peter Ache

Stellvertretender geschäftsführender Leiter des Instituts für Raumplanung,
Universität Dortmund (IRPUD)

Kontakt:

IRPUD

GB I, Campus Süd

August-Schmidt-Straße 6

44227 Dortmund

Fon: 02 31/7 55-69 29

Fax: 02 31/7 55-47 88

peter.ache@udo.edu

Dr. Brigitte Adam

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Abteilung Raumentwicklung

Kontakt:

BBR

Postfach 20 01 30

53131 Bonn

Fon: 0 18 88/4 01-22 35

Fax: 0 18 88/4 01-23 56

brigitte.adam@bbr.bund.de

Prof'in Dr.-Ing. Sabine Baumgart

Leiterin des Fachgebietes Stadt- und Regionalplanung an der Fakultät Raumplanung,
Universität Dortmund

Kontakt:

Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung

Fakultät Raumplanung

Universität Dortmund

August-Schmidt-Straße 10

44227 Dortmund

Fon: 02 31/7 55-22 58

Fax: 02 31/7 55-25 39

sabine.baumgart@uni-dortmund.de

Dr. Johannes Flacke

Wissenschaftlicher Angestellter des Fachgebietes Stadt- und Regionalplanung an der
Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund

Kontakt:

Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung

Fakultät Raumplanung

Universität Dortmund

August-Schmidt-Straße 10

44227 Dortmund

Fon: 02 31/7 55-24 09

Fax: 02 31/7 55-25 39

johannes.flacke@uni-dortmund.de

Dr. Christine Grüger

Zentrum für Zivilgesellschaftliche Entwicklung, Evangelische Fachhochschule Freiburg

Kontakt:

Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung

EFH Freiburg

Bugginger Straße 38

79114 Freiburg

Fon: 07 61/4 78 12-14

Fax: 07 61/4 78 12-22

christine.grueger@t-online.de



PD Dr. Christine Hannemann

Philosophische Fakultät III, Institut für Sozialwissenschaften, Bereich Soziologie,
Stadt- und Regionalsoziologie, Humboldt-Universität zu Berlin

Kontakt:

Philosophische Fakultät III
Institut für Sozialwissenschaften
Humboldt-Universität zu Berlin
Universitätsstraße 3b
Raum 315
10117 Berlin

Fon: 0 30/20 93 42 05
christine.hannemann@sowi.hu-berlin.de

Prof. Dr. Johann Jessen

Städtebau-Institut, Universität Stuttgart

Kontakt:

Städtebau-Institut
Fachgebiet Orts- und Regionalplanung
Keplerstraße 11
70174 Stuttgart

Fon: 07 11/1 21-22 13
Fax: 07 11/1 21-22 09
orl@si.uni-stuttgart.de

Prof. Dr. Klaus R. Kunzmann

Leiter des Fachgebietes Europäische Raumplanung an der Fakultät Raumplanung,
Universität Dortmund

Kontakt:

Fachgebiet Europäische Raumplanung
Fakultät Raumplanung
Universität Dortmund
August-Schmidt-Straße 6
44227 Dortmund

Fon: 02 31/7 55-24 26
Fax: 02 31/7 55-47 85
klaus.kunzmann@udo.edu

Dipl.-Geogr. Petra Lütke

Wissenschaftliche Angestellte des Fachgebietes Stadt- und Regionalplanung an der
Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund

Kontakt:

Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung
Fakultät Raumplanung
Universität Dortmund
August-Schmidt-Straße 10
44227 Dortmund

Fon: 02 31/7 55-22 82
Fax: 02 31/7 55-25 39
petra.luetke@uni-dortmund.de

Dipl.-Ing. Dipl.-Verw. Andrea Rüdiger

Wissenschaftliche Angestellte des Fachgebietes Stadt- und Regionalplanung an der
Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund

Kontakt:

Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung
Fakultät Raumplanung
Universität Dortmund
August-Schmidt-Straße 10
44227 Dortmund

Fon: 02 31/7 55-24 09
Fax: 02 31/7 55-25 39
andrea.ruediger@uni-dortmund.de

Dr. Marion Steinert

Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt)

Kontakt:

KGSt
Lindenallee 13-17
50968 Köln

Fon: 02 21/3 76 89 32
marion.steinert@kgst.de

Programm

9.00 - 9.20 Uhr	Begrüßung und kurze Einführung <i>Prof'in Dr.-Ing. Sabine Baumgart (Stadt- und Regionalplanung, Universität Dortmund)</i>
9.20 - 9.40 Uhr	„Kleinstädte im Umland von Agglomerationen“ <i>Prof. Dr. Johann Jessen (Orts- und Regionalplanung, Universität Stuttgart)</i>
9.40 - 10.30 Uhr	„Raumstrukturelle Merkmale und Typologien von Klein- und Mittelstädten“ <i>Dr. Brigitte Adam (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn)</i> <i>Dr. Johannes Flacke (Stadt- und Regionalplanung, Universität Dortmund)</i>
10.30 - 11.00 Uhr	Kaffeepause
11.00 - 11.50 Uhr	„Kommunale Verwaltungsstrukturen und Aufgabenbewältigung in Klein- und Mittelstädten“ <i>Dr. Marion Steinert (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung, Köln)</i> <i>Dipl.-Ing. Dipl.-Verw. Andrea Rüdiger (Stadt- und Regionalplanung, Universität Dortmund)</i>
11.50 - 13.00 Uhr	gemeinsame Mittagspause
13.00 - 13.20 Uhr	„Der Typ macht Eindruck! Anregungen zur Typisierung von Klein- und Mittelstädten“ <i>Prof. Dr. Klaus R. Kunzmann (Europäische Raumplanung, Universität Dortmund)</i>
13.20 - 14.10 Uhr	„Sozialräume in Klein- und Mittelstädten“ <i>Dr. Christine Hannemann (Stadt- und Regionalsoziologie, Humboldt-Universität zu Berlin)</i> <i>Dr. Christine Grüger (Zentrum für Zivilgesellschaftliche Entwicklung, EFH Freiburg)</i>
14.10 - 14.40 Uhr	Kaffeepause
14.40 - 15.30 Uhr	„Lokale Ökonomien in Klein- und Mittelstädten – Strukturen und Potenziale“ <i>Dr. Peter Ache (Institut für Raumplanung, Universität Dortmund)</i> <i>Dipl.-Geogr. Petra Lütke (Stadt- und Regionalplanung, Universität Dortmund)</i>
15.30 - 16.00 Uhr	Resümee und Verabschiedung <i>Prof'in Dr.-Ing. Sabine Baumgart</i>



Teilnehmende

Dr. Peter Ache

Institut für Raumplanung, Universität Dortmund (IRPUD)

Dr. Brigitte Adam

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Abteilung Raumentwicklung

Dr. Peter Paul Ahrens

Stadt Iserlohn, Baudezernat

Dr. Jürgen Aring

Büro für Angewandte Geographie

Prof'in Dr.-Ing. Sabine Baumgart

Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung, Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund

Dipl.-Ing. Anke Bergmann

Fachgebiet Volkswirtschaftslehre, insbes. Raumwirtschaftspolitik, Universität Dortmund

Dipl.-Ing. Rüdiger Bleck

Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung, Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund

Dr. Hanns Werner Bonny

Planungsbüro Planquadrat

Dipl.-Ing. Karoline Brombach

Städtebau-Institut, Universität Stuttgart

Dipl.-Ing. Andrea Dittrich-Wesbuer

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes NRW

Dipl.-Ing. Susanne Endrulat

Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen

Dr. Johannes Flacke

Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung, Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund

Dr. Michael Frehn

Planungsbüro Planersocietät, Dortmund

Dipl.-Ing. Matthias Frinken

Plankontor Gesellschaft für Stadterneuerung und Planung mbH

Dr. Christine Grüger

Zentrum für Zivilgesellschaftliche Entwicklung, Evangelische Fachhochschule Freiburg

PD Dr. Christine Hannemann

Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

Dr. Gerd Held

Fachgebiet GEO/SPRING, Universität Dortmund

Prof. Dr. Johann Jessen

Städtebau-Institut, Universität Stuttgart

Dipl.-Ing. Rolf Junker

Planungsbüro Junker und Kruse

Dipl.-Ing. Sibylle Kelp-Siekmann

Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR)

Dipl.-Ing. Gabriele Kotzke

Planungsbüro raum + prozess

Dipl.-Ing. Monika Kunz

Stadt Ditzingen, Amtsleiterin Stadtbaudamt

Prof. Dr. Klaus R. Kunzmann

Fachgebiet Europäische Raumplanung, Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund

Dipl.-Ing. Clemens A. Leushacke

Stadt Dülmen, Baudezernat

Dipl.-Geogr. Petra Lütke

Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung, Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund

Dipl.-Ing. Andreas Mayer

Planungsbüro Junker und Kruse



Dr. Bernd Mielke

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes NRW (ILS)

Dr. Sebastian Müller

Fachgebiet Soziologische Grundlagen der Raumplanung, Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund

Dipl.-Ing. Georgios Papanikolaou

Fakultät Raumplanung, Fachgebiet Volkswirtschaftslehre, insbes. Raumwirtschaftspolitik, Universität Dortmund

Michele Raemoe

Universität Bonn

Stefan Rönnebeck

Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund

Dipl.-Ing. Dipl.-Verw. Andrea Rüdiger

Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung, Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund

Dipl.-Ing. Sven Sander

Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR)

Dipl.-Geogr. Inga Schütte

Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS)

Dr. Marion Steinert

Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt)

Dipl.-Ing. Wilma Tenfelde

Stadt Hattingen, Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung

Dipl.-Ing. Yasemin Utku

Institut für Raumplanung, Universität Dortmund

Dipl.-Ing. Dirk Weiß

Fachgebiet Systemtheorie und Systemtechnik, Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund

Dr. Bernd Wuschansky

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes NRW (ILS)

Dr. Thomas Wüst

Fachgebiet Soziologische Grundlagen der Raumplanung, Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund

Dr. Daniel Zerweck

Stadt Leverkusen, Fachbereich Stadtentwicklungsplanung

Dipl.-Ing. Michael Zirbel

Stadt Gütersloh, Fachbereich Stadtplanung

Dr. Rainer Stierand

Fachgebiet Europäische Raumplanung, Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund



- Nr. 1 Baumgart S., Flacke, J., Grüger, C., Lütke, P. und Rüdiger, A. (Hrsg.) (2004): Klein- und Mittelstädte – Verkleinerte Blaupausen der Großstadt? Dokumentation des Expertenkolloquiums am 29. April 2004 an der Universität Dortmund. Dortmund.

Bestellungen unter:

Fachgebiet Stadt- und Regionalplanung
Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund
August-Schmidt-Straße 10
44227 Dortmund
Fon: +49 (0) 231/7 55-22 58
Fax: +49 (0) 231/7 55-25 39
srp.rp@uni-dortmund.de
www.raumplanung.uni-dortmund.de/srp